

NEUE ZEIT

FEBRUAR 1980

5



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters



EIN HALBES JAHRHUNDERT
PARTEI
DER VIETNAMESISCHEN
KOMMUNISTEN

74159-5
BIBLIOTHEK-BEZ
123 678 190
7500-3308
BELS-13-14

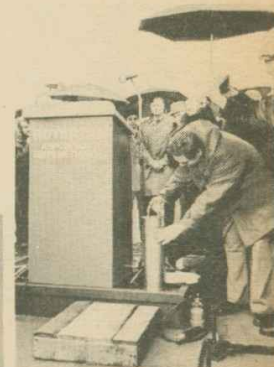
Zu den Olympischen Spielen erwartet Moskau in diesem Sommer aus dem Ausland Tausende Sportler, Schiedsrichter, Gäste und Reporter. Komfortable Maschinen der Aeroflot, die offiziell damit

betrachtet worden ist, und anderer Fluggesellschaften werden ihre Passagiere nach dem neuen Flughafen Scheremetjewo 2 bringen, der ungefähr 30 km nordwestlich von Moskau soeben fertiggestellt worden ist.

Das neungeschossige, mit dekorativen Metallplatten verkleidete Gebäude ist im Auftrag von Sojuzvneshstrojimport von der bun-

desdeutschen Firma Rüterbau gemeinsam mit sowjetischen Bauorganisationen aufgeführt worden. Es ist mit den modernsten elektronischen und mechanischen Anlagen versehen, so daß pro Stunde bis zu 2100 und pro Jahr 6 Millionen Fluggäste abgefertigt werden können. In Scheremetjewo 2 können Flugzeuge jeder Größe und Aufnahmefähigkeit landen.

Die sowjetische und die bundesdeutsche Baulegitimation haben im November 1977 ins Fundament des Flughafens eine Kapsel mit einer Urkunde vermauert



Der Flughafen Scheremetjewo 2 ist zum Empfang der ersten Fluggäste bereit

Eine sowjetische TU 154 ist im Flughafen eingetroffen

Im ersten Stock

Über diese verstellbaren Galerien gelangt man direkt aus dem Flugzeug ins Flughafengebäude

Ein Wartesaal für Abreisende

Bildbericht von V. Belikov



DIE PRIORITÄTEN DER WELTPOLITIK

In Wien soll Ende Januar eine weitere Runde der Truppenabbaugespräche beginnen. In Genf ist auf Anfang Februar eine Fortsetzung der Verhandlungen über ein totales Verbot der Kernwaffentests angesetzt. Dort wird zur gleichen Zeit der Abrüstungsausschuß tagen.

Es fragt sich nun, wie sich die US-Delegierten bei diesen Verhandlungen verhalten werden. Der US-Präsident hat die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags auf Eis gelegt. Wird sich der Washingtoner Frost auch auf andere Abrüstungsbereiche ausweiten? Derartige Befürchtungen tauchten auf, da man in Washington — aus Verärgerung, daß sich das Weltgeschehen anders entwickelt als die Regisseure des Weißen Hauses wollen — begonnen hat, die wichtigsten Ost-West-Kommunikationen zu verbauen. Derartige Befürchtungen wurden auch von Meldungen der US-Presse genährt, daß James Carter, der bei seinem Amtsantritt vor drei Jahren versprochen hatte, die „Beseitigung aller Atomwaffen“ anzustreben, jetzt jegliche Abrüstungsversuche ablehnt.

Möglicherweise will Washington sondieren, wie sich die Verbündeten und die Weltöffentlichkeit zu Bremsmanövern bei den Abrüstungsverhandlungen stellen werden. Die Reaktion war nicht positiv. Es dominiert die Meinung, daß die Schritte zu einer Beschränkung des Wettrüstens um so beharrlicher getan werden müssen, je komplizierter und gefährlicher die Weltlage ist. In seiner an den Kongreß gerichteten Botschaft „Über die Lage der Nation“ wagte es der Präsident nicht, die Brücken, die zur Abrüstung führen, hinter sich einzureißen. Ja, er versteht die ganze Wichtigkeit dieser Frage, muß sie verstehen. „Alles, was die Menschheit bislang hat erreichen können, alles, was wir

vollenden wollen, und die Menschheit selbst können in einem Augenblick, in der Katastrophe eines Atomkrieges vernichtet werden.“ Doch bei weitem nicht alle sind sich der Gefahr einer solchen Katastrophe bewußt. Offenbar muß man die Politik so gestalten und eine solche Haltung zu internationalen Verhandlungen einnehmen, damit die drohende Gefahr abgewandt wird.

Wie aber sieht unter diesem Aspekt der heutige Kurs der USA aus? Unter den in der Botschaft des Präsidenten verkündeten fünf Hauptzielen für die 80er Jahre wurde dem „Prozeß der Rüstungskontrolle“ der letzte Platz zugewiesen. Unter den acht von der Administration vorgelegten Gesetzesvorlagen rangiert die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags wieder an letzter Stelle. Vorn aber figurieren die Verstärkung des Militärpotentials und die Bestätigung des „Verteidigungshaushalts“. So sehen jetzt die Prioritäten der amerikanischen Politik aus.

Auf der Tagesordnung des US-Kongresses steht nach den Ferien bereits nicht die Rüstungskontrolle, sondern vielmehr ein unkontrolliertes Wettrüsten. Ein wahrer militaristischer Boom zeichnet sich ab. Im Kapitol vollzieht sich, wie es der demokratische Senator Georges McGovern nannte, eine „bedauerliche Rückkehr zum kalten Krieg“.

Doch glücklicherweise machen weder das Weiße Haus noch das Kapitol allein das politische Klima in der Welt. Die Welt hat bereits in der Atmosphäre der Entspannung freier aufgeatmet. Die Welt will nicht erneut Konfrontation und Haß. Die Welt hat ihr Schicksal mit der Abrüstung verbunden und will nicht wieder am Rande eines Krieges in der Gesellschaft der Washingtoner Falken balancieren.

Carters Vorgänger hat bereits gegen Ende seiner Amtszeit versucht, die Détente aus dem Lexikon der Weltpolitik zu streichen. Vergeblich! Und wenn es Carter nicht für nötig hielt, sie in seiner Botschaft zumindest zu erwähnen, so wird die Entspannung davon noch nicht aufhören. Für Entspannung und Abrüstung treten die Sowjetunion und ihre Verbündeten ein. Dafür kämpfen die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung. Dafür treten auch die Völker jener Länder ein, deren Führer Anschläge auf die internationale Stabilität verüben oder Washington dabei Handlangerdienste leisten. Dafür sind schließlich alle vernünftigen, friedliebenden Menschen. Jene aber, die Ärger und Gereiztheit an Entspannung und Abrüstung, an der friedlichen Ost-West-Zusammenarbeit auszulassen gedenken, wollen mit ihrem Irrsinn offenbar die Wand einrennen.

Entspannung und Abrüstung waren und bleiben Lebensbedürfnisse, Hauptziele der Menschheit. Und deshalb sind sie Prioritäten der Weltpolitik. Die Realitäten des Atomzeitalters werden sich letztlich allen in Erinnerung bringen, die der Taumel des Hegemonismus und Militarismus nicht mehr klar denken läßt.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 5 FEBRUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Prioritäten der Weltpolitik	1
J. Gudkow — Eine neue alte Doktrin	5
D. Wolski — Ein falscher Trumpf	6
V. Skworzow — Vietnam. Die Kommunisten des Tals der Würde	8
T. Toubi — Naher Osten. Was Camp David brachte	10
I. Trofimowa — Appell zur Vernunft	11
P. Mesenzew — Türkei. Himmel und Erde in Pacht!	12
B. Swetin — Katze aus dem Sack	12
K. Karagesian — BRD. Sie nennen ihn „Leo“	14
Notizen ♦ Glossen	16
W. Stanis — Mit Kenntnissen gewappnet heim (Interview)	18
M. Monod — Afghanistan. Hoffnungen und Schwierigkeiten	20
N. Tolin — Neue Sumpfbüchse offizieller Heuchelei	22
B. Assojan — Das Ende des Rassismus naht	24
Biographisches: Francisco Sá Carneiro	24
R. Tutschnin — El Salvador. Die Reaktion marschliert	25
V. Gustschin — Neptuns Landreich	26
W. Gornicki — „Ihre Exzellenzen“ waschen sich die Hände	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die vietnamesischen Kommunisten haben sich an die Spitze des Kampfes ihres Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit gestellt und es zum Ziel geführt. Heute erbaute das Volk Vietnams erfolgreich ein neues Leben. Titelbild: Studenten der Polytechnischen Hochschule von Hanoi.

Foto: W. Sobolew (TASS)

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Die Bilanz der Erfüllung des Staatsplans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR im Jahre 1979 wurde gezogen. Wie die Zentralverwaltung für Statistik der UdSSR mitteilte, betrug gegenüber 1978 das Nationaleinkommen, das für die Konsumtion und Akkumulation genutzt wurde, 102%; etwa drei Viertel des Nationaleinkommens gingen in den Verbrauch, und unter Berücksichtigung der Ausgaben für den Bau von Wohnungen sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen dienten vier Fünftel des Nationaleinkommens unmittelbar der Hebung des Wohlstands der sowjetischen Menschen. Die Industrieproduktion stieg 1979 um 20 Md. Rubel und erreichte 606 Md. Rubel (eine Zunahme von 3,4%). Die Agrarproduktion erreichte 123,5 Md. Rubel — 9% mehr als die durchschnittliche Jahresproduktion im neunten Planjahr und 4% weniger als 1978. Auf die Landwirtschaft, auf viele Industrie- und Verkehrszweige wirkten sich der ungewöhnliche rauhe Winter und der trockene Sommer auf einem Großteil des Landesterritoriums negativ aus. Der Außenhandelsumsatz der UdSSR betrug an die 80 Md. Rubel — eine Zunahme um 14%.

Am 22. Januar empfing Leonid Breschnew den Vorsitzenden der Nationalversammlung Frankreichs, Jacques Chaban-Delmas, der der UdSSR einen offiziellen Besuch abgestattet hatte.

Vom 27. bis 29. Januar weilte Andrej Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR, auf Einladung der Führung der Syrischen Arabischen Republik in Damaskus. Am 28. Januar trafen Andrej Gromyko und Hafis al-Asad, Generalsekretär des ZK der Baath-Partei und Präsident Syriens, zusammen. Bei den Gesprächen wurden einige aktuelle Fragen der internationalen Lage, einschließlich der Situation im Nahen und Mittleren Osten, erörtert. Die Gespräche bestätigten, daß es eine breite Übereinstimmung der Ansichten der Sowjetunion und Syriens zu den Ereignissen in der Welt gibt und ihre Positionen in den wichtigsten internationalen Fragen identisch oder ähnlich sind. Andrej Gromyko traf ferner mit Vertretern der Führung der Syrischen KP zusammen.

Vom 24. bis 26. Januar hielt sich Pjotr Mladenow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP und Außenminister der VR Bulgariens, auf Einladung der Sowjetregierung zu einem Besuch in der UdSSR auf. Andrej Gromyko und Pjotr Mladenow führten Gespräche (siehe S. 11).

„NEUE ZEIT“ 5-80



In England entwickeln die Neonazis der „Nationalen Front“ merkliche Aktivitäten. Mit Duldung der Behörden und der Polizei rotten sich Mitglieder dieser ultrareaktionären Organisation zusammen, wobei sie offen Rassenhaß und Gewalt predigen. Teilnehmer der antifaschistischen Bewegung hingegen sind Verfolgungen ausgesetzt. Unsere Bilder: Brutal schlägt die Polizei antifaschistische Demonstranten zusammen, die gegen die Zusammenrottungen der Neonazis protestieren ♦ Neonazis unter dem Schutz der Behörden

Fotos: Camera Press—TASS

Am 23. und 24. Januar weilte Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, zu einem Arbeitsbesuch in Moskau. Er hatte Begegnungen und Gespräche mit Michail Suslow und Boris Ponomarew. Fragen der Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der SED wurden erörtert.

Am 26. Januar beging das indische Volk feierlich den 30. Jahrestag der Verkündung der Republik. In Neu-Delhi fanden eine Demonstration und eine Militärparade statt. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an Präsident Neelam Sanjiva Reddy und an Ministerpräsidentin Indira Gandhi eine Grußbotschaft: „Die sowjetisch-indische Freundschaft und fruchtbare Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen ist eine Haupterrungenschaft unserer Staaten. Diese Freundschaft ist durch die gemeinsamen Interessen im Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus, für Frieden und internationale Sicherheit, Entspannung und Abrüstung zementiert. Wir verleihen der Überzeugung Ausdruck, daß sich die enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern unaufhaltsam festigen und sich mit neuem Inhalt auf der festen Grundlage des Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit erfüllen wird. Wir haben einen solchen Kurs ständig verfolgt und werden das auch in Zukunft tun.“

Am 28. Januar traf eine Delegation des „NEUE ZEIT“ 5.80

Obersten Sowjets der UdSSR unter Pjotr Mascherow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und erster Sekretär des ZK der KP Belorusslands, auf Einladung des Ständigen Ausschusses der SRV-Nationalversammlung in Hanoi ein.

Am 24. Januar empfing Nikolai Tichonow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, den Vorstandsvorsitzenden der Firma Korf-Stahl AG, Willy Korf. Insbesondere wurden Fragen der erfolgreichen Zusammenarbeit beim Bau des Elektrohüttenkombinats von Oskol und einige neue Vorschläge der Firma erörtert.

In Dublin wurde ein Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und der Republik Irland unterzeichnet, das beim Luftfrachtverkehr zwischen der UdSSR und Ländern der westlichen Hemisphäre eine technische Landung auf dem Flughafen Shannon erlaubt.

Am 28. Januar trafen der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, sowie Mitglieder des Politbüros des ZK der PVAP — Piotr Jaroszewicz, Vorsitzender des Ministerrates der VR Polen, und Edward Babiuch, Sekretär des ZK der PVAP —, zu einem Freundschaftsbesuch in Prag ein. Sie führten Gespräche, an denen der Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR, Gustáv Husák, sowie Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPTsch —

Lubomír Štrougal, Vorsitzender der CSSR-Regierung, und Vasil Bilak, Sekretär des ZK der KPTsch —, teilnahmen.

In Afghanistan halten die Massenkundgebungen für die Aprilrevolution, für die neue Führung des Landes an. Die Bevölkerung billigt das von der neuen Führung erarbeitete Programm revolutionärer Umgestaltungen (siehe S. 20).

In Daressalam tagte der Befreiungsausschuß der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU). Kämpferische Solidarität mit den Patrioten Namibias, die um die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat ringen, sowie die starke Besorgnis der unabhängigen Staaten des Kontinents über die anhaltende unrechtmäßige Okkupation des Territoriums von Namibia durch Truppen der rassistischen RSA wurden bekundet. Auf der Tagung wurde ferner die Lage in Rhodesien erörtert. Die Gruppe afrikanischer Länder in der UNO wurde aufgefordert, Schritte für eine Sondersitzung des Sicherheitsrates zu ergreifen, auf der die gefährliche Lage in diesem Land behandelt werden soll.

In einer in Luanda veröffentlichten Erklärung der Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) heißt es, daß die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von Namibia in den letzten 14 Monaten 156 Operationen durchgeführt, mehr als 500 Soldaten und Offiziere der RSA-Besatzungsarmee außer Gefecht gesetzt, 10 Flugzeuge und Hubschrauber abgeschossen sowie eine große Menge von Waffen und Munition erbeutet haben.

Am 27. Januar kehrte Robert Mugabe, ein Führer der Patriotischen Front von Simbabwe, aus der Emigration nach Salisbury zurück. Hunderttausende Anhänger der Patriotischen Front bereiteten ihm einen begeisterten Empfang.

Der Generalsekretär des Commonwealth, Shridath Ramphal, richtete an die britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher einen Brief, in dem er im Namen der meisten Commonwealthländer vor der ersten Gefahr einer Torpedierung des Londoner Rhodesienabkommens warnte. Ramphal verwies darauf, daß sich der britische Gouverneur Lord Soames nicht objektiv verhält und gegen das Abkommen verstößt. Er setzt bewaffnete Formationen von Smith und Muzorewa ein, um Druck auf die Patrioten auszuüben.

Am 27. Januar fand in London eine gesamt-nationale Konferenz zu Fragen des Friedens, der Abrüstung und der inter-

nationalen Entspannung statt. Die Konferenzteilnehmer verurteilten die Schritte der NATO-Länder zur Forcierung des Wetrüstens sowie die Versuche reaktionärer Kräfte in den westlichen Ländern, den Lauf der Geschichte aufzuhalten und die Zeiten des kalten Krieges zurückzuholen. Die Konferenz wies die Versuche der Weltreaktion zurück, die „afghanische Frage“ zu benutzen, um die Spannungen in der Welt und das Wetrüsten anzuzünden.



In den USA hält der Streik von 60 000 Arbeitern der Ölindustrie an. Unser Bild: Ein Posten streikender Ölarbeiter im Bundesstaat Louisiana

Foto: AP—TASS

Am 25. Januar fanden im Iran Präsidentschaftswahlen statt. Die meisten Stimmen konnte Wirtschafts- und Finanzminister Bani-Sadr auf sich vereinen.

Am 23. Januar hielt US-Präsident James Carters auf einer Sitzung beider Kammern des Kongresses die Rede „Über die Lage der Nation“ (siehe S. 5).

Am 22. Januar fand in San Salvador eine von den Linkskräften organisierte Demonstration von 100 000 Menschen statt. Gegen die Demonstranten wurden Armee- und Polizeieinheiten sowie profaschistische Banden eingesetzt. 67 Personen wurden getötet und 250 verletzt (siehe S. 25).

In Tripolis (Libyen) tagte das Ständige Sekretariat des Gesamtarabischen Volkskongresses. Die Tagungsteilnehmer erörterten den Arbeitsplan des Sekretariats für 1980, Fragen der internationalen Lage insgesamt sowie die Situation im Nahen Osten angesichts der Versuche des US-Imperialismus, Israels und des ägyptischen Regimes, den Arabern den Handel von Camp David aufzuzwingen. Das Ständige Sekretariat des Gesamtarabischen Volkskongresses bekundete seine Unterstützung für die iranische Revolution und die progressive Regierung Afghanistans.

Am 26. Januar begann offiziell die „Normalisierung“ der Beziehungen Kairo—Tel Aviv entsprechend dem Abkommen von Camp David. Sie umfaßt alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens und sieht insbesondere die Öffnung der Grenze und den Austausch von Botschaften vor (siehe S. 14).

Am 27. Januar fand in Israel ein 24stündiger Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Begin-Regierung statt.

Am 27. Januar wurde in Islamabad (Pakistan) eine Tagung der Organisation der Islamischen Konferenz eröffnet, die auf Initiative einiger reaktionärer arabischer und islamischer Länder, die nach der Pfeife der USA tanzen, einberufen wurde. Das Außenministerium Afghanistans gab am 26. Januar eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die „Erörterung der afghanischen Frage“ auf der Tagung eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DR Afghanistan darstellt, und die Regierung Afghanistans erklärt deshalb ihren Protest (siehe S. 6).

Am 24. Januar billigte der US-Kongreß „im Schnellverfahren“ eine Resolution, der zufolge China die Meistbegünstigung im Handel mit den USA eingeräumt wird.

Am 24. und 25. Januar hielt sich Francesco Cossiga, Vorsitzender des Ministerrates Italiens, zu einem offiziellen Besuch in den USA auf. Zweimal traf er mit Präsident James Carter zusammen und führte Gespräche mit Außenminister Cyrus Vance und Verteidigungsminister Harold Brown.



Ein Sitzstreik betagter Einwohner von Tokio. Sie protestieren gegen die Absicht der Regierung, die Sozialausgaben zu kürzen und die medizinischen Leistungen an Personen über 71 gebührenpflichtig zu machen — die einzige Gruppe von Japanern, die bislang gewisse Vorrechte hatte.

Foto: Japan Press—TASS

Im Oktober v. J. berichtete der Sender „Stimme Amerikas“ über die damaligen Geschehnisse in Afghanistan und sprach von den Massenverhaftungen, Morden, Repressalien usw., die auf Weisung Hafisullah Amins geschahen. Der Sender nannte Amin den „afghanischen Diktator“ und sein Regime terroristisch. Vor kurzem bezeichnete Präsident Carter in einer Erklärung über die jüngsten Vorgänge in Afghanistan Amin als einen „legitimen Präsidenten“, und die Propagandisten der USA nehmen Amins Handlungsweise in Schutz. Der Zweck dieser Kehrtwendung ist klar. Mit Hilfe des Verräters und Tyrannen wollten die Imperialisten die afghanische Revolution im Keim ersticken.

Rustam TADSHIJEW

Duschanbe, Tadshikische SSR

Hochinteressant finde ich Ihre Artikel über Entspannung, über Abrüstungs- und Sicherheitsprobleme. Ich möchte gern glauben können, daß es zwischen den USA und der Sowjetunion zu keinem Krieg kommen wird, und hoffe, daß der US-Senat schließlich doch den SALT-II-Vertrag ratifizieren wird.

James T. SERDUKE

El Cerrito, USA

Ihrer Zeitschrift verdanke ich eine bessere Erkenntnis der Welt von heute. Wie der große Revolutionär Che Guevara sagte, muß ein Revolutionär verstehen, was in der Welt vorgeht, was in ihr nicht stimmt. Als fortschrittlich denkender junger Mensch frage ich, wo denn die Regierung Carter war, als der Schah Hunderttausende Kämpfer für die Demokratie ermordete, als Pinochet Zehntausende chilenische Patrioten meuchelte. Ich verurteile die chinesische Führung für ihr niederträchtiges Vorgehen. Ihre antisowjetische Politik ist schändlich. Ihre guten Beziehungen zu Pinochets Junta und anderen reaktionären Regimes, die Provokationen gegen das demokratische Afghanistan und das sozialistische Vietnam und vieles andere zeigt, wie die chinesische Führung in Wirklichkeit ist.

Naveed ASLAM

Lahore, Pakistan

EINE NEUE ALTE DOKTRIN

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Nach seinem Amtsantritt sagte Carter aus teuer erkauften Erfahrungen heraus: „Wir haben Feuer mit Feuer bekämpft und nicht bedacht, daß man es am besten mit Wasser löscht. Wir haben nichts ausgerichtet, und Vietnam ist ein Beispiel für die geistige und moralische Unhaltbarkeit dieser Einstellung.“ Drei Jahre später ist diese Einstellung in ihrer ursprünglichen Form wiedererstanden. Die neue — nicht inhaltlich neue — Doktrin ist in der Botschaft „Über die Lage der Nation“ dargelegt, die der Präsident am 23. Januar in einer gemeinsamen Sitzung beider Kongreßkammern ergehen ließ.

Herkömmlicherweise betreffen diese alljährlichen Botschaften innerpolitische Fragen. Auch dieses Mal scheinen sie besonders aktuell zu sein. Die soeben veröffentlichten Angaben für 1979 weisen einen Teuerungsrekord auf, der 13,3prozentige Sprung ist der höchste seit 33 Jahren. Noch unlängst versprach Carter, die Inflation auf 7–8% zu senken. Jetzt hat Alfred Kahn, Leiter des Ausschusses für Lohn- und Preisstabilisierung, gewarnt, in den kommenden Monaten könne „niemand eine Besserung versprechen“. Das sinkende Produktionstempo läßt ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit erwarten, und die Massenentlassungen in der Autoindustrie sind ein böses Omen. Das Energieproblem hat bereits die Mieten enorm hinaufschnellen lassen. Immer neue Opfer fordern die Senkung der staatlichen Sozial- und Unterrichtsaufwendungen und das unablässige Steigen der Steuern. Zur Veranschaulichung der Folgen, die die Senkung der Aufwendungen für die internen Programme hat, erfand Carter als Präsidentschaftskandidat einen „Armutsindex“. Er setzt sich aus dem Stand der Arbeitslosigkeit und dem der Inflation zusammen. Unter Ford betrug er 13%, jetzt liegt er über 19% und steigt ununterbrochen weiter.

In der Botschaft sind diese Probleme bestenfalls flüchtig gestreift. Das ganze Augenmerk gilt einer lan-

gen Liste eindeutig militaristischer Maßnahmen. Die Regierung hat den SALT-II-Vertrag auf Eis gelegt und den Etat des Pentagons aufgebläht. In einer anderen Präsidentenbotschaft — über den Bundeshaushalt für 1981 — sehen die militärischen Posten so aus: allgemeines Maximum 161,8 Md., d. h. um gut 5% mehr als im laufenden Rechnungsjahr.

Die Regierung hat offenbar nicht auf eine Billigung ihrer scharfen politischen Kehrtwendung gerechnet. Deshalb wurde beizeiten eine massierte Propagandakampagne gestartet. Schon anderthalb Wochen vorher wurden die Hauptthesen der Präsidentenrede in der „New York Times“ ausführlich veröffentlicht. Danach wimmelte es in der Presse von Betrachtungen über die „Carterdoktrin“. Typisch ist, daß die Artikelschreiber auf der Suche nach geschichtlichen Parallelen immer wieder auf die Zeit von Harry Truman und John Foster Dulles zurückkamen, als die „Eindämmung des Kommunismus“ im politischen Denken der USA Trumpf war. Ebenso hurrapatriotisch war auch die Kongreßsitzung. Sie wurde im Rundfunk und über die wichtigsten Fernsehkanäle ausgestrahlt.

In der unverhohlenen chauvinistischen Atmosphäre, die in den letzten paar Monaten in den USA geschaffen worden ist, haben Zweifel und Schwankungen keinen Raum. Das ist allerdings auch nicht neu. In einer ebensolchen Atmosphäre der künstlich angefachten Krise waren 1964 alle Einwände des Kongresses gegen die Tonkingresolution beiseitegeschoben und diese durchgebracht worden. Das war der Auftakt zur unbemäntelten Intervention der USA in Vietnam. Das möchte man jetzt vergessen und rührt die Trommeln. Die Militärexperten der Republikanischen Partei, die das Wahlprogramm aufstellen, rufen nach dem „goldenen Zeitalter“ Präsident Eisenhower, als der Anteil der militärischen Aufwendungen am nationalen Gesamtprodukt doppelt so groß war. Sie bestehen sogar auf einer jährlichen Erhöhung dieser Aufwendungen um 10%. Alle Zweifel werden

unpatriotisch genannt, wobei man an eine andere Zeit zurückdenkt: an die Zeit McCarthys. In einer Rede, die Gus Hall, der Generalsekretär der KP der USA, am 25. Januar hielt, sagte er: „Diese wütende Kampagne soll das amerikanische Volk in eine nationalistische, antisowjetische Hysterie, in eine militaristische Psychose versetzen.“

Hier macht man kein Hehl daraus, daß der Anfall von Streitbarkeit bei der Regierung der Demokraten nicht zuletzt von dem Bestreben herrührt, die republikanischen Gegner auf der Höhe des Wahlkampfes in „Patriotismus“ zu übertrumpfen. Der Manager des Wahlkampfes von Senator Kennedy sagte: „Er“ (Carter) „hat sich als schwacher Führer erwiesen, man muß aber stark dastehen. Deshalb sollte er sich suggerieren: Ich bin resolut, ich bin resolut, ich bin resolut!“

Bei Worten läßt man es aber nicht bewenden. Man schafft eine Basis für einen Kurs, der die Politik der USA in den kommenden Jahren unweigerlich beeinflussen wird. In der Botschaft „Über die Lage der Nation“ ist er ziemlich klar umrissen.

Der Präsident erwähnte nur als beschlossene Sache die zusätzlichen Bewilligungen für die Entwicklung neuer Raketenwaffen (interkontinentalen ballistischen MX- und Trident-Raketen); ebenso die „Verstärkung der NATO“ (Erhöhung der Militäretats um jährlich 3% und die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa). Besonderen Nachdruck legte er auf die Vorbereitungen zu einem bewaffneten Eingreifen im Raum des Persischen Golfs und in Südostasien. Mit welchem Recht? Danach wird hier nicht gefragt. Die Begründung einer Einmischungsdoktrin ist Washington nie schwergefallen. War zwecks Kriegserklärung an Vietnam die „Tonkingresolution“ fabriziert worden, so ist man dieses Mal ohne formelle Vorwände ausgekommen. Der Präsident hat ganz einfach erklärt: „Der Versuch einer beliebigen auswärtigen Macht, die Kontrolle über den Raum des Persischen Golfs auszuüben, wird als Bedrohung der le-

benswichtigen Interessen der USA angesehen, und diese Bedrohung wird mit allen erforderlichen Mitteln einschließlich der Waffengewalt abgewehrt werden."

Die Washingtoner Spitzenpolitiker kennen in ihren hegemonistischen Absichten wirklich keine Grenzen. In der Gesetzgebenden Versammlung ist die Aggression als Mittel zum „Schutz der nationalen Interessen“ in einem anderen Teil der Welt qualifiziert worden. Die „Time“ kommt in einem Beitrag über das modische Thema „Das Mannbarwerden des Präsidenten“ zu folgendem Schluß: „Er spricht von Gewalt und von der Möglichkeit eines Krieges genauso, wie er über die Reorganisation des Regierungsapparats oder über die Verteilung der Einkünfte zu sprechen gewöhnt ist.“ Schwerlich werden es die einfachen Amerikaner so leicht nehmen, denn von ihnen verlangt man ja Opfer.

Die „Carterdoktrin“ wird nicht zufällig mit der „Trumandoktrin“ von 1947 verglichen. Beide sehen Militärbündnisse vor sowie die Bereitschaft, zur Waffengewalt zu greifen. Die in der Botschaft des Präsidenten aufgezählten Maßnahmen sind diese:

- Statt der früher angekündigten Entmilitarisierung des Indik „eine Ausdehnung und Verstärkung der Präsenz der US-Kriegsmarine“ sowie die Anlegung von Marine- und Luftwaffenstützpunkten „für unsere Kräfte in Nordostafrika und im Raum des Persischen Golfs“.

- Zusätzliche militärische und wirtschaftliche Hilfe an Pakistan und „eine weitere Verstärkung der politischen und militärischen Verbindungen mit den anderen Ländern dieses Raums“.

- Schaffung einer „Struktur gemeinsamer Sicherheit“, in der China eine besondere Rolle zugewiesen wird. Dieses soll, wie der Präsident sagte, dazu beitragen, „den Frieden und die Stabilität in Asien und im westlichen Pazifik aufrechtzuerhalten“.

- Neuregistrierung der Militärpflichtigen zwecks rascher Mobilmachung, falls eine solche notwendig werden sollte.

- Und schließlich Abschwächung der Kontrolle über die CIA. Der Zweck ist die Ausdehnung der Diversionen in fremden Staaten.

Man erkennt unschwer, daß der Traum von einer militärischen Hegemonie der USA und von der gewaltsamen Herstellung einer „pax americana“, eines Friedens auf amerikanisch, wiederauflebt. SALT-II hat gerade deshalb erbitterten Widerstand ausgelöst, weil in dem Vertrag die militärische Parität der UdSSR und der USA offiziell anerkannt ist. Dem zuzustimmen, widerstrebt den Rechtskreisen, die starken Rückhalt im Kongreß, bei den Massenmedien und in der Regierung gefunden haben, und lohnt ihnen nicht. Andererseits hat das Fiasko der USA im Iran, der dem Pentagon als Nahoststützpunkt diene, und das Scheitern der Absicht, Afghanistan

mit Hilfe der „Geheimarmee der CIA zu destabilisieren“, Washington zum Frontalangriff veranlaßt. Da die Regimes, auf die sich die USA einstellen, unzuverlässig sind, wird eine militärische Präsenz der USA als notwendig angesehen. Für Lateinamerika ist das der Stab des Karibischen Operationsverbandes in Key West (Florida); für Nahost und Asien die Eingreiftruppe und Militärallianzen, die auf Befehl des Pentagons und mit seiner Beteiligung zum Einsatz bereit sind. Wie das aussehen wird, ist noch schwer zu sagen. In allgemeinen Umrissen ist der Plan aber recht deutlich zu erkennen.

Die Eingreiftruppe wird mit Hilfe der Luftwaffe und der Seestreitkräfte dorthin gelangen, wo etwas vor sich geht. Für den Nachschub sollen an verschiedenen Stellen des Indik schwimmende Depots stationiert werden. Gleichzeitig sucht man nach Stützpunkten. Abgesandte Washingtons waren in den letzten beiden Monaten zu diesem Zweck zweimal in Kenia, Somalia und Oman. Der Militärstützpunkt auf Diego Garcia wird erweitert.

Verteidigungsminister Browns

Nahostreise vom Februar v. J. (nach Saudi-Arabien, Jordanien, Israel und Ägypten) nötigte die Presse erstmalig dazu, über eine „Heilige Allianz“ für den Nahen Osten zu schreiben. Einiges Licht in diese Pläne bringt die kürzliche Rede des israelischen Verteidigungsministers Weizmann im amerikanischen Fernsehen. Er erklärte, daß der Vertrag zwischen Israel und Ägypten von Camp David „nur das erste Glied einer Kette ist, wie sie Amerika haben will. Ich hoffe auf Jordanien, Marokko, den Sudan und Saudi-Arabien.“ Inwiefern? Um „einen Puffer, ein Bollwerk gegen die Vorgänge in Afghanistan und Teheran zu schaffen“.

Es stimmt, daß Israel und Ägypten zur militärischen Zusammenarbeit mit den USA bereit sind und sich schon bereit erklärt haben, ihnen Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Das verlockende Angebot ist aber für die USA nicht annehmbar, weil es die Feindseligkeit zwischen Washington und den arabischen Ländern nur vergrößern könnte. Es stimmt auch, daß die Ölländer dieser Region in der amerikanischen Präsenz eine direkte Bedrohung

NAHER UND MITTLERER OSTEN

EIN FALSCHER TRUMPF

Dmitri WOLSKI

Die imperialistischen Politiker, die die ganze Welt als Spielfeld sehen, haben wieder einmal einen riskanten Zug gemacht: mit der islamischen Karte. Gemeint ist der Versuch, die religiöse und politische Moslembewegung, die als antiimperialistische Bewegung entstand, gegen die fortschrittlichen Staaten, gegen die Befreiungskräfte des Nahen und Mittleren Ostens, gegen die UdSSR zu richten. Washington wird als Freund der Moslemländer, Moskau als ihr Feind hingestellt.

Bei seinem Besuch in Damaskus hat Andrej Gromyko folgendes erklärt: „Diese in Washington fabrizierte Methode ist ein notorischer Betrug. Wer sie anwendet, denkt offenbar so: Wenn man schon zu einer falschen Lesart greift, soll man das mit Aplomb tun.“

Die Ziele des neuen großangelegten Manövers zeigten sich besonders deutlich auf der in der Hauptstadt Pakistans abgehaltenen Tagung der Islamischen Konferenz. Auf Weisung aus den USA stand die sogenannte Afghanistanfrage als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung. Ist es aber ein Zufall, daß dieselben Drahtzieher gleichzeitig wieder mit der Idee gekommen sind, im Raum des Persischen Golfs einen militärisch-politischen Block zu bilden, wovon die meisten Länder dieses Raums noch im vergangenen Herbst nichts hören wollten?

Jetzt wird das Projekt in religiöser Aufmachung präsentiert. Was man damit will? Mehr Partner dafür gewinnen. Die westliche Presse redet von einer Organisation aus fast zehn Ländern, angefangen von Ägypten bis zu Pakistan.

Diesen Absichten schließen sich energisch die britischen Tories an: Kurz vor der Konferenz in Islamabad weilte dort Außenminister Lord Carrington, der auch einige arabische Staaten besuchte. Es erübrigt sich zu sagen, daß die Nachfahren der britischen Kolonisatoren in Intrigen im Nahen und Mittleren Osten versiert sind.

Mit ihren gewohnten Methoden — dem Schmieden von Blöcken, der Bewaffnung von Banditen, der Besechtung von Scheichs, der Ausnutzung religiöser Leidenschaften und nicht zuletzt durch das Auslösen einer antisowjetischen Hysterie wollen die imperialistischen Kreise mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Vor allen Dingen wollen sie in Afghanistan ein endloses Blutvergießen anstiften, wovon fast unverblümt gesprochen und geschrieben wird. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß das demokratische Jemen und andere fortschrittliche arabische Staaten unter stärkeren Druck gesetzt werden. Unter anderem will man damit die Araber vom Kampf für die Rechte der Palästinenser und für die

ihrer selbst sehen. Die Marineinfanterie, die die USA zur Wahrung ihrer „nationalen Interessen“ einsetzen wollen, kann leicht zur Besetzung der Ölreviere verwendet werden. Deshalb hat die Botschaft „Über die Lage der Nation“ in Kuwait, im Irak, in Abu Dhabi, Jordanien, Syrien, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in anderen Ländern dieser Region Unmut hervorgerufen.

In Asien sind die USA wieder dazu übergegangen, Pakistan militärische Hilfe zu erweisen, die eingestellt worden war, als die Absicht Islambads bekannt wurde, sich Atomwaffen zu verschaffen. Pakistan kommt Washington bereitwillig entgegen und verspricht sogar, ihm den

Iran als Gendarm am Persischen Golf zu ersetzen.

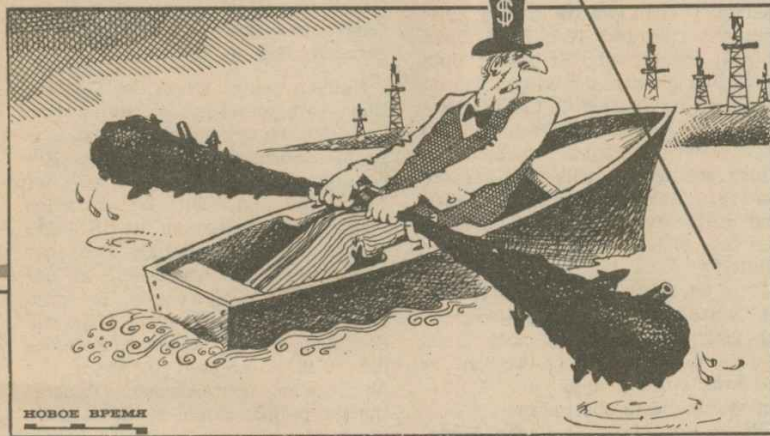
In Washington befürchtet man aber, es könne Pakistan wie dem Iran ergehen, und deshalb bemüht man sich, Japan und China für das Spiel zu gewinnen. Verteidigungsminister Brown hat von Tokio verlangt, es solle seine militärischen Aufwendungen in den nächsten Jahren vergrößern. China hat man die Lieferung von Ausrüstungen versprochen, die für militärische Zwecke verwendbar sind. Der Eilbeschluss des US-Kongresses, China Meistbegünstigung zu gewähren, ist ein Vorschub auf dessen Unterstützung für die Pläne Washingtons. Doch Pekings Großmachtgelüste wecken bei

den Ländern Südasiens ernste Besorgnis.

Das alles zeugt davon, daß der Kurs, den Washington eingeschlagen hat, auf große Schwierigkeiten stößt. Es handelt sich aber nicht einmal um die diesjährigen Schwierigkeiten. Die Trumandoktrin, mit der die Carterdoktrin verglichen wird, wurde beschlossen, als die USA das Kernwaffenmonopol besaßen. Einen neuen Impuls hatte ihr Präsident John Kennedy gegeben, der — ebenfalls in einer Botschaft „Über die Lage der Nation“ — erklärte, die USA würden „für den Schutz der Freiheit einen beliebigen Preis zahlen und beliebige Lasten übernehmen“. Johnson schickte eine halbe Million Soldaten nach Vietnam, die Doktrin erlebte ihren Höhepunkt und zugleich ihr Ende.

Der erste amerikanische Soldat, der in Vietnam fiel, war aus Tennessee. Sein Vater wußte nicht einmal, wo dieses Land liegt. Jetzt aber weiß jeder Amerikaner davon. Ebenso weiß er, womit Abenteuer zur Erringung einer militärischen Überlegenheit enden.

New York, den 28. Januar



Zeichnung: N. Stscherbakov

Befreiung der von Israel besetzten Gebiete ablenken. Nicht von ungefähr ist Sadat bei diesem ganzen Spiel eine Schlüsselfigur. Viel Gewicht legt man auf eine Verstärkung des militärischen und polizeilichen Potentials des pakistanischen Regimes, obwohl es sogar in der US-Presse „die grauenhafteste aller bestehenden Militärdiktaturen“ genannt wird.

Und schließlich der Iran. Er ist nicht so sehr geographisch wie politisch zu einem Hauptobjekt der neuen imperialistischen Pläne gemacht worden. Diese sind ganz offensichtlich zum Scheitern verurteilt, falls es nicht gelingt, dort den revolutionären Prozeß zum Rücklauf zu zwingen. Deshalb haben die politischen Strategen des Imperialismus solche Eile, die dort in diesem Prozeß aufgetretenen heftigen Gegensätze auszunutzen. Es sieht danach aus, als ob gewisse Leute sogar das Schicksal der amerikanischen Geiseln aufs Spiel zu setzen bereit sind. Hier die Äußerungen zweier Zeitungen, aus denen u. a. hervorgeht, daß man sich in Westeuropa und im Nahen Osten über die moralische Seite der US-Politik völlig im klaren ist.

Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt, daß die USA jetzt ihre Blicke nach Süd-Asien wenden, ganz besonders nach Pa-

kistan und dem Iran. Werte würden umgewertet. Plötzlich stehe die Tragödie der Teheraner Geiseln nicht mehr im Brennpunkt des Weltgeschehens, sondern werde als unterhaltsame Begebenheit dargestellt, an der gewisse politische Neurastheniker schuld seien. Zum Hauptgegner würden wieder „die Russen“.

Die Beiruter Zeitung „Al-Shaab“ konstatiert: „In Washington schreibt man das Entstehen und Fortdauern des Konflikts dem ehemaligen Schah und dem Führer der islamischen Revolution, Khomeini, zu. Hiervon ausgehend, glaubt man dort, die Beseitigung dieser beiden Figuren, mit der die CIA beauftragt ist, werde genügen, damit die USA weitere Schritte zur Wiedergewinnung ihres Einflusses nicht nur im Iran, sondern auch im Nahen und Mittleren Osten unternehmen könnten.“

Die Geheimnisse der Geheimdienste sind aber vorläufig noch der unsichtbare Teil des Eisbergs der imperialistischen Politik. Dafür kann man etwas anderes mit bloßem Auge sehen: das Anwachsen der amerikanischen Kriegsflotte an der Küste des Irans im Laufe des Januars von 2 auf 3 Trägerverbände und die Entsendung von sechs britischen Schiffen, darunter eines Landungsfahr-

zeugs, aus dem Mittelmeer dorthin. Es werden immer neue Länder genannt, in denen die USA Stützpunkte wollen und Truppen stationieren möchten. Jetzt ist Pakistan hinzugekommen.

Also verläßt man sich nicht allzu sehr auf den „islamischen Trumpf“, ja ist das überhaupt ein Trumpf? Es gibt Generale, Monarchen und Politiker, die sich noch an die Schutzherrschaft des Imperialismus klammern, aber auch sie überzeugen sich immer mehr davon, daß sie durch heutzutage eher kompromittiert werden können, als daß sie ihnen helfen würde, ihre Throne und Portefeuilles zu behalten. Es gibt Bourgeois, die nicht wissen, was sie mehr fürchten sollen, revolutionäre Bewegungen oder den Zugriff der multinationalen Konzerne. Es gibt noch letzte Feudalherren, denen nicht entgegen kann, daß sie von der Geschichte dem Untergang geweiht sind. Gewiß, analphabetische Bauern, Kleinhändler, einige wenige Studenten und sogar manche Arbeiter kann man eine Zeitlang täuschen und mit einer „sowjetischen Bedrohung der traditionellen Werte des Islams“ schrecken. Mit der Zeit werden ihnen aber bestimmt die Augen aufgehen.

Deshalb ist der Zug mit dem „islamischen Trumpf“ eher ein Bluff. Damit will man den Mittelostländern eine militärische und politische Kontrolle durch den Imperialismus aufnötigen, der in diesem Raum weder die alte Kultur noch die stolzen, freiheitlichen Völker sehen will — nichts als die Ölfelder und strategischen Bereitstellungsräume.

Die Kommunisten des Tals der Würde

Valerian SKWORZOW

Fährt man etwa 150 km von Ho-Chi-Minh-Stadt nordwärts, in Richtung des Zentral-Plateaus, dann wird das Landschaftsbild völlig anders. Die Heveenpflanzungen und Palmenbestände werden allmählich von Kiefern abgelöst. Statt des gewohnten Zirpens der Zikaden hört man staunend das von Grillen. Die Chaussee führt steil bergauf. Noch ungefähr eine Stunde Fahrt, und der Wagen befindet sich schon in ca. 1500 m Höhe über dem Meeresspiegel. Inmitten sanfter Hügel des Hochlandes ist einer der schönsten Winkel Vietnams, die Stadt Da Lat.

Bei der Anfahrt ist an der Chaussee ein kleines Aussichtsplateau, von dem man einen der vielen Wasserfälle dieser bergigen Gegend betrachten kann. Dicht beim Wasserfall zeigte man mir eine enge, tiefe Arena, die fast wie ein Brunnen-schacht aussieht. Unter den darübergedeckten rostigen Gittern wurden vor noch nicht langer Zeit Kämpfe von Menschen mit Tigern, Panthern und anderen wilden Tieren veranstaltet. Ein zum Tode Verurteilter bekam auf diese Weise eine Chance, mußte aber mit bloßen Händen um sein Leben kämpfen. Von oben sah König Bao Dai mit Gefolge gern zu, zu dem auch seine „aufgeklärten“ französischen Berater gehörten.

Mein Begleiter, Nguyen Xuan Ky, ein Mitglied des Da-Later Stadtpartei-Komitees der KPV, stützt die Ellbogen auf die steinerne Einfriedung und sieht auf die feuchten Steine der Arena hinunter. Dort stieß man nicht etwa Verbrecher hinein. Feudalherren und Kolonisatoren ergötzen sich an den Qualen von Revolutionären. Möglich, daß Ky noch welche gekannt hat, er trat ja der Partei bei, bevor die Revolution 1945 die verrottete Monarchie und das Kolonialregime hinwegfegte.

Als hätte er meinen Gedanken erraten, sagt er:

„In den südlichen Provinzen, wo nach der Ausrufung der demokratischen Republik die Reaktion die Macht an sich riß, war die Arbeit besonders schwer. Hier, in Da Lat, war die Konterrevolution sehr stark. Sie hatte hier eine Militärakademie, mehrere Kadettenanstalten, ein Generalstabscollege, Dutzende privile-

gierte Schulen und eine Universität.“

Bis 1956 legte Ky den Weg vom Mitglied einer Kampfgruppe bis zum Mitglied der Provinzparteileitung zurück. Damals wurde er von Spitzeln des Diktators Ngo Dinh Diem gefaßt, aber zu der Zeit warf man Menschen nicht mehr wilden Tieren vor. Auf der Insel Pulo Condor hatte man Kasematten eingerichtet, die Tigerkäfige genannt wurden. In einem solchen brachte der tapfere Untergrundkämpfer sechs Jahre zu und mußte furchtbare Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Er erzählt:

„Als wir 1961 wieder einmal verlegt wurden, konnte ich ausbrechen. Ich ging nur ganz kurz nach Haus und dann in die Wälder, wo ich die Führung eines Trupps der Volksbefreiungskräfte übernahm.“

Rings um Da Lat liegen Hügel und dazwischen Wiesen voll bunter Blumen. Besonders schön sind die Orchideen. Wie oft mußte Ky sich in diese Pracht werfen und mit seinem MG auf Hubschrauber der Strafexpeditionen schießen! Manchmal war es auch leichter. Zweimal kam Ky nach Hanoi, und 1964 erlebte er mehrere Tage in der UdSSR und in Bulgarien.

„Diese Reisen waren für mich sehr wichtig“, sagt er. „Ich sah mit eigenen Augen, wie die Ideen Lenins verwirklicht werden. Danach hatte ich den Kameraden viel zu erzählen, besonders denen, die erst kurz vorher zu uns gekommen waren.“

Nguyen Xuan Kys Propaganda-assistent, Van Tau Nguyen, lud uns nach Haus ein. Wir gingen an einem See entlang, der für seine Schönheit nach der bekannten vietnamesischen Dichterin der Vergangenheit Ho Xuan Huong benannt ist, dann bergan auf einer Straße mit Häusern, die wegen ihrer kleinen Fenster und dicken Mauern eigentlich ganz unvietnamesisch aussahen. Im Dezember und Januar sinkt die Temperatur dort nachts auf +3–5°C.

Plötzlich sahen wir eine Prozession. Es war Sonntag, und der Geistliche hatte seine Gemeinde, die aus alten Männern und Frauen bestand, ins Freie geführt.

„Von den 380 000 Einwohnern der Provinz Lam Dong, deren Hauptstadt Da Lat ist, sind 120 000 Buddhisten, 95 000 Katholiken, 28 000 Protestanten und etwa 10 000 Anhänger der Cao-Dai-Sekte“, erläutert Nguyen. „Viele patriotische Geistliche halfen den Kommunisten tatkräftig gegen die amerikanischen Aggressoren und die Saigoner Marionetten. Auch jetzt, nach der Befreiung, arbeiten die allermeisten Gläubigen eifrig daran, die Wirtschaft und das kulturelle Leben in geregelte Bahnen zu bringen.“

Nguyen gehört schon der Generation vietnamesischer Kommunisten an, die nach Ky gekommen ist. Diese Menschen wissen nur vom Hörensagen und aus Büchern von der Monarchie und den französischen Kolonisatoren. Nguyen ist 15 Jahre jünger als Ky, beteiligte sich aber wie dieser schon ganz jung an der revolutionären Bewegung. Er kann sich an seine Eltern nicht erinnern. Soldaten eines Arbeiterregiments, die 1946 unter dem Ansturm des überlegenen französischen Expeditionskorps aus Hanoi zurückwichen, lasen den kleinen Jungen auf. Das Regiment ersetzte ihm die Familie,



In den Provinzen des Hochplateaus sind Neulanderschließungen in vollem Gange

Foto: VIA—TASS

die Schule und die Hochschule. Nach einer Verwundung ließ er sich 1962 demobilisieren. Zwei Jahre besuchte er Filmlehrgänge, aber dann schickte ihn die Partei zu illegaler Arbeit nach den Südpunkten. Er gab Zeitungen heraus, verbreitete Flugblätter, fuhr als Verbindungsmann des Parteikomitees der Zone in den dunklen Tropennächten kreuz und quer durchs Gebirgsschongel. Über diese Zeit schrieb er zwei Gedichtbände und das Drehbuch zu einem Film, der jetzt in der ganzen Republik bekannt ist. Er will einen Roman über die Befreiung Saigons

im April 1975 schreiben, deren Teilnehmer er war, findet aber nie Zeit dazu.

Angespannt waren die ersten drei Jahre nach der Befreiung. In der Provinz gab es nur noch ein Häuflein Kommunisten. Die übrigen waren im Kampf mit den Agenten der CIA gefallen, die in Südvietnam das „Unternehmen Phönix“ ausführten. Eigentlich war das ein Kesseltreiben zur Vernichtung sämtlicher Gegner des Marionettenregimes. Der Mangel an Arbeitskräften war nur eins von den Problemen. In der Provinz war die Landwirtschaft stark vernachlässigt und hatten über 100 000 Personen weder Arbeit noch Existenzmittel. Deshalb stand die Provinz nach der Befreiung vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Auch die Konterrevolutionäre, die sich versteckt hielten, gaben ihre Umtriebe nicht auf. Manchmal kamen Banden von den Bergen, überfielen Volkskomitees und plünderten Nahrungsmittelspeicher und Banken.

„Damals sagte man mir beim Parteikomitee, daß uns die Leute vertraut hatten, als wir mit der Waffe in der Hand kämpften“, erzählt Nguyen. „Jetzt müßten wir mit Taten beweisen, daß wir fähig sind, das friedliche Leben in Gang zu bringen. Ich solle Aktivisten um mich sammeln und die Wirtschaft der Provinz hochbringen.“

Jetzt, fünf Jahre nach der Befreiung des Südens, kann man sich den Ruin in der Provinz Lam Dong kaum vorstellen. In der kurzen Zeit ist viel geleistet worden. Jeder Einwohner der Provinz bekam 1975 44 kg Getreide. Voriges Jahr waren es 230 kg, und für dieses Jahr sind 300 kg pro Person geplant. Leider ist der Bedarf damit noch nicht ganz gedeckt, er muß weitgehend aus den staatlichen Reserven gedeckt werden. Aber das Erreichte ist schon erfreulich, namentlich, wenn man bedenkt, daß Lam Dong täglich rund 250 t Gemüse in Ho-Chi-Minh-Stadt auf den Markt bringt.

Weder Da Lat noch die Provinz hat jetzt Analphabeten. Besonders deutlich erkennt man die Wandlungen bei den nationalen Minderheiten: den Gebirglern Kho, Ma, Turu, Muog sowie bei den Meo und Thai, die noch unter den französischen Kolonisatoren aus dem Norden hierher umgesiedelt wurden. Dank der Nutzbarmachung neuer Ländereien für die Landwirtschaft und dank dem Bau von Wohnhäusern und Schulen konnten fast alle Stämme — rund 110 000 Personen — seßhaft gemacht werden.

Der IV. KPV-Parteitag vom Dezember 1976 stellte der Republik neue Aufgaben. Wie es in den Be-

schlüssen hieß, besteht die Generallinie der sozialistischen Revolution darin, gleichzeitig drei Revolutionen zu vollbringen: eine in der Produktion, eine wissenschaftliche und technische und eine auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur. Auf diese drei Schwerpunkte haben sich jetzt die gut 4500 Kommunisten von Lam Dong konzentriert.

Schon 1977 nahmen die Volkskomitees eine gerechte Umverteilung des Grund und Bodens vor. Dadurch stieg das Ansehen der Kommunisten. Auf den Erfolg und den stärkeren Rückhalt bei den Massen gestützt, bereiteten sie in emsiger Kleinarbeit die Gründung von Genossenschaften vor. Zunächst bildeten sie auf den Plantagen großer Privatgesellschaften sogenannte Stationen der staatlichen Leitung. Sie gingen klug und mit Initiative an die Arbeit, zogen alte Fachkräfte, Agronomen und Ingenieure heran. Bei den Einzelbauern weckten sie Interesse für neue Wirtschaftsformen. Im Jahre 1978 gingen die Kommunisten dazu über, in einer großangelegten Propagandakampagne den Bauern die Vorzüge der kollektiven Arbeit zu erläutern. Bis zum Jahresende kamen über 600 Gruppen für gemeinschaftliche Arbeit zustande, u. zw. 130 in den Gebieten, die mit nationalen Minderheiten bevölkert sind. Auf Ländereien ehemaliger Großgrundbesitzer, die ins Ausland geflohen waren, wurden acht Genossenschaften vom höchsten Typ gegründet. Von allen Formen der neuen Produktionsverhältnisse sind in der Provinz jetzt über 80% der Bauernhöfe erfaßt.

Die vietnamesischen Genossen verhehlten nicht, wie schwierig die letzten Jahre waren. Wegen des von den Pol-Pot-Leuten an der Südwestgrenze angezettelten Krieges, wegen der Dürre und der Überschwemmungen im Delta des Roten Flusses und des Mekongs und der Aggression Pekings Anfang vorigen Jahres mußten alle Kräfte aufs äußerste angespannt werden. Jeder hatte es schwer. Aber auch dieses Mal hat Vietnam standgehalten, und das dank der Überzeugung, daß seine Sache gerecht ist und daß das Land

3. FEBRUAR — 50 JAHRE KP VIETNAM

Die glänzenden Siege der vietnamesischen Revolution sind weitgehend der Führung durch die Kommunistische Partei Vietnams zu verdanken, dieser von Präsident Ho Chi Minh gegründeten und gestählten, echt marxistisch-leninistischen Partei, die sich rückhaltlos für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, für die gerechte Sache der internationalen Arbeiterklasse und der freiheitsliebenden Völker einsetzt...

Die Verbindung der nationalen Unabhängigkeit mit dem Sozialismus ist dem ganzen Kurs und der revolutionären Politik der Partei zugrunde gelegt. Das war von Anfang an für die gesamte strategische Orientierung und für die Verteilung der revolutionären Kräfte ausschlaggebend: die Verwirklichung des Rechts der Arbeiterklasse, in der Revolution führend zu sein; aufgrund des Bündnisses der Arbeiter und Bauern Schaffung eines Bündnisses aller patriotischen und fortschrittlichen Kräfte der Nation, eines Bündnisses mit dem Proletariat und den unterdrückten Völkern, mit sämtlichen demokratischen und fortschrittlichen Kräften der Welt.

Im Interesse der revolutionären Sache der Völker in aller Welt sind die Partei und das Volk Vietnams bestrebt, ihre internationale Pflicht zu tun und das Bündnis der sozialistischen Bruderländer und der kommunistischen und Arbeiterparteien zu schützen sowie den Marxismus-Leninismus und den Internationalismus von opportunistischen Tendenzen, namentlich von Tendenzen eines engstirnigen Nationalismus und Großmachtchauvinismus, reinzuhalten.

Aus den Thesen des ZK der KPV
zu deren 50. Jahrestag

von der Partei den rechten Weg geführt wird. In Da Lat spricht man wie überall im Land voll Wärme von der Hilfe, die Vietnam von der UdSSR, von den anderen sozialistischen Staaten und von allen fortschrittlichen Menschen der Erde in schwerer Stunde geleistet worden ist.

Schön ist die Umgegend von Da Lat. In ganz Vietnam ist der Seeder Seufzer bekannt. Ebenso das Tal der Würde. Und wie prächtig ist der Cam-Ly-Wasserfall, auf dessen klarem Wasser die Sonne glitzert. Am Wasserfall trafen wir Geologen. Sie erzählten hingerissen von der großen Zukunft dieser Gegend, in der sie Bauxit erschürft hatten, von der stürmischen Entwicklung, die das gebirgige Lam Dong in den nächsten Jahren zu erwarten hat. Der Leiter der Geologengruppe war ein junger Kommunist, der erst seit zwei Jahren in der Partei ist.

„Unser Nachwuchs“, sagte Ky über ihn. „Der Nachwuchs ist energisch, überzeugt und versteht seine Sache. Mir gefallen diese Jungens. Ich bin sicher, die Zukunft liegt in guten Händen.“

Da Lat—Moskau

WAS CAMP DAVID BRACHTE

Tawfiq TOUBI,
Stellvertretender Generalsekretär
der KP Israels

Ein weiteres Mal sind der ARÄ-Präsident Sadat und der israelische Ministerpräsident Begin Anfang Januar in der ägyptischen Stadt Assuan zusammengetroffen, um weitere Schritte zu einer „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen beiden Ländern, die Palästinenser „Autonomie“ und die „Lage in der Region“ zu erörtern. Es wurde bereits bekanntgegeben, daß im Februar in Kairo eine israelische und in Tel Aviv eine ägyptische Botschaft eröffnet wird.

Begin erklärte nach dem Treffen von Assuan vor der Knesset, er habe mit Sadat Übereinstimmung in internationalen und einigen anderen Fragen erzielt, doch wiederholte er, in keinem Fall werde er die Bildung eines unabhängigen Palästinenserstaates zulassen. Die israelische Presse begrüßte die gemeinsame Haltung Begin und Sadats gegenüber Afghanistan und dem Iran. Während die israelischen Blätter Krokodilstränen über die Veränderungen in Afghanistan vergießen, plädieren sie dafür, der US-Armee Stützpunkte zu überlassen, um einer „sowjetischen Bedrohung“ des Nahen und Mittleren Ostens entgegenzuwirken. Zweifelsohne bedeuteten die Gespräche von Assuan faktisch eine Koordinierung der Aktionen, um die imperialistischen Pläne in der Region abzusichern.

Die Abgeordneten der Demokratischen Front für Frieden und Gleichberechtigung, der auch die KP Israels angehört, haben die Demagogie der herrschenden Kreise Israels entlarvt. Sie bekundeten ihre Solidarität mit der Regierung des demokratischen Afghanistan unter Babrak Karmal und schätzten die sowjetische Hilfe für das afghanische Volk hoch ein.

Wenn es zwischen den Partnern von Camp David auch Differenzen über eine „Autonomie“ für die Palästinenser gibt, so hindert sie das doch keineswegs daran, die „Normalisierung“ ihrer Beziehungen zueinander unter US-Patronat voranzutreiben — vor allem im militärstrategischen Bereich.

Während die ganze Welt die Drohungen der USA gegen den Iran verurteilt, rufen der israelische Verteidigungsminister Weizmann und Ex-Außenminister Dayan direkt dazu auf, Gewalt gegen den Iran anzuwenden — und bieten die Hilfe Israels dabei an.

Und Präsident Sadat wiederholt, ungeachtet der Stimmung im eigenen Land Erfindungen über die iranische Revolution und erklärt sich bereit, dem Ex-Schah Asyl in Ägypten und den USA das Recht zur Nutzung ägyptischer Militärobjekte zu gewähren.

Der Handel von Camp David wird als „Friedenswerk“ hingestellt. Den Völkern Ägyptens und Israels wird immer wieder eingehämmert, er brächte den langersehnten Frieden. Unterdes forcieren diese beiden Regimes das Wettrüsten und heben ihre Rüstungsausgaben an — wodurch sie solche Hoffnungen begraben. Dabei helfen ihnen die USA. US-Konzerne bauen neue Luftwaffenstützpunkte und andere Militärobjekte in der Negev-Wüste im Süden Israels im Rahmen der „Umgruppierung“ der israelischen Streitkräfte nach deren Abzug von der Sinai-Halbinsel. Bereits jetzt ist klar, daß diese Stützpunkte nicht nur Israel dienen werden. Überdies wird die US-Militärhilfe für Tel Aviv 1980 zwei Md. Dollar erreichen.

Die Washingtoner Administration, die weiß, welch „treuen Untertanen“ sie in Präsident Sadat hat, brachte im Dezember v. J. im US-Kongreß eine Gesetzesvorlage ein, die die Lieferung moderner Waffen an Ägypten vorsieht. Wie gemeldet, gehören dazu 1000 Panzer und 80 F-16-Jäger. Ägypten wird alljährlich ca. eine Md. Dollar Militärhilfe erhalten.

Den Ägyptern hatte man versprochen, der Separatvertrag werde ihnen zu einem besseren Leben verhelfen — und zwar durch eine Kürzung des Rüstungshaushaltes. Jetzt aber wird deutlich, daß die Rüstungsausgaben Ägyptens ebenso wie die Israels stark steigen. Die ägyptischen Behörden wollen den US-Gendarmen in der arabischen Welt und in Afghanistan spielen.

Die israelische Regierung zog es vor, nicht gegen die Lieferungen von US-Waffen an Ägypten zu protestieren.

Das zeigt, daß sie für das Streben der Vereinigten Staaten großes Verständnis hat, unter deren Ägide ein neues Militärbündnis im Nahen Osten zusammenzuzimmern — eine militärische Allianz zwischen den Regimes Sadats und Begin. Hierbei soll Israel alle Funktionen des Schah-Regimes übernehmen.

Parallel zum Prozeß der „Normalisierung“ der Beziehungen zu Ägypten intensiviert Israel seine immer brutaleren Handlungen gegen das arabische Volk von Palästina. Dazu gehören die ständigen Operationen in Südlibanon gegen die palästinensischen Flüchtlinge und die PLO ebenso wie die fieberhaften Maßnahmen, die besetzten Gebiete — vor allem das Westjordanland und den Gaza-Streifen — zu kolonisieren. Dort wird immer mehr Boden enteignet, werden neue israelische Siedlungen gebaut und die Repressalien gegen die palästinensischen Patrioten verstärkt.

Mit dem Segen der Begin-Regierung besetzt die ultranationalistische Gruppierung Gush-Emunim willkürlich arabischen Boden und errichtet dort Siedlungen. Das Begin-Kabinett hat einen Zehn-jahresplan für die zionistische Kolonisierung des Westjordanlandes gebilligt. 10 000 Häuser in bestehenden und geplanten israelischen Siedlungen sollen gebaut werden. Die Gesamtausgaben wurden mit 150 Md. israelische Pfund (ca. 4 Md. Dollar) beziffert.

Die Sozialausgaben Israels hingegen wurden wegen „Finanzknappheit“ ein weiteres Mal gekürzt. Der Bau von Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden ist eingefroren. Die Regierungssubventionen für die Grundnahrungsmittel — Brot, Pflanzenöl, Milch und Geflügel — wurden eingestellt, die Pläne für den sozialen Wohnungsbau annulliert. Eine Großoffensive auf das Lebensniveau der Werktätigen wurde gestartet.

Die breite internationale Solidarität mit dem gerechten Kampf der

Israelische Besatzer auf den Straßen der arabischen Stadt Nablus

Foto: TASS



Palästinenser sowie die Aktivierung der Friedenskräfte in Israel selbst, die sich gegen die abenteuerliche, extremistische Politik der Begin-Regierung wenden, tragen zum Kampf für eine gerechte und dauerhafte Nahostregelung bei.

Ende 1979 verabschiedete die UNO-Vollversammlung Resolutionen zur Nahostfrage und zum Palästinenserproblem. In ihnen werden die Abkommen von Camp David verurteilt, wird bekräftigt, daß die PLO der einzig rechtmäßige Vertreter der Palästinenser ist, der gleichberechtigt an allen Friedensbemühungen teilnehmen muß.

Bürgermeister, andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Führer der Arbeiterbewegung und die Intelligenz, weite Bevölkerungskreise beteiligten sich einen Monat lang an ungezählten Streiks und Demonstrationen im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Sie verlangten, die Anordnung der israelischen Militärbehörden zurückzunehmen, Bassam Chakaa, den Bürgermeister von Nablus, auszuweisen. Diese Protestaktionen zeigten wie nie zuvor die Einheit der Massen in ihrem Kampf für patriotische Ziele. Die internationale Solidarität mit Bassam Chakaa, die in der einstimmig von der UNO angenommenen Resolution (gegen die nur Israel stimmte) Ausdruck fand, die intensiven Protestaktionen der Friedenskräfte Israels und die Kampagne einer Gruppe demokratischer Rechtsanwälte Israels unter Felicia Langer, Mitglied unserer Partei, gegen die geplante Deportation des Bürgermeisters von Nablus waren, letztlich erfolgreich. Die Besatzungsbehörden mußten Chakaa freilassen und die Ausweisungsanordnung zurücknehmen.

Die Begin-Regierung klammert sich starrsinnig an die zionistische Politik der Expansion, der Annexion und der totalen Negierung der Rechte des palästinensischen Volkes. So enthält sie dem Volk Israels einen wahren Frieden und tatsächliche Sicherheit vor. Zugleich wälzt die Regierung alle Lasten ihres Expansionskurses auf die Werktätigen ab. In den zweieinhalb Jahren der Regierung Begin sind die auch ohnehin riesigen Rüstungsausgaben weiter gestiegen. Israel erlebt eine Rekordinflation. In dieser Zeit ist Brot um mehr als 220%, Milch um 445%, Margarine um 373%, Butter um über 560% und Pflanzenöl um 900% teurer geworden! Die Löhne bleiben weit hinter den Preisen zurück. Dafür sind die Profite der Banken und der Konzerne in die Höhe geschossen. Im Finanzjahr 1978/79 haben die Profite der Industriebetriebe 300 Md. israelische Pfund erreicht.

Die Außenverschuldung Israels dürfte 1980 bereits auf 18 Md. Dollar klettern — das ist soviel wie das gesamte Bruttosozialprodukt Israels im Jahre 1979. Die Schulden durch die riesigen Rüstungsausgaben führen zu einer noch stärkeren Unterordnung Israels unter die USA.

Die Werktätigen, die vor allem unter der abenteuerlichen Politik der Begin-Regierung leiden, kämpfen beharrlich für ihre Lebensinteressen. Als Antwort auf eine weitere Preiserhöhung Anfang Dezember 1979 kam es in den Armenvierteln Jerusalems zu Massendemonstrationen unter der Leitung der „Schwarzen Panther“. Polizisten und Demonstranten, vor allem orientalische Juden, lieferten sich eine mehrstündige Straßenschlacht. Sie verlangten, daß — statt für die Kolonisierung der besetzten Gebiete — Gelder für die armen und entrechteten Schichten der israelischen Bevölkerung bereitgestellt würden.

Die sich vertiefende Krise der Begin-Regierung findet auch darin ihren Ausdruck, daß deren parlamentarische Basis schmaler wird und sich die Differenzen innerhalb der Regierungskoalition immer mehr verschärfen. Dr. Peled, Bürgermeister von Ramat Gan, eine namhafte Persönlichkeit der Liberalen Partei (der zweitgrößten Partei des regierenden Likud-Blocks), beschuldigte direkt die Regierung, sie führe Israel in eine dritte „Vernichtung“.

Die anhaltende Okkupation des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens, der Golan-Höhen, eines Großteils der Sinai-Halbinsel und die Negierung der Rechte des palästinensischen Volkes haben die wirtschaftliche, soziale und politische Krise in Israel hervorgerufen, die durch den abenteuerlichen Kurs der Begin-Regierung noch weiter verschärft wird.

In dieser Lage haben die israelischen Kommunisten dazu aufgerufen, Parlamentswahlen abzuhalten und ein neues Bündnis der Friedenskräfte zu bilden, das eine Regierung bilden könne, die in der Lage wäre, zu einem dauerhaften und gerechten Nahostfrieden beizutragen. Immer mehr Israelis beginnen durch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre die Haltung der KP Israels, der Sowjetunion und der Friedenskräfte der Welt besser zu verstehen, die die Abkommen von Camp David als Friedensgefährdung ablehnen. Immer mehr Menschen in Israel wenden sich zusammen mit den Kommunisten gegen US-Stützpunkte, die die Sicherheit des eigenen Volkes bedrohen, treten für Frieden und eine Politik der Neutralität als beste Gewähr ihrer Zukunft ein. Immer mehr Israelis werden sich bewußt, daß der prinzipielle Kurs der Kommunisten richtig ist, die davon überzeugt sind, daß der Weg zum Nahostfrieden über den vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten, über die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf Bildung eines eigenen unabhängigen Staates im Westjordanland und im Gaza-Streifen sowie über die gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und der Souveränität durch Israel und die anderen arabischen Staaten geht.

APPELL

ZUR VERNUNFT

Wenn sich die Weltlage zuspitzt, dann empfindet man besonders erfrischend das gesunde Element, das von der sozialistischen Außenpolitik ins weltpolitische Leben hineingetragen wird. Dem politischen Spiel mit dem Feuer, das die imperialistischen Kräfte, besonders die USA, an den alten und neuen allergischen Punkten treiben, den Drohungen, Erpressungen und dem Fallen aus einem ins andere Extrem setzen die UdSSR und ihre Verbündeten den konsequenten, in Jahren bewährten Kurs auf die Konsolidierung der Entspannung entgegen. Das hat sich unlängst erneut beim Treffen Außenminister Gromyko mit seinem bulgarischen Amtskollegen Mladenow bestätigt.

Die jetzt die sowjetische Politik unter Beschuß genommen haben, fordern die sozialistische Ländergemeinschaft, die jungen frei gewordenen Staaten, ja alle Friedenskräfte heraus. Wie bei den Moskauer Gesprächen vermerkt worden ist, werden die Bruderländer ihre Interessen zu wahren und beliebige Anschläge auf die sozialistischen Errungenschaften abzuwehren wissen. Die Versuche, mit uns von einer „Position der Stärke“ aus zu verhandeln, führen zu nichts. Die UdSSR und ihre Freunde lassen sich aber nicht nur die eigenen Interessen angelegen sein, sie fordern die westlichen Partner zu wohlverwogenen Entscheidungen auf, damit in der Politik nicht wieder eiserne Winde aufkommen.

Man muß den Kopf oben behalten. Die beiden Minister haben eindringlich gemahnt, sich energischer um die Festigung des Friedens und der Entspannung in Europa zu bemühen. Die fortwährenden Aggressionsakte gegen Afghanistan müssen aufhören. Der amerikanisch-iranische Streit muß friedlich, ohne Machtdemonstrationen oder Gewalt beigelegt werden. Die imperialistischen und hegemonistischen Kräfte müssen ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea einstellen.

Die sozialistischen Länder haben mit viel Mühe der Entspannung den Weg gebahnt und nun jetzt alles, um sie nicht stören zu lassen. Wie die beiden Minister betont haben, ist es heute wichtiger denn je, unsere einhellige Außenpolitik konsequent und beharrlich zu betreiben, die im Interesse aller Völker der Welt liegt.

I. TROFIMOWA

HIMMEL UND ERDE IN PACHT?

Pawel MESENZEW

Noch ist der Nachhall des Oktoberwirbels nicht verklungen, den die Teilwahlen zum Senat und die Nachwahlen zum Medschlis (Unterhaus) ausgelöst hatten. Es ist nämlich so, daß diese Wahlen infolge ihrer Resultate den Charakter allgemeiner Wahlen annahmen: Die damalige Regierungspartei, die Republikanische Volkspartei, die sozialdemokratischer Observanz ist, trug im Kampf um fünf Medschlismandate nicht den Sieg davon und verlor so die ohnehin unsichere Majorität im Parlament. Die Regierung ihres Führers Ecevit mußte zurücktreten. Das neue Kabinett ist von der konservativen Gerechtigkeitspartei unter Demirel gebildet worden, der schon wiederholt Ministerpräsident war.

Durch den ziemlich häufigen Regierungswechsel in der Türkei wird gewöhnlich nichts Greifbares erreicht. Die abtretenden Kabinette vererben ihren Nachfolgern immer die gleichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Von der jeweiligen Regierung enttäuscht, gibt der Wähler seine Stimme für die Opposition ab und hofft wenigstens auf irgendeinen Fortschritt. Und so geht es eigentlich jedes Mal. Wie war die Lage im Land? Angaben darüber machte die türkische Presse vor den Oktoberwahlen. Die Türkei hatte über 2,5 Millionen Arbeitslose, das waren 15—17% der arbeitsfähigen Bevölkerung. Der gesamte Preisindex stieg bis zum dritten Quartal von 1979 einschließlich um 53% (die Preise für Bekleidung um 83 und für Nahrungsmittel um 47%). Die türkische Lira sank unaufhaltsam im Kurs (Ende Januar beschloß schon die Regierung Demirel eine neue Abwertung fast auf die Hälfte gegenüber dem Dollar), die Auslandsschulden stiegen weiter und betrugen schon über 10 Md. Dollar. Infolge des ständigen Brennstoffmangels stockten Industrie und Landwirtschaft und schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze.

Dennoch betonte Ecevit kurz nach seinem Rücktritt, er habe die Wirtschaft dem neuen Kabinett in einem unvergleichlich besseren Zustand übergeben, als er sie Anfang 1978 von der vorigen Koalitionsregierung Demirel übernommen hätte. Er sagte: „Wir haben sie aus dem Morast gezogen und das sinkende Schiff wieder flottgemacht.“ In der Türkei ist man aber schon daran gewöhnt, daß eine ab- oder antretende Regierung an allem Unglück dem politischen Rivalen die Schuld gibt. Hierüber schrieb die Zeitung „Milliyet“ (Istanbul): „Das ist genauso absurd, wie wenn man nach einer Panne nichts täte, als auf den Fahrer zu schimpfen, statt den Motorschaden zu beheben.“

Natürlich gab es Gründe in Fülle für die Niederlage der Volkspartei.

In den 21 Monaten ihrer Amtsdauer machte die Türkei die amerikanischen Militärstützpunkte („vorübergehend“) wieder auf und verstärkte ihre Verbindungen mit der NATO. Die schwere soziale und wirtschaftliche Krise wurde durch beispiellosen Terror und Gewalt noch verschlimmert. Der türkischen Presse zufolge fanden unter der Regierung Ecevit etwa 2500 Personen von der Hand rechts- und linksextremistischer Elemente den Tod und wurden ungefähr 10 000 verwundet. Der über 19 Wilayets verhängte Ausnahmezustand hat nichts Wesentliches zeitigt, ja in manchen Orten die Lage nur komplizierter gemacht. Der von neofaschistischen und maoistischen Gruppen entfesselte Terror intensivierte sich größtenteils gegen diejenigen, die sich für eine demokratische Entwicklung und für den Austritt aus der NATO einsetzen.

Die Gewaltakte in der Türkei sind ein altes Problem, das eine Regierung der anderen hinterläßt, das aber im Oktober mit Selbstverständlichkeit besonders nachdrücklich der Regierung Ecevit zur Last gelegt wurde. Deshalb hat die neue Regierung mit Maßnahmen begonnen, die die Zivil- und die Militärinstanzen bei der Bekämpfung des Terrorismus in engeren Kontakt bringen sollen. Die türkische Presse schreibt indessen, daß „dieses Paket von Maßnahmen gegen

KATZE AUS DEM SACK

Die NATO hütet ihre Geheimnisse. Wenn aber eins durchsickert, schweigt man sich aus und legte der „freien“ bürgerlichen Presse nahe, nichts verlauten zu lassen. So war es, als der Kapitänleutnant der Bundeswehr Erhard Müller in die DDR übergang und die Geheimnisse der Verbindungsgruppe USA—Bundesrepublik bekanntgab (s. NZ-Hef 3/1980). Im Westen sucht man auch die kürzlichen Enthüllungen von Frau Ursel Lorenzen, einer früheren Beamtin im Brüsseler Hauptquartier der NATO, totzuschweigen, die Anfang vorigen Jahres ebenfalls in die DDR übertrat. Sie hatte seit 1968 an allen Stabsrahmenübungen der NATO und an den Tagungen ihres Rates in Brüssel, Bonn und Lissabon teilgenommen, ferner an den Sitzungen des NATO-Rats des Ausschusses für Verteidigungsplanung und des Militärausschusses auf höchster Ebene, kurz: sie wußte in der NATO-Küche genau Bescheid.

So berichtete Frau Lorenzen über die bei der NATO verfaßte „Ost-West-Studie“. Sie sollte beweisen, daß eine „sozialistische Bedrohung“ existiert und als Rechtfertigung für die forcierte Aufrüstung im Rahmen des LTDP dienen. Die „Ost-West-Studie“ wurde auf der Tagung des NATO-Gipfels 1978 in Washington bestätigt. Andere Teile der Studie, die in keiner Weise mit den Thesen einer „Bedrohung aus dem Osten“ übereinstimmen und die sogenannte „Nachrüstung“ der NATO auch nicht rechtfertigen würden, wurden der Öffentlichkeit bewußt vorenthalten. So z. B. Punkt 34, in dem steht: „Das fortgesetzte umfassende Wachstum und die Entwicklung der sowjetischen militärischen Stärke, die die sowjetischen Führer wahrscheinlich als notwendig ansehen, um ihre Streitkräfte in die Lage zu versetzen, die defensiven und außenpolitischen Funktionen zu erfüllen, die ihnen übertragen sind... Es werden kei-



den Terrorismus, namentlich die „Verschärfung“ der Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches über die Belangung für kommunistische Betätigung und Propaganda, die Linken und die Rechten nur noch mehr konfrontieren und zum Bürgerkrieg treiben wird“.

Am 9. Januar forderten der Generalstabschef Evren und der Oberkommandierende der Waffengattungen bei einer Zusammenkunft mit Demirel, wie „Milliyet“ mittelt, eine Annäherung zwischen der Gerechtigkeits- und der Volkspartei, den beiden führenden Parteien, die ca 80% der Wähler repräsentieren und im Medschlis 392 von den 450 Sitzen innehaben. Zwischen ihren Führern hat aber noch nie ein wirklicher Dialog stattgefunden. Ecevit hat zwar unlängst eingewilligt, mit der Gerechtigkeitspartei eine Koalition einzugehen, Demirel hat aber vorläufig noch nicht reagiert. Es sei daran erinnert, daß US-Unterstaatssekretär Christopher im vergangenen Sommer den damals in der Opposition stehenden Demirel kritisierte, er unterstütze das Kabinett Ecevit nicht genug. Demirel brauste auf, der Amerikaner solle sich „um seine

eigenen Angelegenheiten kümmern und seinen ganzen Grips dabei anstrengen“.

Die Zusammenkunft des Ministerpräsidenten mit den führenden Militärs stand offenbar mit einer Demarche in Zusammenhang, die das türkische Oberkommando eine Woche vorher unternommen hatte. Wie bekannt, richtete es am 2. Januar ein

Schreiben an Präsident Korutürk und forderte darin, daß sich „alle Verfassungsinstanzen vereinigen, Solidarität üben und einander unterstützen, um das Land aus den Gefahren zu erretten, die ihm drohen, und es aus der Sackgasse hinauszuführen, in der es steckt“. Allerdings war in diesem Schreiben, zum Unterschied von einer „Denkschrift“ der Armee aus dem Jahre 1971, nicht ausdrücklich davon die Rede, daß die Armee in die Politik eingreifen wird, falls ihre Aufforderung nicht gehört werde.

Noch etwas anderes blieb bei der Presse des In- und Auslandes nicht unbemerkt: die Tatsache, daß das Schreiben der Militärs dem Präsidenten am Vortag der am 10. Januar stattfindenden Paraphierung eines neuen Abkommens über die US-Militärstützpunkte in der Türkei überreicht wurde. Die Presse schätzte ihre Zahl auf sage und schreibe 28. Die Auslandspresse konstatierte, daß das Pentagon besonders an dreien interessiert sei, von denen sich zwei im Norden, in Sinop, und im Osten, in Pirinçlik (bei Diyarbakir) befänden und elektronische Horchposten dar-

stellen; der dritte ist der große Luftwaffenstützpunkt in Incirlik bei Adana, im Süden. Die ersten beiden haben riesige Funkortungsantennen und andere Vorrichtungen, mit deren Hilfe Spezialisten der Nationalen Sicherheitsagentur und der amerikanischen CIA Tag und Nacht die sowjetischen Flugzeuge und Schiffe in diesem Raum beobachten sowie verfolgen, was auf sowjetischem Gebiet vor sich geht.

Die Benutzung von Militärstützpunkten, die zum großen Teil Anfang der 50er Jahre gebaut wurden, als die Türkei der NATO beitrug, durch diese und die USA hat ihre Vorgeschichte. Ankara schloß 1975 daraufhin, daß Washington ihm 1974 nach dem Einfall der türkischen Truppen in Zypern die amerikanischen Waffenlieferungen sperrte, die US-Militärstützpunkte. Das schien Washington nicht erwartet zu haben und ging dazu über, auf die Türkei zu drücken, sie solle ihren Beschluß annullieren oder ein neues Militärabkommen mit den USA schließen. Ende März 1976 paraphierten die USA und die Türkei einen Vertrag über eine „gemeinsame Verteidigung“. Er wurde aber weder ratifiziert noch in die Tat umgesetzt, vor allem, weil die Türkei auf dem Prinzip der „Untrennbarkeit von Wirtschaft und Verteidigung“ bestand, d. h. die militärische Zusammenarbeit der beiden Länder mit einer langfristigen Wirtschaftshilfe zu Vorzugsbedingungen in Verbindung brachte.

Als 1978 der Thron des iranischen Schahs und mit ihm auch der vorge-schobene Mittelost-Posten des Pentagons im Iran zu wanken begann, hob Washington die Sperre auf Waffenlieferungen an die Türkei auf und gewährte eine nicht rückzahlbare

ne größeren Veränderungen in der Struktur und Organisation der Streitkräfte erwartet. Es wird auch eingeschätzt, daß ihre personelle Stärke ziemlich konstant bleibt..“

Auch einige andere Punkte der „Studie“ werden der Öffentlichkeit verheimlicht, solche, in denen das Bestreben der UdSSR, den Entspannungsprozeß unumkehrbar zu machen, ausdrücklich zugegeben wird. In Punkt 147 heißt es: „Es scheint wenig Zweifel daran zu geben, daß das Hauptanliegen der sowjetischen Außenpolitik nach wie vor der Versuch ist, eine freundschaftliche Beziehung mit den Vereinigten Staaten zu entwickeln und eine direkte Konfrontation zu vermeiden..“

In Punkt 189 ist betont: „Die Sowjetregierung wird wahrscheinlich in absehbarer Zukunft ihre Politik der Entspannung weiterführen. Innerhalb gewisser Grenzen könnte sie bereit sein, Konzessionen zu machen, aber das Entspannungskonzept wird sich trotzdem weiterhin von dem des Westens unterschei-

den. Das Hauptziel — die Verhinderung eines direkten Zusammenstoßes zwischen den beiden Supermächten — wird unverändert bleiben..“

Hätten die Europäer diese Schlußfolgerungen der NATO gekannt, so hätten die Regierungen die weitere alljährliche Erhöhung der militärischen Ausgaben und die neue Runde im Waffrennen nur schwer erklären können.

Zusammen mit den plausiblen Schlußfolgerungen der Experten verheimlichte man der Öffentlichkeit auch die Pläne der NATO, Kernwaffen zum Einsatz zu bringen. Zusammen zeugen diese Schlußfolgerungen und Pläne aber sehr beredt von den wahren Absichten der NATO-Führung.

Die „sowjetische Bedrohung“ ist zwar ausgedacht, das Oberkommando der NATO hält sich aber trotzdem bei seinen militärischen Plänen an das Prinzip, Kampfhandlungen auf den Boden der sozialistischen Staaten zu verlegen, und plant einen nuklearen Ersteinsatz. Das bestätigt ein Fernschreiben Haigs,

des Obersten NATO-Befehlshabers in Europa, an die NATO-Führung bei WINTEX 77, in dem es heißt: „... Die Kernwaffen ... müssen so eingesetzt werden, um eine entscheidende Eskalation und einen ausreichenden Schock zu gewährleisten, damit der Gegner veranlaßt wird, eine politische Entscheidung zum Rückzug zu treffen.“ Zur Zeit erwäge er „den Einsatz in allen Bereichen mit britischen und US-Kernwaffen, getragen von Flugzeugen und Landraketen. Der Ersteinsatz würde die DDR, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien einbeziehen..“

In einem Dokument der Nuklearen Planungsgruppe der NATO vom 23.3.77 steht, „daß die NATO-Strategie an sich eine ständige Drohung mit dem Nukleareinsatz im Ernstfall darstellt“.

Das Rollenbuch für die NATO-Kommando-Stabsübung WINTEX/CIMEX 79 enthält hinsichtlich der Spannungszeit, die einem Kriegeausbruch vorangeht, eine Reihe von der NATO vorsätzlich herbeigeführter Krisensituationen. Es

Subvention von 50 Mio Dollar „für den Ankauf von Waffen und Kriegstechnik“. Die USA machten sich die Schwierigkeiten der Türkei zunutze, drückten fester auf Ankara und erreichten ein Jahresabkommen über die Stützpunkte, das am 9. Oktober v. J. abließ. Im Oktober, vor den Nachwahlen, gestattete die Regierung Ecevit, um „Unannehmlichkeiten zu vermeiden“ den USA die Benutzung der Stützpunkte bis zum 9. Januar 1980. Jetzt ist deren zeitweiliger Status bis zum 22. Februar verlängert worden.

Das paraphierte, aber noch nicht unterzeichnete fünfjährige Abkommen über eine „gemeinsame Verteidigung“ enthält ein Dokument über die grundlegenden Prinzipien für die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei. Es hat auch drei Beilagen über amerikanische Hilfe an die Türkei bei der Verstärkung ihres Militärpotentials in Höhe von 2,5 Md. Dollar.

In Ankara versucht man, das Abkommen als harmlos hinzustellen — die USA dürften die Stützpunkte nur gemeinsam mit der Türkei benutzen, das türkische Oberkommando werde ganz genau wissen, was dort vorgeht, türkische Militärpersonen könnten sie aufsuchen, ohne erst die Amerikaner zu fragen, usw. Kurz: den Amerikanern seien Bedingungen gestellt, unter denen sie ohne türkisches Wissen keinen Schritt tun könnten. In Übersee sieht man die Sache anders. Die Fernsehgesellschaft ABC teilt mit: „Die Beratungen über die Benutzung dieser Stützpunkte dauern an, weil die Türken auf einer gemeinsamen Kontrolle über sie bestehen, während die USA das im Augenblick als inakzeptabel ansehen.“

In der Türkei treten weite Kreise entschieden gegen die amerikanische Militärpräsenz im Lande auf. Sie vertreten den Standpunkt, daß durch das Vorhandensein von US-Militärstützpunkten nicht allein die nationale Unabhängigkeit und Souveränität des Landes beeinträchtigt, sondern auch das türkische 44-Millionen-Volk in seiner Existenz gefährdet wird. Senator Gürsoytrak hat vor kurzem erklärt, daß die NATO- und die US-Stützpunkte das Land gegen seinen Willen in eine „schwierige Lage“ bringen können, u. zw. im Zusammenhang mit dem aggressiven Vorgehen der USA im Nahen und Mittleren Osten.

Viele türkische Blätter vermerken den antisowjetischen Taumel, von dem die Regierung Carter befallen ist, und betonen, daß Washington die Welt, also auch die Türkei, zum forcierten Wettrüsten antreibt. Der namhafte Beobachter Selcuk schreibt über das neue Abkommen zwischen Washington und Ankara: „Wir sagen nein zu denen, die den Himmel und die Erde unseres Landes an einen fremden Staat verpachten wollen.“

Die demokratischen Kräfte fordern die Regierung Demirel auf, andere Möglichkeiten zur Hebung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Lage im Land zu finden. Sie weisen in erster Linie auf die großen wirtschaftlichen Potenzen der Türkei hin, die nur sehr unvollständig genutzt werden. Sie rufen nicht zur „atlantischen Solidarität“ und zur Ausführung des „Verteidigungskonzepts“ auf, sondern zu einer umfangreichen sachlichen Zusammenarbeit mit allen Ländern bei gegenseitigem Vertrauen und Freundschaft.

In einer Januarausgabe der „Welt“ fiel mir zwischen den ziemlich pessimistischen Wirtschaftsprognosen für 1980 eine frohlockende Schlagzeile auf: „Der Leopard II bringt neuen Rekord im Auftragsbestand.“ Darunter war zu lesen, die Augsburger Firma Renk (Zahnräder) habe noch nie so wie jetzt floriert, wo sie mit Aufträgen auf Baugruppen für das Getriebe des Panzers Leopard II reichlich eingedeckt sei.

Das war es wahrscheinlich auch, warum die Industriellen und die Generale bei der feierlichen Übergabe des neuen Panzers an die Bundeswehr so strahlten, die Ende Oktober v. J. bei der Firma Krauß-Maffei in München stattfand. Die Veranstalter hatten für eine möglichst feierliche Überreichung der Zündschlüssel gesorgt. Eine Feldküche verabfolgte gratis Erbsensuppe, und ein Wettrennen der neuen Maschine mit einem Leopard I sorgte für Spannung. Eigentlich sollte sie sich auch mit einem anderen ihrer Vorgänger, einem Panther, messen. Verteidigungsminister Apel soll aber abgeraten haben, weil unter den geladenen Gästen belgische und holländische Offiziere waren, bei denen sein Anblick trübe Reminiszenzen wecken konnte, denn solche Maschinen mit dem Hakenkreuz rollten ja im zweiten Weltkrieg durch ihre Länder.

Die Zeitungen schilderten in heller Begeisterung die taktischen und technischen Vorzüge des neuen Ungetüms. Hatte der Leopard I nur 830 PS, so hat Leopard II 1500. Seine Höchstgeschwindigkeit beträgt fast 70 Stundenkilometer. Das Geschütz mit glattem Lauf kann aus 4000 m Entfernung eine Panzerung durchschlagen.

Die Militärkommentatoren nennen ihn verniedlicht Leo. Einer hat einen einzigen Mangel an ihm festgestellt: Er sei für die jetzigen Besatzungen zu gut. Er sei mit moderner Technik gespickt, die Kommandeure würden aber auf alte Manier ausgebildet. Nach dieser Feststellung zitierte der Journalist folgende Worte des Heeresinspektors Pöppel, die Bundeswehr tue alles, um das Ausbildungsniveau der Panzerbesatzungen zu heben, die Sache werde jedoch durch den Geldmangel aufgehalten, worauf der Herr Generalleutnant natürlich prompt eine Erhöhung der Militäraufwendungen forderte.

Ich erinnere: Das war Ende Oktober, nachdem Leonid Breschnew in Berlin schon seine wichtigen Vorschläge zur militärischen Entspannung gemacht hatte. Unter diesen war auch der Beschluß, die Zahl der sowjetischen Panzer in der DDR um

sieht unter anderem auch vor, Regierungen unter Druck zu setzen, um die Aufgabe ihrer blockfreien oder neutralen Position zu erzwingen. Dem entgegenwirkende Maßnahmen sollen als Rechtfertigung für die NATO genutzt werden, ihre militärischen Aktionen in den betreffenden Räumen unter bewußter Verletzung der Souveränität anderer Staaten zu eskalieren. Ein Geheimschreiben der NATO Nr. 1710.3.2./14—7/7/74 vom 15.2.74 lautet: Zwischenfälle zu Lande, in der Luft und zur See würden den politischen Organen der NATO eine Grundlage dafür bieten, einen Beschluß der Oberbefehlshaber der Vereinigten NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa und auf dem Atlantik, als erste faktische Kernwaffen zum Einsatz zu bringen, gutzuheißen.

Der Umstand, daß die NATO-Strategen einen eventuellen Gegenschlag der Warschauer Vertragsstaaten nicht in Rechnung ziehen, stellt eine unmittelbare Lebensgefahr nicht nur für die Bürger der sozialistischen Staatengemein-

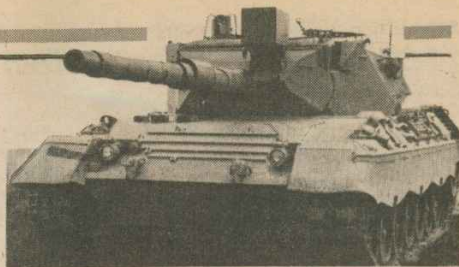
schaft, sondern auch für die NATO-Länder dar. Dazu sagte Frau Lorenzen: „Diese Bedrohung des Lebens in Europa wird noch unermeßlicher und unerträglicher, wenn erst die NATO die neuen USA-Mittelstreckenraketen und Cruise missiles in Europa stationiert haben sollte. Ist dieser Stein erst einmal richtig im Rollen, dann wird es nach meiner Erfahrung ziemlich aussichtslos sein, noch irgendeine Bremse zu ziehen.“

Alle diese Tatsachen und Dokumente, die auf einer Pressekonferenz in Berlin angeführt worden sind, enthüllen unumstößlich die nuklearen Pläne der NATO. Kein Wunder, daß man im Westen jetzt sowohl die Schlußfolgerungen der NATO-Experten über das Nichtvorhandensein einer „sowjetischen Bedrohung“ als auch die ominösen Pläne fort-schweigt, als erste Kernwaffen einzusetzen. Dementis sind jedenfalls ausgeblieben. Wahrscheinlich, weil man nichts dementieren kann.

B. SWETIN

SIE NENNEN IHN „LEO“

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN



1000 zu senken. Bei diesen Vorschlägen hatten sich die Teilnehmer der Münchner Feier wahrscheinlich die Ohren zugehalten.

Einfache Bundesbürger brachten sie ihnen in Erinnerung. Am Tor von Krauß-Maffei erschienen Mitglieder der DKP mit einem Spruchband, auf dem stand: „UdSSR: 1000 Panzer weniger — BRD: 1800 Panzer mehr — DKP: stoppt den Rüstungswahnsinn.“

Bonn ist als einer von den Hauptinitiatoren des gefährlichen NATO-Beschlusses in die 80er Jahre getreten. In Westeuropa neue amerikanische Atomraketen zu stationieren. Man könnte sich darüber wundern, wieso ein Land in dieser Rolle auftritt, das in den letzten 10 Jahren einen ansehnlichen Beitrag zur Entspannung geleistet hat. Aber man darf nicht vergessen, daß sich in allen diesen Jahren zwei Tendenzen bekämpften: Die meisten Bundesbürger wollen die Schützengräben des kalten Krieges zugeschüttet haben, während einige wenige, doch einflußreiche Gruppen in der Weltpolitik auf Stärke basieren wollen.

Mit der Einwirkung der beiden Tendenzen erklärt sich der zwispaltige Kurs der politischen Führung in der BRD. Die realistischen Schritte zur Entspannung kennzeichneten Erfolge der ersten genannten Tendenz. Die Verfechter des kalten Krieges hatten jedoch die Waffen nicht gestreckt. Mit dem Beistand des mächtigen Militär- und Industriekomplexes in Übersee konnten sie in Brüssel einen Beschluß durchbringen, der ihnen nicht nur an sich, sondern auch als Anstoß zum weiteren Wettrüsten paßt. Manche Politiker kamen in eine heikle Lage. Außerstande, den Entspannungsgedanken auszulöschen, müssen sie sich mit der völlig absurden Formel rechtfertigen, daß man, um abzurufen, aufrüsten müsse. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß Bonn, wenn es sich in den letzten Jahren Gedanken über den Nutzen der Abrüstung machte, das nur platonisch getan hat. In Wirklichkeit wurde trotz der Entspannung ständig aufgerüstet.

Verteidigungsminister Apel kam im Dezember mit Verspätung zur NATO-Ratstagung, weil er zu Haus Wichtiges zu tun hatte: Der Bundestag bestätigte den Staatsetat. Wie

sieht denn nun der militärische Etat Bonns für 1980 aus?

Offiziell sind im Etat 38,4 Md. DM für die „Verteidigung“ angesetzt. Im Jahre 1969 waren es 19 Md. Also jetzt gut doppelt soviel (in dieser Zeit sind die Aufwendungen für das Unterrichtswesen und die Wissenschaft kaum gestiegen). Das ist aber noch nicht alles. Milliarden für militärische Aufwendungen sind in den Etats anderer Ministerien versteckt. Deshalb werden diese Aufwendungen in der dem Verteidigungsministerium und den Rüstungskonzernen nahestehenden Zeitschrift „Wehrtechnik“ mit 60,3 Md. DM angegeben (1969 mit rund 30 Md.). Eine Senkung wird auch in Zukunft nicht erwartet. Dem Finanzplan für 1979—1983 zufolge werden die Aufwendungen für „Verteidigungszwecke“ sich 1983 auf 42,7 Md. DM und die Gesamtsumme der militärischen Aufwendungen auf 70 Md. belaufen.

Wofür sollen diese Riesensummen, abgesehen vom Leopard II und von der Stationierung der neuen amerikanischen Raketen, verausgabt werden? Für die Teilnahme an der Entwicklung der Kampfflugzeuge Tornado und Alpha-Jet (2,3 Md. DM im Jahre 1980); für den Bau der Fregatte-122-Kriegsschiffe, 112 Mio DM für die Einrichtung des amerikanischen Luftspionagesystems AWACS in Westeuropa u. a. m.

Die Sache hat bei Einzelprojekten, auch großen, nicht ihr Bewenden. Noch dieses Jahr beginnt Bonn mit einer Reform der ganzen Heeresstruktur. Der Bonner „General-Anzeiger“ schreibt: „Nie zuvor ist das Heer einem so tiefgreifenden Wandlungsprozeß unterworfen worden... Das Ergebnis wird eine wesentliche Verstärkung der Kampfkraft der (West)Deutschen NATO-Verbände und der Heimatschutztruppe sein.“

Wie dasselbe Blatt schreibt, ist die Modernisierung der Waffen schon angelaufen und wird zwischen 1981 und 1985 zum Abschluß gebracht. In dieser Zeit bekommt die Bundeswehr elf unbemannte Aufklärungsflugkörper vom Typ Drohne, 1800 Leopard-II-Panzer, 966 Transportpanzer, 212 Panzerabwehr-Hubschrauber, 216 Feldhaubitzen, 143 Fla-Raketenpanzer vom Typ Roland, 432 Fla-Panzer vom Typ Gepard sowie 316 Panzerabwehrraketen vom Typ Hot und 2500 vom Typ Milan.

Gewiß, der Druck aus Übersee ist stark. Er wird verstärkt durch einen Druck der allmächtigen Konzerne. Sie sind es ja, die sich an der Abschwächung der internationalen Sicherheit bereichern. Sie verhehlen es auch nicht besonders. Die „Wirtschaftswoche“ schrieb offen drei Tage vor dem NATO-Beschluß über die Stationierung der Pershing-Raketen und Cruise Missiles in Europa: „Rüstungspapiere sind die Renner der Stunde. Weniger angedrohte militärische Aktionen in Iran, sondern die bevorstehende Nachrüstung der NATO sorgt hier für Kursimpulse. Am meisten profitieren Northrop, United Technologies und General Dynamics. Auch Boeing und McDonnell Douglas sind gefragt.“

Nun fragt man sich natürlich, ob eine Politik verantwortungsvoll genannt werden kann, die um der Gewinne ausländischer Konzerne willen die Zukunft des eigenen Volkes in Gefahr bringt. Manche der hiesigen Politiker glauben, die Führung Bonns beim westeuropäischen Wettrüsten sichere ihm eine andere Überlegenheit — nicht über den „potentiellen Gegner“, sondern über den realen Verbündeten. Anders gesagt, meinen sie, daß die zunehmende militärische Stärke den wirtschaftlichen Einfluß der BRD in der EG erhöhen werde. Das ist ein zweischneidiges Schwert.

Nach neuesten Angaben befinden sich rund 8000 Atomsprengköpfe in Westeuropa. Jeder von ihnen kann eine Katastrophe auslösen, sogar rein zufällig. Über einen falschen Atomalarm in den USA wurde im vergangenen November viel geschrieben. Andere Fälle werden geheimgehalten. Unlängst erfuhr man, daß ein Teil Ostenglands vor mehr als 20 Jahren um ein Haar in eine Atomwüste verwandelt worden wäre.

Im Juli 1956 flog eine Militärmaschine in einen Hügel hinein und fiel neben einem Speicher zur Erde, in dem drei Atombomben lagerten. Ein starker Brand wurde ausgelöst und die Atomkatastrophe nur wie durch ein Wunder verhütet.

Im Interesse der BRD liegt nur eine wirkliche Wendung Bonns zur militärischen Entspannung hin. Es ist nicht allzuviel Zeit, das einzusehen, denn das Wettrüsten legt bedrohliche Geschwindigkeiten auf.

Bonn

WORTE UND TATEN

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger gilt als „Experte für delikate politische Aufträge“. Jetzt machen die Machthaber Chinas und Israels, die bereits seit langem Geheimgespräche über gemeinsame Aktionen gegen die arabischen Völker führen, von seinen „guten“ Diensten Gebrauch. Der libanesischen Zeitung „Al-Dunia“ zufolge traf Kissinger im Mai 1979 in Hongkong im Auftrag des israelischen Premiers Begin mit Ratgebern Deng Xiaopings zusammen.

Deng Xiaopings Umgebung, betont das Blatt, sieht in Israel einen bequemen Kanal, um chinesischen Einfluß im Nahen Osten zu verbreiten. Von Tel Aviv erwartet man ferner Hilfe bei der Konsolidierung der Verbindungen zur zionistischen Lobby in den USA und zum RSA-Regime. Das besondere Interesse Pekings gilt einer möglichen Zusammenarbeit mit Israel und der RSA bei der Entwicklung und Produktion neuer Waffen, vor allem von Raketen.

Israel hingegen bietet sich ein „riesiger Markt für den Absatz israelischer Waren, insbesondere von Rüstungsgütern“. Dafür ist Peking so entgegenkommend, die

Hilfsleistungen für die Palästinenser einzustellen. Kürzlich wurde in China ein hoher PLO-Vertreter empfangen. Wie üblich schwafelten die chinesischen Politiker ausgiebig von einer „Unterstützung für den gerechten Kampf des arabischen Volkes von Palästina“. Steht das eigentlich für Peking im Widerspruch zum Kurs auf die Annäherung an Israel? Keineswegs. Wurde ja über Kissinger den Machthabern Tel Avivs die Aufforderung überbracht, offen das eine zu sagen, insgeheim aber anderes zu handeln.

F. JURJEV

MONSIEUR RIBOUD FOTOGRAF

„L'Express“ (Paris) serviert seinen Lesern regelmäßig diverse antisowjetische Verleumdungen. In einer ihrer letzten Nummern zog es die Zeitschrift zur „Exotik“. Sie brachte eine Reportage von Marc Riboud, dem „L'Express“ zufolge „einzigen“ westlichen Bildreporter, der kürzlich Usbekistan besucht hat.

Was nun hat der Herr Re-

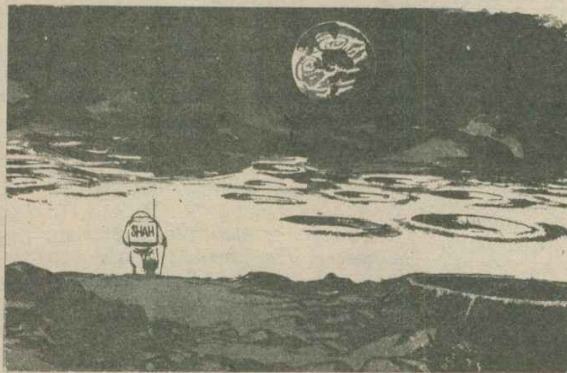
porter dort „entdeckt“? Ein Plakat eines sowjetischen Freiwilligen Militärs — eine Einnahme eines jungen Mannes durch einen sowjetischen Kopfbrecher — „Die sowjetische Armee durch ihre Verbündeten“ — Riboud nicht lange: „Die sowjetische Miliz

GIFT

Aus Australien wird berichtet, dass während des Vietnamkriegs Kinder mit krüppelten Extremitäten wales angestellte Untersucher gebildet. Kinder seinerzeit kannten unter der Codebezeichnung Mißgeburten sind bei ihm

schnitt. In den 60er Jahren war in Süd vietnam 43% aller Kinder mit Giftstoffen besprüht wurden so unmittelbar vergiftet.

Bekanntlich wurden in Vietnam und das Schicksal der Vietnamer bislang noch keine Schulung gegeben. Und um die Opfer heimdienste überdies in den 60er Jahren wurden von der UdSSR wo? Angeblich in Kampur (ber) in Afghanistan. Der „Version“ mit ernster Mien nach folgende Worte von Schriftsteller des 19. Jh., Instrumente, doch die L führt.“



... Und nur auf dem Mond fand der Ex-Schah Asyl
Aus der Zeitung „Globe and Mail“ (Kanada)

SCHRILLE ZUKUNFTSMUSIK

... 1995 wurde ein Streik der Gewerkschaft der Kosmos-Arbeiter und der Bergleute des Mondes niedergeschlagen. Ein Tag dieses Streiks kostete die United Dynamics and Utilities Corp. 30 Mio Dollar, und durch den Ausstand erhielten die USA 32 Tage lang nur zwei Drittel ihres durchschnittlichen Stromverbrauchs. Doch der Streik wurde niedergeschlagen, als sich die Regierung unter dem Druck des Konzerns, der zwei Drittel der nationalen Stromerzeugung kontrolliert, bereit erklärte, die Lebensmittellieferung und jegliche Verbindung zur Erde abzubrechen.

In der Gewerkschaft war man unterschiedlicher Meinung: Einigen Arbeitern wurden gute Posten in Weltraumkolonien, die diese selbst gebaut hatten, versprochen, die „Rebellen“ aber wurden unverzüglich zur Erde zurückbefördert, wo sie auf schwarzen Listen des Konzerns landeten. Fünf Jahre später, als wie-

derum ein Arbeitskonflikt drohte, ersuchten die Vereinigten Stabschefs der USA, Gewalt anwenden zu dürfen, um die „nationale Verteidigung“ zu gewährleisten.

Soll das Science Fiction oder etwa „schöne“ Literatur sein? Keineswegs! So referierte die „Daily World“ eine Untersuchung der Rand Corp., betitelt „Die Ökonomie von Streiks und Rebellionen im Stadium der frühen Kolonisierung des Weltraums: Eine Voranalyse“. Der Verfasser der „Analyse“, Mark Hopkins, fordert die Monopole auf, bereits jetzt eine einheitliche Strategie und Taktik zu erarbeiten, um „mögliche Streiks und Rebellionen unter Kontrolle halten zu können“. Als Alternative offeriert er eine gewisse nationale „Unabhängigkeit“ im Weltraum, freilich unter militärischem „Schutz“ der USA.

Um keinerlei Illusionen aufkommen zu lassen, nennt Hopkins die Neuordnung der Welt der Zukunft... „kosmischen Imperialismus“ und verkündet die „frohe“ Botschaft, daß es die Monopole sein werden, die den Weltraum kolonisieren. Auch die Leserschaft seiner „Analyse“ dürfte dementsprechend sein.

G. VIKTOROW



Zwei Schlangen — und in jenen Amerikaner verschiedener, unterschiedlicher Hautfarbe, die aber in der gleichen Lage sind. Auf dem Foto links nach Arbeitslosenunterstützung — ohne Arbeit oder Möglichkeit zu haben, eine Beschäftigung zu finden. Doch nicht ewig

Völker" — so frei „übersetzte“ er und ging dann weiter auf „schöpferische Suche“.

Auf dem Basar in Buchara wird er Zeuge einer noch „entlarvenden“ Szene: Ein Uniformierter tritt an einen Obstand. „Es gibt keine Brüderlichkeit“, frohlockt Riboud.

Knipsen und die Bildchen mit „knallharten“ Texten zu versehen — das steht in „L'Express“ hoch im Kurs.

A. SIMIN

GE SAAT

daß bei einigen Teilnehmern des ... geboren werden — mit ver ... Wie eine im Bundesstaat Neusüd ... zeigte, hatten die Väter der mißge ... einwirkung eines US-Defolianten, be ... „Orange“, am eigenen Leib erfahren ... häufiger als im Landesdurch ...

h unvollständigen Angaben allein in ... öden und 44% aller Waldmassive ... Mehr als eine Million Menschen ... emischen Waffen in Mitleidenschaft

A, wo man sich die Menschenrechte ... dochinas so „angelegen“ sein läßt, ... dieser Verbrechen zur Verantwortung ... keit zu verwirren, lancierten US-Ge ... e die Falschmeldung, chemische Waf ... deren Verbündeten eingesetzt. Und ... os und (offenbar der Aktualität hal ... der des State Department griff diese ... den Pharisiern von Washington sollte ... r Holmes, einem amerikanischen ... herung führen: „Die Sünde hat viele ... der Griff, der zu jedem von ihnen

W. SHITOMIRSKI

OPERATION „EINFRIEREN“

Saudi-Arabien und einige andere Golfstaaten wandten sich mit einer Beschwerde an den Internationalen Währungsfonds (IWF), weil Ägypten ihnen gehörende Bankeinlagen von mehr als 2 Md. Dollar eingefroren hat.

Was soll die IWF-Führung tun? Haben ja die USA, die vor allem Verfügungsgewalt über den Fonds haben, selbst die Guthaben des Iran eingefroren. Die Wall Street befürchtet, der Abzug der Gelder der arabischen OPEC-Staaten von den Kairoer Banken werde die auch ohnedies schwere Lage der ägyptischen Wirtschaft noch weiter verschlechtern. Und dafür müßten dann offenbar die USA aufkommen, die Ägypten ins Schlepptau genommen haben (in den letzten fünf Jahren haben sie Kairo mehr als 4 Md. Dollar in Form von Anleihen und Lebensmittellieferungen überlassen).

Auch ist nicht ausgeschlossen, daß der ägyptischen Führung die Operation „Einfrieren“ von amerikanischen Finanziers souffliert wurde. Sie wollen den arabischen Ölförderländern damit drohen, die USA würden die Dollarwaffe gegen sie einsetzen — ebenso wie gegenüber dem Iran. Und das ist angesichts jüngster Erklärungen Er-Riads, das sich von den abenteuerlichen Plänen Washingtons zu distanzieren sucht, durchaus denkbar.

A. STEPANOW



Unaufhaltsam schwindet die Kaufkraft der Währungen der westlichen Länder. Diese Tabelle, die wir der „Frankfurter Rundschau“ (BRD) entnahmen, zeigt den Wertschwund des Geldes in den letzten neun Jahren an: Besonders unter der Inflation gelitten haben das Pfund Sterling und die italienische Lira, die mehr als zwei Drittel verloren. Nur wenig besser stehen die dänische Krone, der japanische Yen, der französische Franc und die schwedische Krone da. Der US-Dollar ist fast auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Selbst die „festesten“ Währungen — die D-Mark und der Schweizer Franken — haben über ein Drittel ihrer Kaufkraft verloren.

EHRENMANN GESUCHT

An einem Winterabend trat vor dem britischen TV-Publikum eine Gruppe von Offizieren des Armeestabscolleges in Camberley auf. Die Gentlemen in Uniform waren zusammengekommen, um ein ihrer Meinung nach brennendes Thema zu erörtern: Wie könne die britische Armee wirksam die Macht im Land ergreifen, wenn „militante Linke“ diese Macht attackieren oder eine andere Gefahr der „Demokratie“ droht? Ein militärischer Umsturz sei durchaus realisierbar — in wenigen Minuten könnten Airforce-Spezialeinheiten die Residenz des Premiers einnehmen.

Und wie soll das Land in der ersten Zeit nach dem Umsturz regiert werden? Diese Frage brachte die Collegeoffiziere in Verlegenheit. Nach langem Schweigen kam die Antwort: „Wir würden uns bemühen, einen ehrlichen Politiker zu finden.“

Doch wie soll man einen solchen „Ehrenmann“ finden?

W. KSEININ

LUNS PROVOZIERT

NATO-Generalsekretär Joseph Luns steht schon seit langem in dem Ruf, Unmengen von Platitüden zu verbreiten — so sein Landsmann Ex-Verteidigungsminister Vredeling. Diesmal trieb Luns ein besonders übles Spiel.

In einem Interview für die österreichische „Wochenpresse“ rief der NATO-Politiker die Österreicher zu verstärkter Aufrüstung auf. Luns macht sich „Sorgen“: Es geht ihm eigentlich um das Schicksal Österreichs. Während er die Österreicher mit der „so-wjetischen Bedrohung“ einzuschüchtern sucht, nickt er im Vorbeigehen auch Jugoslawien zu, dessen Schicksal ihn gleichfalls beunruhigt. Von der immerwährenden Neutralität Österreichs und davon, daß man sich nicht in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einmischen darf, will er nichts wissen — skrupellos wie Luns eben ist.

S. TAROW



man diese milden Gaben, und dann muß man sich in einer anderen Schlange anstellen (s. rechtes Foto). Hier steht an, wer auf Arbeit hofft. Und wohin wenden sich die Menschen nach dieser zweiten Schlange? Viele stellen sich ein drittes Mal an — nach einem kostenlosen Teller Suppe. Und dann? Die einen fristen

als Bettler ihr Dasein, andere flüchten in den Selbstmord. Ihr weiteres Schicksal interessiert die Gesellschaft schon nicht mehr — deren Wohlfahrt für die Arbeitslosen hören bei einem Teller Suppe auf.

Aus der Zeitung „Daily World“ (USA)



Mit Kenntnissen gewappnet heim

Am 5. Februar jährt sich die Gründung der Moskauer Universität der Völkerfreundschaft „Patrice Lumumba“ zum zwanzigsten Male. Ihr Rektor, Prof. Wladimir STANIS, hat unserem Korrespondenten Wladimir Rosen folgendes Interview gegeben:



Zwanzig Jahre sind ein Anlaß zur Rückschau, zu Betrachtungen über die Gegenwart und Gedanken über die Zukunft. Sagen Sie bitte, wie kam man darauf, eine Lehranstalt dieser Art zu gründen, wer waren die ersten Studenten, und wie wurden sie ausgewählt?

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre erlebte die nationale Freiheitsbewegung einen stürmischen Aufschwung. Auf den Trümmern von Kolonialreichen entstanden viele unabhängige Staaten. Sie erbten von den früheren „Mutterländern“ zahlreiche ungelöste Probleme. Für den Aufbau der neuen Staatswesen und einer modernen Wirtschaft sowie für die Förderung der Kultur brauchten sie eigene Geistesarbeiter.

In dieser Hinsicht kam ihnen die UdSSR zu Hilfe, die ja die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas immer unterstützt. Auf eine Anregung aus der Öffentlichkeit unseres Landes und aus fortschrittlichen Kreisen des Auslands wurde 1960 in Moskau die Universität der Völkerfreundschaft ins Leben gerufen, an der tüchtige Fachkräfte für die Entwicklungsländer ausgebildet werden sollten.

Ihre Gründer waren der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften, das Sowjetische Komitee für afro-asiatische Völkersolidarität und der Verband der

Sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland. Im Jahre 1961 wurde die Universität nach dem hervorragenden führenden Teilnehmer der nationalen Freiheitsbewegung Afrikas Patrice Lumumba benannt.

Hier studieren Bürger der Entwicklungsländer, nachdem sie das Abitur gemacht haben. Die meisten kommen aus minderbemittelten Familien. Eine bestimmte Zahl von Plätzen wird an junge Sowjetbürger vergeben.

Wie ist die Universität jetzt beschaffen? Was für Fakultäten hat sie? Wie lange dauert das Studium? Aus wieviel Ländern und welchen Erdteilen sind die Studenten und Aspiranten, und wieviel sind es?

In den zwei Jahrzehnten hat sich die Universität zu einer bekannten großen Lehr- und Forschungsanstalt entwickelt. Sie hat rund 6700 Studenten, Aspiranten, Ordinarien und Praktikanten aus 105 Ländern.

Wir haben sieben Fakultäten: eine einjährige, für alle obligatorische Vorbereitungsfakultät, nach der sie an eine der Hauptfakultäten versetzt werden: an die physikalisch-mathematische und naturwissenschaftliche mit den Disziplinen Physik, Chemie und Mathematik und fünfjährigem Studium; an die historisch-philologische mit den Disziplinen

russische Sprache und Literatur — ebenfalls 5 Jahre — und Geschichte — 4,5 Jahre; Wirtschaft und Recht mit den Disziplinen Wirtschaft — 4,5 Jahre — und Rechtskunde — 5 Jahre; Medizin 6 Jahre; Landwirtschaft mit den Disziplinen Agronomie und Zootechnik — je 5 Jahre; Technik mit den Disziplinen Maschinenbau und -nutzung, Bauwesen, Geologie und Schürfungen sowie Nutzbarmachung von Mineralvorkommen — je 5 Jahre.

An der Universität besteht in allen Fächern eine Aspirantur sowie ein Praktikum für Fachkräfte.

Die bloße Aufzählung der Hauptfächer zeigt schon die Besonderheit und Bestimmung der Universität: Sie schult Kräfte heran, wie sie von den Entwicklungsländern besonders dringend gebraucht werden. Der Unterricht ist hauptsächlich darauf abgestellt, daß jeder Student eine tüchtige Fachkraft wird.

Neben der Berufsausbildung läßt es sich der Lehrkörper angelegen sein, bei den jungen Menschen Liebe zu ihrem Heimatland, internationale Solidarität mit den Bewohnern anderer Länder und Ablehnung jeder Unterdrückung eines Menschen durch den anderen zu wecken und zu fördern.

Es ist üblich, Treffen der Besten abzuhalten. Für Studenten und Lehrkräfte ist das immer ein Fest, zu dem jedesmal ein Ehrengast, ein bedeutender sowjetischer Wissenschaftler, eingeladen wird. Beim 9. Treffen im vergangenen November hielt der Präsident der AdW der UdSSR, Prof. Anatoli Alexandrow, dreifacher Held der Sozialistischen Arbeit, eine eindrucksvolle Ansprache.

Die Welt der Wissenschaft ist an unserer Universität stark vertreten. Bei uns unterrichten 134 Professoren und Doktoren der Wissenschaften sowie 623 Dozenten und Kandidaten der Wissenschaften. Unter den führenden sind Prof. Ahmed Iskanderow, Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, Prof. Temirbolat Berjosow, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR, und Prof. Jakow Terlezki (Lenin- und Staatspreis, Lomonossowpreis der AdW der UdSSR).

Die Lehrkräfte fast aller Lehrstühle betreiben in den 160 hochmodernen Laboratorien Forschungen. Die wissenschaftliche Bibliothek der Universität umfaßt rund eine Million Bände.

Neben ihrer pädagogischen Tätigkeit arbeiten unsere Lehrkräfte an theoretischen Grundlagenproblemen und erfüllen für die Volkswirtschaft und Kultur praktische Aufgaben, auch für die Entwicklungsländer. Unsere Wissenschaftler haben über 360 Monographien, rund 290 Sammelbände mit wissenschaftlichen Abhandlungen und 11 500 Fachaufsätze veröffentlicht. In diesen Jahren haben 68 Mitglieder unseres Lehrkörpers Arbeiten auf der Volkswirtschaftlichen Leistungsschau der UdSSR eingereicht und dafür 11 Diplome sowie 61 Medaillen erhalten.

Forschungen treibt ungefähr ein Drittel unserer Studentenschaft. Wir legen sehr großen Wert darauf. Bei der Arbeit in der studentischen wissenschaftlichen Gesellschaft gewöhnen sie sich an eine schöpferische Behandlung ihres Stoffs. Bezeichnend ist, daß fast alle zukünftigen Aspiranten ihre wissenschaftliche Laufbahn in dieser Gesellschaft antreten.

Der Stolz jeder Hochschule sind ihre Absolventen. Was hat ihre Universität in dieser Hinsicht vorzuweisen? Sind unter ihren Absolventen solche, die sich in ihrer Heimat im Staatswesen, im öffentlichen Leben oder in der Wissenschaft hervorgetan haben? Was wird aus den Absolventen? Bleibt die Universität mit ihnen in Kontakt?

Unsere Universität ist mit Recht auf ihre Absolventen stolz. Viele bekleiden in der Wirtschaft ihrer Länder hohe Posten, sind hervorragende Spezialisten in Industrie, Landwirtschaft und auf anderen Gebieten. Andere leiten Forschungsanstalten. So leitet Kandidat der chemikalischen Wissenschaften Carlos Maldonado Mendoza am Mexikanischen Erdölinstitut Projekte und hat an vielen internationalen Konferenzen teilgenommen; Kandidat der technischen Wissenschaften Thakur Devendra Nath aus Indien ist stellvertretender Direktor des Bergbauforschungsinstituts in Dhanbad.

Unter unseren Absolventen sind auch namhafte Staatsmänner. Samba Laminé Mané aus Guinea-Bissau ist Staatskommissar (Minister) für Naturschätze. Minister für Kultur und Fremdenverkehr in der VDR Jemen ist Mahmud Ahmed Nagashi.

Viele unserer Absolventen sind zu Haus im Unterrichtswesen tätig und geben die bei uns erworbenen Kenntnisse weiter. Sehr bekannt ist in der Republik Guinea z. B. der bedeutende Wissenschaftler Cante Cabine. Er absolvierte 1965 unsere Universität und 1968 die Aspirantur, betätigte sich danach in der Wissenschaft und im öffentlichen Leben und ist jetzt Generaldirektor der Bauxitverwaltung Kindia. Professor Doktor der biologischen Wis-

senschaften Yayant Honmode (Indien) leitet an der Universität Akola den Lehrstuhl für Physiologie, Biochemie und Ernährung.

In einem kurzen Interview kann ich nicht ausführlich über den Lebensweg und die Laufbahn vieler Absolventen berichten. Wir haben ja schon 8650 Fachkräfte und 680 Kandidaten der Wissenschaften für 110 Länder ausgebildet.

Ich möchte aber hinzufügen, daß fast alle unsere ausländischen Absolventen nach dem Studium heimkehrten. Eine „Hirnflucht“ wie bei der westlichen Schulung von Fachkräften ist bei ihnen also nicht zu beobachten.

Kontakt zu den Absolventen erhalten wir planmäßig aufrecht. An den Fakultäten bestehen dafür spezielle Ausschüsse. Sie erfüllen den jungen Spezialisten eventuelle Bitten und helfen ihnen bei der Lösung von Berufsproblemen. Auf Ersuchen von Absolventen oder Absolventenverbänden schickt ihnen unsere Bibliothek Fachschriften und bestellt für sie Zeitschriften über Neuerungen in ihrem Fach.

Verbände von Absolventen unserer Universität bestehen in mehreren Ländern. Rege betätigt sich der Verband von Absolventen sowjetischer Hochschulen, der größtenteils aus unseren ehemaligen Studenten besteht, in Kolumbien. Sein Leiter ist Rechtsanwalt Pablo Moreno, der bei uns studiert hat. Mit tatkräftigem Dazutun der Universität ist in Bogotá eine wissenschaftliche und technische Bibliothek des Verbandes eingerichtet worden.

Die raschen Fortschritte von Wissenschaft und Technik veranlassen die Fachkräfte zu ständiger Fortbildung. Wie hilft die Universität ihren Absolventen dabei?

Das tut sie. Seit April 1977 haben wir zweimonatige Fortbildungslehrgänge in den Fächern Tropenmedizin, Geologie und Ökonomie für Absolventen, die schon über drei Jahre in ihren Ländern tätig waren. Wir wollen auch welche für andere Fächer einrichten. Sehr wichtig sind direkte Kontakte und Briefwechsel zwischen den Absolventen und den Lehrstühlen sowie ihren wissenschaftlichen Mentoren. Die Lehrkräfte kennen die wissenschaftlichen Interessen ihrer ehemaligen Studenten ja am besten und können ihnen deshalb mit Rat zur Seite stehen.

Die an unserer Universität geschulten Fachkräfte stehen zu Haus in hohem Ansehen, und nicht nur dank ihrer großen Tüchtigkeit, sondern auch dank ihrem demokratischen Wesen, das sie

mit ganz verschiedenen Menschen eine gemeinsame Sprache finden läßt. Ich glaube, das haben sie in der internationalen Gemeinschaft an unserer Universität angenommen.

In Briefen an ihre Moskauer Lehrer und Freunde berichten die Absolventen über ihre Arbeit, ihre Schwierigkeiten und Erfolge und äußern Wünsche. Die Briefe sind natürlich sehr verschieden, aber aus allen spricht Hochachtung vor der Universität der Völkerfreundschaft und dem Sowjetvolk und Dankbarkeit für das, was diese ihnen gegeben haben.

Drei Kostarikaner absolvierten zu verschiedenen Zeiten die technische Fakultät: Jorge Luis Dubón 1968, Maria Elena Zamora 1970 und Jorge Corrales 1972. Sie sind in ihrer Heimat tätig und haben sich gut bewährt. In einem gemeinsamen Brief schreiben sie: „Wir denken stets voll Achtung und Liebe an unsere Lehrer und sowjetischen Freunde. Was wir auf der Universität gelernt haben, kommt uns im Beruf sehr zugute, noch wertvoller ist uns aber die Kenntnis, die wir durch das Leben Seite



In einem Laboratorium des Lehrstuhls für organische Chemie. Prof. N. S. Prostakow, der Dekan der Fakultät, mit Aspiranten

Foto: A. Motschaln

an Seite mit sowjetischen Menschen erworben haben. Oft denken wir an die Zeit in der UdSSR und sehnen uns sehr nach dem großen Land, nach unseren Freunden und unserer Uni. Wir kämen gern wenigstens auf ein paar Stunden nach Moskau, auf den Roten Platz, würden gern die Kremlsterne und alles wiedersehen, was unser Leben ausmachte und uns heute in schöner Erinnerung ist."

Was plant ihre Universität?

Mit der Zeit hat es sich bestätigt, daß sie auf dem rechten Wege ist. Ich glaube, an den Formen und Methoden der Lehr-, Erziehungs- und Forschungstätigkeit wird sich in absehbarer Zeit nichts Wesentliches ändern.

Wir wollen die Forschungen auch weiter ausbauen und sie immer mehr auf die Probleme der Entwicklungsländer zuschneiden. Wir werden auch weiter alles tun, damit das Diplom unserer Universität ihren Absolventen den Weg in ein schöpferisches Leben bahnt.

HOFFNUNGEN UND SCHWIERIGKEITEN

Martine MONOD, französische Publizistin

Kabul in der großartigen Umgebung verschneiter Berge erweckt den Eindruck einer Stadt, in der Ruhe herrscht. Die sowjetische Militärpräsenz ist kaum zu spüren — zumindest am Tage. Mit Ausnahme des Flughafens mit den Flugzeugen und Hubschraubern.

Überall patrouillieren afghanische Soldaten: Sie sorgen für die Sicherheit auf Straßen und bei öffentlichen Einrichtungen wie der Post, dem Fernsehsender und auf dem Flughafen. Die Hotels, in denen Ausländer wohnen, werden gleichfalls bewacht.

Jedenfalls sind die sowjetischen Soldaten fast nicht zu sehen, und in dem Streben, der afghanischen Armee die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu übertragen, ist der gemeinsame Wunsch Moskaus und Kabuls zu spüren, daß die afghanische Regierung selbst die inneren Angelegenheiten regelt. Die sowjetischen Einheiten helfen beim Schutz der Verbindungswege, der Brücken und Straßen. Infolgedessen rollt der Verkehr ungehindert auf Straßen, die noch vor einigen Wochen nur unter Gefahren zu passieren waren. So ist die Chaussee von Peschawar zur pakistanischen Grenze, die früher besser zu meiden war, wieder geöffnet. Die Zahl der Banditenüberfälle ist deutlich zurückgegangen.

Das bedeutet jedoch keineswegs, die Gefahr für die Aprilrevolution sei bereits vollständig abgewandt. In Pakistan gibt es nach wie vor Lager für konterrevolutionäre Kräfte — Meldungen zufolge 12 Lager —, und dorthin gelangen weiterhin Waffen. Doch der Versuch, Afghanistan vom Kurs der Aprilrevolution abzubringen und die alten Verhältnisse im Lande zu restaurieren, wurde durch den Sturz Amins und die wirksame sowjetische Hilfe unwiderbringlich durchkreuzt.

Das afghanische Volk macht eine Zeit tiefreichender Veränderungen durch. Man spürt, daß sich in den Volksmassen die Hoffnung mit einer gewissen Verwirrung verbindet. Einerseits werden die Maßnahmen

seit dem Sturz des alten Regimes im April 1978, die Ausarbeitung des Entwurfs für eine demokratische Verfassung und die Freilassung der politischen Gefangenen, den Hoffnungen der Mehrheit der Bevölkerung gerecht, selbst wenn man sich dessen bisweilen nur unklar bewußt ist. Andererseits haben viele wegen der Dynamik, mit der sich die Ereignisse seit der Aprilrevolution entwickelten, noch nicht vermocht, diese eingehend zu analysieren und ihr ganzes Wesen zu verstehen.

Um die Regierung scharen sich Patrioten, die fest zur Revolution stehen, voller Elan und Entschlossenheit. Doch die Führung des Landes wird noch viele Hindernisse überwinden müssen, darunter nicht zuletzt die feudale Struktur des Landes und den Mißbrauch der Religion durch die Gegner jeglicher Veränderungen. Hinzu kommt die Ausgedehtheit der Kommunikationen. Das hindert die Verbreitung von Informationen und erleichtert den Widerstand privilegierter Elemente. Und schließlich der Druck von außen durch die USA mit Unterstützung Pakistans und Komplizenschaft Chinas: Sie tun alles, um Instabilitätsherde zu schaffen, die, wenn sie auch begrenzt sind, nicht ignoriert werden dürfen. Als Babrak Karmal, der Vorsitzende des Revolutionsrates, am 10. Januar für mehr als 200 Journalisten aus aller Welt eine Pressekonferenz gab, nahm diese bisweilen harte Wendungen an. Babrak Karmal antwortete auf einige Fragen über die sowjetisch-afghanischen Beziehungen, die „auf Freundschaft, Zusammenarbeit und Vertrauen basieren, was im Vertrag über gegenseitige Hilfe vom 5. Dezember 1978 zum Ausdruck gekommen ist“, und schätzte diese Beziehungen hoch ein. Er versicherte, daß die UdSSR der natürlichen Verbündete der islamischen Völker ist. Was die sowjetischen Soldaten angeht, „deren Zahl bedeutend geringer ist als Präsident Carter behauptet“, so werden sie nach Hause zurückkehren, „wenn

die von den USA verfolgte Aggressionspolitik beendet wird“.

Als Antwort auf die von einem BBC-Journalisten geäußerten Zweifel über die demokratische Prozedur seiner Wahl zum Vorsitzenden des Revolutionsrates nach dem Sturz Amins führte Babrak Karmal aus: „Nach dem Umsturz, den Amin im September 1979 verübte, beschloß die Mehrzahl der Ratsmitglieder, seinem blutigen Regime Widerstand zu leisten. Ich kehrte damals aus dem Exil zurück und reiste illegal nach Afghanistan ein — vor etwa zwei Monaten. Hier traf ich mit Ratsmitgliedern zusammen und fand deren Unterstützung. Amins Verschwörung wurde vereitelt, und ein Gericht des Revolutionsrates und des ZK der Partei verurteilten ihn zum Tode. Die gleichen Organe — der Revolutionsrat und das ZK — wählten mich zu ihrem Vorsitzenden.“

Die Aktivisten der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, die Amins Repressalien überlebt haben und die jetzt das Rückgrat der neuen Macht bilden, erklären, sie würden der Weltöffentlichkeit bald schwerwiegende Beweise über die Verbindungen Amins zur CIA vorlegen; die CIA habe ihn während seines Studiums angeworben, als er Vorsitzender des Verbandes afghanischer Studenten in den USA war.



Die Ältesten und die Führer der verschiedenen Stämme Afghanistans bekunden in ihrem Schreiben volle Unterstützung für die neue Führung

Foto: G. Nadeshdin (TASS)

Wie dem auch sei — zweifelsohne diente Amins Politik objektiv den Interessen des US-Imperialismus. Ihm gelang es, den Begründer der Partei, Nur Mohammed Taraki, der im Lande sehr populär war, zu einer reinen Symbolfigur zu degradieren. Nachdem Amin Ministerpräsident geworden war, konzentrierte er die gesamte Macht in seiner Hand. Er ordnete sich die Polizei und einen Teil der Armee unter. Durch seine Niederträchtigkeiten entstellte er vor der Mehrheit der Bevölkerung die Lehre, in deren Namen er ange-

Die Pariser Zeitung „L'Humanité“ veröffentlicht regelmäßig Reportagen ihrer Korrespondentin Martine Monod aus Kabul. Wir bringen ihre Artikel aus der „L'Humanité“ vom 12. bis zum 18. Januar in gekürzter Fassung.

lich auftrat — den Sozialismus. In diesem islamischen Land ließ er ungezählte Geistliche verhaften und Gläubige verfolgen.

... Seit dem September 1979 brach sich die Unzufriedenheit mal hier, mal dort in vielen Regionen des Landes Bahn und schuf so eine innere Bedrohung zusätzlich zu der Gefahr von außen: die letztere in Gestalt von Überfällen durch „Flüchtlinge“, von den USA und China ausgerüstet und bewaffnet, von pakistanischem Territorium aus.

Die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan war stets nur eine Linie auf der Karte. Auf beiden Seiten der Grenze lebt ein Volk — die Puschtus. Sie sprechen die gleiche Sprache, und ihr Erscheinungstyp ist der gleiche. Sie besuchen oft Verwandte und tauschen Waren aus — ideale Voraussetzungen also für die häufigen Diversionsakte der „Moslembrüder“ oder, wie man sie hier nennt, der „Teufelsbrüder“. Es war gerade eines der schlimmsten Verbrechen Amins, daß er durch seine Anfälle von antireligiösem Fanatismus einfache Mohammedaner, die nur ihren Glauben bekennen wollten, in die Arme der offen faschistischen Gruppen der „Teufelsbrüder“ trieb.

Infolge der immer stärkeren Gefahr einer Machtübernahme durch konterrevolutionäre Kräfte, angesichts des ausgreifenden Terrors und der darob steigenden Empörung der Bevölkerung, angesichts der physischen Liquidierung ehrlicher Aktivisten, die sich dieser selbstmörderischen Politik widersetzen, wurde die Lage in Afghanistan mit jedem Tag ernster. Die Rebellion zog immer weitere Kreise, weil Amin seine Handlungen nicht nur mit Lobhudeleien auf den Sozialismus begleitete, sondern auch mit Lob für die Sowjetunion, die folglich sozusagen Anteil an seinen schmachvollen Aktionen hatte.

Es wird deutlich, daß Afghanistan — wenn all dem nicht ein Ende bereit worden wäre — in einen äußeren Krieg und einen Bürgerkrieg verwickelt worden wäre. Unabsehbar wären die Folgen für den Frieden in dieser Region wie für den Weltfrieden gewesen — insbesondere für den Iran, dem gegenüber Amins Zielsetzungen nicht weniger feindselig waren als die der USA. In Anbetracht der Aussichten, die die Politik des Expräsidenten Afghanistans den USA eröffnete, kann man leicht die Bitterkeit und die Enttäuschung Jimmy Carters über dessen Sturz verstehen.

Amins Sturz, die Appelle des Vorsitzenden des Revolutionsrates, Babrak Karmal, an die nationale Einheit, die von ihm verkündete umfas-

sende Amnestie und die Botschaft an Khomeini wurden von der afghanischen Bevölkerung mit großer Genußnahme aufgenommen.

... Schon den zweiten Tag läßt das Schneetreiben über Kabul nicht nach. Auf den Stufen des Hotels schmiegen sich drei kleine Zigarettverkäufer aneinander; einer von ihnen läuft barfuß. Kinderelend gehört in Kabul noch zum Alltag, wurde und wird zum Teil noch fatalistisch ertragen. Eben gegen dieses Elend ist die Revolution angetreten. Nach Jahrhunderten des Stillstandes hat sie die Notwendigkeit verkündet, das scheinbar Unveränderliche zu verändern. Die jetzige wirtschaftliche, politische und soziale Rückständigkeit zu überwinden, wurde ein konkretes Ziel.

Daß eine solche Perspektive nicht nach dem Geschmack der privilegierten Schichten ist, jener, die sich an der Ausbeutung anderer bereichern, ist durchaus verständlich.

Verständlich ist auch die Rage, in die sich die herrschenden Kreise des US-Imperialismus steigern. Es war klar, daß Washington, außer sich über den Verlust des Iran, alles tun würde, um sich die in Afghanistan entstandene Lage zunutze zu machen und sie aufs äußerste zuzuspitzen, in der Hoffnung, sich strategische Positionen in einer Region längs der Südgrenze der UdSSR zurückzuholen.

Die sowjetische Hilfe für die afghanische Armee hat den Mechanismus der Aggression, als dessen Verbindungsglied Pakistan diente, ausgeschaltet. Doch wenn dieses Unterfangen insgesamt auch vereitelt wurde, so bleiben doch Spannungsherde — insbesondere nordöstlich an der chinesischen Grenze und in den Gebirgsregionen im Herzen des Landes.

Nach der Aprilrevolution wurden die Bodenreform und die Beseitigung der Feudalstrukturen als vorrangig proklamiert.

„Wir sind vor drei Hauptziele gestellt: die Feudalbeziehungen zu liquidieren, die Bauern zu Verbündeten der übrigen Werktätigen zu machen und die Produktivität im Agrarsektor zu heben“, sagte mir Landwirtschaftsminister Brahim Monand. Er ist übrigens eines der Mitglieder des Kabinetts, die nicht der Demokratischen Volkspartei angehören.

„Um den Bedarf der Bevölkerung an Lebensmitteln zu decken und noch Möglichkeiten für deren Export zu haben, verfügen wir über 4,5 Mio ha Kulturböden. Mehr als ein Viertel davon gehörten weniger als drei Prozent Landbesitzer.“

Die Bodenreform wurde am 1. Januar 1979 eingeleitet und bis Ende Juni abgeschlossen.

Das Foyer des Ministeriums wird von einer naiven Freske geschmückt, die die Umverteilung des Bodens darstellt. Im Vordergrund vergießen zwei reiche Landbesitzer bittere Tränen, und arme Bauern drängen sich vor dem Hintergrund der Berge in Erwartung ihrer eigenen Parzelle... Doch die Feudalherren ließen es nicht bei Tränen bewenden. Sie organisierten sich, um diesen Prozeß zu bremsen und zu sabotieren.

„Anfangs griffen sie zu Erpressung“, fuhr Brahim Monand fort. „Mit Unterstützung des reaktionärsten Teils der islamischen Geistlichkeit verkündeten sie Lösungen wie: ‚Wenn der Staat Dir Grund und Boden gibt, dann kannst Du nicht auf ihm beten. Allah wird solche Gebete nicht annehmen.‘ Ferner verbreiteten sie Gerüchte, der Staat werde sich die Arbeit der Bauern aneignen und ihnen die Parzellen wieder abnehmen, sobald sie diese bearbeitet haben. Und schließlich griffen sie zu Terror, besonders in den abgelegenen Regionen. Die Feudalherren sind eine starke Kraft, da sie einen Großteil des Handels beherrschen und den Verwaltungsapparat infiltriert haben. Und trotzdem haben wir die Bodenreform durchgeführt und eine neue Agrarstruktur geschaffen. Jetzt muß die landwirtschaftliche Produktion entsprechend in geregelte Bahnen gelenkt werden...“

Die Regierung will Staatsgüter und Genossenschaften fördern. Jetzt gibt es bereits 1145 Genossenschaften, die über 20% des Gesamtkulturlandes verfügen.

„Wir müssen die Menschen davon überzeugen, daß die kollektiven Arbeitsformen in ihrem eigenen Interesse sind“, sagte der Minister. „Die Genossenschaften müssen mit Saatgut, Dünger und landwirtschaftlicher Technik versorgt, müssen modernisiert werden. Wir können die Arbeitsproduktivität nicht wirksam erhöhen, ohne das politische, soziale und wirtschaftliche Niveau der Bauernschaft zu heben. Wir werden mit dem Kaderproblem, der Bildungsproblematik konfrontiert und haben noch nicht genug Erfahrungen. Afghanistan hat als einziges Land der Region eine tiefgreifende Bodenreform verwirklichen können. Sie wurde zwar gebremst, doch ein festes Fundament ist gelegt worden.“

Als wir uns verabschiedeten, wiederholt Brahim Monand einen Satz, der jetzt das Leben auf der neuen Etappe des demokratischen Afghanistans bestimmt.

„Wir sind zukunftsgezielt. Trotz aller Attacken des Imperialismus werden wir siegen. Doch um diesen Sieg zu erreichen, werden wir noch viel und hart arbeiten müssen.“

NEUE SUMPFBLASE OFFIZIELLER HEUCHELEI

Ein Symptom dafür, daß jemand, der Washingtons Interessen wahrnimmt, auf frischer Tat ertappt worden ist, besteht darin, daß die Brusttöne offizieller Vertreter einer Macht, die den Posten des Weltgenüßes zurückgewinnen will, von salbungsvollen Predigten über humane Werte abgelöst werden, über die man andere belehren will. Ein ernstes Gespräch über den Schutz der Menschenrechte in der Welt von heute, das wirklich den Interessen von Millionen und aber Millionen, auch in den USA, entspricht, wird gegen eine schamlose Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ersetzt, was von einem Propagandarummel begleitet wird.

Ein glorreicher Schützer der Menschenrechte... Ein tapferer Kämpfer für die Menschenwürde... Moralische Größe... Ein echter Patriot...

Wen meint man damit? Akademiemitglied Sacharow. Diese Lobesworte werden ihm von gewissen westlichen Staats- und Propagandaorganen gespendet.

Natürlich behaupten sie, es verstoße gegen die Vereinbarungen von Helsinki, wenn ihm die zuständigen sowjetischen Instanzen seine Ehrentitel und Auszeichnungen abgesprochen und ihn aus Moskau nach Gorki ausgesiedelt haben.

Das alles war zu erwarten. Der geheuchelte Humanismus dient schon so manches Jahr als Ausweis, mit dem sich der zynische Antisowjetismus vor der Öffentlichkeit ins Rampenlicht spielt.

Betrachten wir den Fall vom Standpunkt objektiver Tatsachen. Jedermann weiß, daß sich A. Sacharow schon seit vielen Jahren ungeeignet einer regen Tätigkeit befleißigt, die praktisch gegen alle Schwerpunkte der sowjetischen Innen- und Weltpolitik gerichtet ist. Mehr noch, er hat kein Hehl aus seiner Bereitschaft gemacht, alles zu tun, damit der sozialistische Charakter unserer Gesellschaftsordnung geändert wird. Deshalb äußerte er die Bereitschaft, denen im Ausland zu helfen, die, wie er meint, darauf hinarbeiten können. Alle seine Stellungnahmen, die auf verschiedenen Wegen nach dem Westen gelangten und dann auf den Wellen von allerlei „Stimmen“ nach der UdSSR zurückgesendet wurden, gefielen im Westen ausnehmend.

Was die sowjetischen Menschen betrifft, so sind sie schon lange über das Verhalten Sacharows zutiefst

empört. Viele tausend Sowjetbürger erblickten darin mit Recht eine unverhohlene Feindseligkeit gegen die Interessen ihres Volkes: ein Bestreben, mit beliebigen, auch den nichtswürdigsten Mitteln die Ideale zu kompromittieren, für die dieses Volk kämpft; mit ausgedachten Vorwänden oder sogar ohne sie die wirkliche Lage in unserem Land zu entstellen und dadurch das Wohlwollen bürgerlicher Propagandazentren im Ausland, darunter auch erzreaktionärer, zu gewinnen.

Und doch, solange diese Betätigung Sacharows zwar schädlich war, aber hauptsächlich ideologischen Charakter trug, wurden gegen ihn keine administrativen Maßnahmen ergriffen. Seine Stellungnahmen wurden mit ideologischen Mitteln enthüllt. Die sowjetische Öffentlichkeit mußte sein Verhalten auch moralisch verurteilen. Leider hat das alles nicht gefruchtet. Sacharow ließ sich immer mehr in derselben Richtung treiben. In letzter Zeit wies seine Betätigung immer mehr neue Momente auf, die davon zeugen, daß sie einen neuen Charakter annimmt, nämlich immer offener und ostentativer in Gegensatz zu den Forderungen der sowjetischen Gesetzgebung, zu unserem Strafgesetzbuch gerät.

Wovon ist hier die Rede?

Wie schon gesagt, machte Sacharow auch früher weitgehend davon Gebrauch, Briefe an verschiedene Prominente und Staatsmänner des Auslands, größtenteils rechtsstehende, zu richten, um Verleumdungen über die sowjetische Wirklichkeit und Politik zu verbreiten. In letzter Zeit aber waren immer deutlicher direkte Aufforderungen herauszuhören, von außen mit allerlei Mitteln auf unser Land zu drücken, darunter auch mit materiellen und militärischen. Hier nur ein paar Belege dafür.

In einem Interview für die „Newsweek“ (USA), das schon am 14. März 1977 von der „Stimme Amerikas“ ausgestrahlt wurde, rief Sacharow u. a. zum „Stoppen der Lieferungen bestimmter technischer Ausrüstungen“ auf.

In einem im Westen veröffentlichten Artikel, betitelt „Sorgen und Hoffnungen“, schrieb Sacharow über die Druckmittel von außen, daß dazu Maßnahmen gehören wie der „Boykott wissenschaftlicher und kultureller Kontakte, die zeitweilige Einstellung der Lieferungen jedweder Ausrüstungen, ein Hafenarbeiterstreik usw.“. Derlei „Hoffnungen“ dieses „Rechtsschützers“ hätten, wenn

man sie ernst nahm (und der Lauf der Dinge hat gezeigt, daß sie so genommen werden müssen, weil sie den Absichten der US-Regierung entsprechen), doch wohl schon damals im Westen ernste Besorgnis bei allen erwecken müssen, die an der Entspannung interessiert sind. Man fragt sich aber: Wer von seinen heutigen westeuropäischen Verteidigern hat auch nur angedeutet, daß solche Aufforderungen nicht nur unpatriotisch, sondern vom Standpunkt der Entspannung auch gefährlich sind?

Gehen wir weiter. In einem Gespräch (von November 1979) zwischen Senator Buckley und Sacharow, das im Westen weit verbreitet wurde, forderte Sacharow buchstäblich zu folgendem auf: „Als Druckmittel gegen die UdSSR ihren Nahrungsmittelexport drosseln, in der Preispolitik auf sie drücken... Man muß alle Hebel in Bewegung setzen: die geheime und offene Diplomatie, die Presse, Demonstrationen und andere wirksame Mittel — die zeitweilige Verweigerung der Zusammenarbeit auf dem einen oder anderen Gebiet, gesetzliche Einschränkungen für den Handel und für die Kontakte...“

Es ist klar, daß die US-Regierung über ihre Dienststellen Sacharow zu solchen Äußerungen veranlaßte, um ihre antisowjetischen Ziele propagandistisch anzugehen. Er hat die Hoffnungen, die in ihn gesetzt wurden, durchaus gerechtfertigt.

Wie dem auch sei, er ist objektiv und subjektiv in diesem Sinne als — wir scheuen dieses Wort nicht — Komplize der imperialistischen Organe bei ihrem Treiben aufgetreten, das direkt nicht einfach gegen einzelne Aspekte der sowjetischen Staatspolitik, sondern gegen die Lebensinteressen des ganzen Sowjetvolks gerichtet ist, hat ganz persönlich, bewußt und aktiv darauf hingearbeitet, diesem Volk direkten Schaden zuzufügen. Da fragt man: Ist das moralisch? Ist das patriotisch?

Und hier schließlich der neueste Fall: In einem Interview vom 20. Januar für die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC hat Sacharow ausdrücklich dazu aufgerufen, daß alle NATO-Länder mit vereinten Kräften auf die UdSSR drücken und „in dieser Sache nicht schwanken“ sollen. Er hat den Beschluß der US-Regierung gutgeheißen, gegen die UdSSR Wirtschaftssanktionen zu ergreifen, und zur weiteren Ausdehnung des Systems dieser Maßnahmen aufgerufen.

„NEUE ZEIT“ 5-80

Ein Mann mit sowjetischem Paß ist also aufgetreten, als sei er im Apparat eines imperialistischen Staates angestellt, und hat sich zur Wahrung von dessen Interessen bereit erklärt, was es das Volk des Landes auch kosten mag, dessen Bürger er ist, und was das für die Entspannung auch auf sich haben könnte. Das ist ein Auftreten nicht vom patriotischen Standpunkt, sondern vom Standpunkt eines nationalen Verrats, und nicht im Bereich der Propaganda, sondern in dem der praktischen Politik.

Eine derartige Handlungsweise ist nicht einfach eine Nichterfüllung der Bürgerpflicht. Sie ist ein flagranter Verstoß gegen die Gesetze der UdSSR. Soviel wir wissen, werden derartige Aktionen auch in den Gesetzen einiger anderer Länder als Verbrechen qualifiziert, darunter solcher, die sich „große Demokratien“ nennen.

Nehmen wir z. B. Teil 18 des Gesetzbuchs der USA. Er enthält folgenden Paragraphen (Nr. 953): „Jeder Bürger der USA, ganz gleich, wo, der ohne Erlaubnis der USA direkt oder indirekt die Korrespondenz oder den Verkehr mit irgendeiner fremden Regierung, einem ihrer Beamten oder Vertreter in der Absicht aufnimmt oder unterhält, Maßnahmen oder Handlungen einer solchen fremden Regierung, eines ihrer Beamten oder Vertreter zu beeinflussen, die Streitigkeiten oder Gegensätze mit den USA betreffen, ist zu einer Geldstrafe bis zu 5000 Dollar, einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder zu beidem zu verurteilen.“ (Hervorgehoben von d. Red.) Sieht man die oben angeführten Aufforderungen Sacharows vom Standpunkt dieses amerikanischen Paragraphen, dann muß man doch sagen, daß der Einspruch des US-Staatsdepartements gegen die Maßnahmen, die hinsichtlich dieses Sowjetbürgers getroffen worden sind, heuchlerisch ist!

Die UdSSR hat ihre Verfassung, deren Artikel 39 lautet: „Die Nutzung der Rechte und Freiheiten durch die Bürger darf den Interessen der Gesellschaft und des Staates sowie den Rechten anderer Bürger keinen Schaden zufügen.“ Dieser Artikel der sowjetischen Verfassung steht in vollem Einklang mit Artikel 19 der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte, wo es heißt, daß die Ausübung des Rechts auf eine eigene Meinung und ihre freie Äußerung, unabhängig von den Staatsgrenzen, Beschränkungen unterworfen ist, die gesetzlich bestimmt werden und u. a. zum Schutz der Staatssicherheit, der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder Sittlichkeit der Bevölkerung notwendig sind.

Was Sacharows Betätigung angeht, so ist auch das noch nicht alles. Er ist über eine Reihe von Fragen unterrichtet, die Staatsgeheimnis sind, Fragen, die zu einem so wichtigen Bereich wie der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes gehören. Auch früher fühlte er sich versucht, seine

Kenntnis ausländischen Stellen mitzuteilen, in denen Leute mit feinem Gespür für solche Dinge sitzen.

Die sowjetischen Machtorgane haben alles getan, um ihn vor einer derart verbrecherischen Handlungsweise zu warnen und ihm auf diesem für unsere nationalen Interessen so gefährlichen Weg Einhalt zu gebieten. Deshalb eben war er seinerzeit bei der Staatsanwaltschaft der UdSSR vorgeladen und warnend auf die Unzulässigkeit solcher Schritte hingewiesen worden. Damals versuchte Sacharow, diese Vorladung als Einschüchterungsmittel gegen sich hinzustellen, während es doch nicht nur eine Maßnahme gegen ein Durchsickern unserer militärisch-technischen Geheimnisse, sondern auch ein Zeichen ausreichend loyalen Verhaltens seinem persönlichen Geschick gegenüber war. Sacharow hörte jedoch weder auf diese Warnungen noch auf die Forderungen des Gewissens und Geistes eines Sowjetbürgers.

In letzter Zeit hat es sich stichhaltig erwiesen, daß er einige Angaben, die die wichtigsten Probleme unserer Verteidigungsfähigkeit betreffen, ins Ausland geschleust oder zu schleusen versucht hat.

Jahrelang stand Sacharow zu vielen ausländischen Prominenten in Kontakt. In letzter Zeit versuchte er auch, eine Art Organisation der sogenannten Dissidenten aufzuziehen, u. zw. unter Beteiligung nicht nur sowjetischer, sondern auch ausländischer Bürger, eine Organisation, die ihre gegen die Interessen der sozialistischen Länder gerichtete Tätigkeit koordinieren könnte.

Er maßte sich das „Recht“ an, unverblümt die sowjetische Ordnung und den sowjetischen Staat zu bekämpfen, obwohl diese Betätigung ein Verstoß, ein ständiger und gröblicher Verstoß gegen die sowjetischen Gesetze war.

Zweifelloos entsprachen diese ganzen Aktionen den Interessen der antisozialistischen Kräfte im Westen, vor allem in den USA. Es fragt sich nur, was das mit einem Schutz der Menschenrechte zu tun hat.

Für die oben genannten Taten hat ein Bürger, der sie verübt, nach unseren und nicht nur nach unseren Gesetzesnormen gerichtlich belangt zu werden, denn — wir wiederholen — es handelt sich ja nicht um Überzeugungen, nicht um die Denk- und Redefreiheit, sondern um Handlungen, die ganz unverhohlen oder vielmehr frech die Interessen von Millionen sowjetischen Menschen schmälern und die Gesetze, die diese Interessen wahren, mit Füßen treten.

Man kann uns fragen: Ist es in der UdSSR denn nicht vorgesehen, daß solche Anschuldigungen auf dem Gesetzeswege, d. h. gerichtlich, bewiesen werden müssen?

Selbstverständlich, und die Staatsanwaltschaft der UdSSR verfügt über alles erforderliche Material, um

diese Anschuldigungen zur Untersuchung an die Gerichtsorgane weiterzuleiten. Obwohl Sacharows Betätigung unter die gesetzlich strafbaren Taten fällt und er dafür verdient, strafrechtlich belangt zu werden, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR dennoch beschlossen, es einstweilen bei einer administrativen Aussiedlung aus der Stadt Moskau bewenden zu lassen.

Kommen wir nochmals auf die westlichen Kommentatoren (und auch auf die Repräsentanten offizieller Organe) zurück. Sie reden von Verhaftung (britisches Außenministerium), von Verhaftung und Verschickung (norwegisches Außenministerium). Die Propagandaorgane gar malen allerlei Greuel aus.

Jedermann weiß, daß eine administrative Aussiedlung keins von beidem ist. In Wirklichkeit wohnt Sacharow jetzt in Gorki, einer großen Gebietsstadt. Er hat eine Vierzimmerwohnung bekommen, für die nötige materielle Sicherheit ist gesorgt. Seine Frau ist in ihrer Freizügigkeit nicht begrenzt und kann nach Gorki übersiedeln.

Unserer Ansicht nach ist sehr milde mit einem Mann verfahren worden, der so eindeutig gegen das Gesetz und gegen die Interessen seines Heimatlandes gehandelt hat.

Ja, die sozialistische Gesellschaft ist human im Wortsinn, human in ihrem Tun.

Außerdem liegt es nicht in ihrem Wesen, Humanität zu heucheln. Unser Leser wird fragen, was wir damit meinen. Etwas ganz Einfaches. Da wir human sind, werden wir die Clique Pol Pots nicht in Schutz nehmen oder den Mörder Hafisullah Amin loben. Und natürlich werden wir einen Menschen, der sein Möglichstes getan hat, um seinem Volk zu schaden, keinen Patrioten nennen.

Offen gestanden glauben wir, daß dem imperialistischen Westen das Geschick Sacharows als Menschen gleichgültig ist. Nicht gleichgültig ist ihm seine antisowjetische Betätigung. Die neueste amerikanische Doktrin sieht nicht nur wirtschaftliche Sanktionen vor, sondern auch „die Beseitigung unbegründeter Beschränkungen für unsere“ (der USA) „Fähigkeit, Spionageangaben einzuholen“. Als Washington vor einigen Jahren mit dem Gerede von „Menschenrechten“ loslegte, bildeten — zur selben Zeit — CIA-Agenten ihre Kollegen von der SAVAK im Iran darin aus, politische Häftlinge raffinierter zu foltern. Das ist jetzt weltbekannt geworden. Diese Methoden wurden an Hunderten oder sogar Tausenden ausprobiert.

Diejenigen in den herrschenden Kreisen des Westens, denen es wirklich um die Menschenrechte, um politische Ethik und um Humanität zu tun ist, sollten wissen, gegen wen sie ihren Zorn richten müssen.

N. TOLIN

DAS ENDE DES RASSISMUS NAHT

Vor etwa fünf Jahren verkündete Smith, Chef des illegalen Regimes in Salisbury, wiederholt, die Afrikaner würden nie die Macht in Rhodesien erringen.

„Das wird nicht geschehen, selbst in 100 Jahren nicht...“, tönte er.

Doch einige wenige Jahre vergingen — und die „weiße Bastion“ ist auseinandergebrochen und hinterließ ihren Verteidigern nur bittere Erinnerungen an einstige Macht und Größe. Der erfolgreiche bewaffnete Kampf der Patriotischen Front von Simbabwe, der die Unterstützung der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit hat, machte alle Versuche zunichte, die schändliche Diskriminierung der 7 Millionen Schwarzen in dieser britischen Kolonie zu verewigen.

Die Völker des südlichen Afrika gehen in die 80er Jahre mit der realen Perspektive, dem Rassismus bereits in absehbarer Zukunft den Todesstoß zu versetzen. Simbabwe und Namibia stehen vor der Unabhängigkeit. Die Bewegung gegen die Apartheid in der Hauptbastion der Rassisten, der Republik Südafrika,

weitete sich aus. Wie Anatoli Gromyko, Direktor des Afrika-Instituts der AdW der UdSSR in seinem neuen Buch* betonte, „hat die Krise der Regimes des Rassismus und der Apartheid unumkehrbaren Charakter angenommen“.

Nicht wenige Untersuchungen in der UdSSR wie im Ausland sind Problemen des südlichen Afrika gewidmet. Groß ist das Interesse an dieser Region: Liegen ja gerade hier immer noch die kolonialistischen und rassistischen Wurzeln des akuten sozialen Konflikts, der nicht nur das Schicksal Afrikas, sondern auch das gesamte internationale Klima beeinflusst. Die Untersuchung und Analyse all seiner Aspekte, die Entlarvung der Expansionsabsichten und der subversiven Tätigkeit der RSA-Rassisten, der Heuchelei der westlichen Länder erlangen heute besondere Bedeutung. Prof. Anatoli Gromykos

* Anatoli Gromyko. «Konflikt на юге Африки. Международный аспект», Москва, Изд-во «Мысль», 1979.



Buch ist ein bedeutender Beitrag dazu.

Anhand umfangreichen Tatsachenmaterials geht der Autor auf die Ursachen der jetzigen Situation im südlichen Afrika ein, macht die Ziele deutlich, von denen sich die Hauptseiten des Konflikts leiten lassen, und zeigt Aussichten für seine Beilegung auf. Die Lage als solche ist, wie der Autor schreibt, durch das „der afrikanischen Bevölkerung aufgezwungene inhumane und undemokratische System der Rassenbeziehungen“ charakterisiert, unter dem „die Weißen zur Elite gemacht wurden, die Afrikaner aber politisch rechtlos sind und brutal ausgebeutet werden“.

Die Tragödie Afrikas sind seine Reichtümer. Diese zunächst paradoxe Behauptung läßt die eigentliche Ursache für die ungezählten Leiden der Bevölkerung Afrikas deutlich werden. Das südliche Afrika verfügt über die Weltlagerstätten knapper Industrierohstoffe und Edelmetalle. Vor allem auf dieser Grundlage verflechten sich die Interessen des RSA-Rassismus und des Weltimperialismus. Die Politik der Rassenunterdrückung ermöglicht den westlichen Monopolen, riesige Profite aus den schwarzen Werktätigen herauszupressen. An konkreten Beispielen zeigt der Autor, daß die größten westlichen Länder an den Ressourcen des südlichen Afrika interessiert sind. Die RSA liefert ca. die Hälfte der von den USA verbrauchten Mengen an Kobalt, Chrom, Diamanten, Vanadium und Mangan. Die BRD importiert aus der RSA etwa ein Drittel des von ihrer Industrie gebrauchten angereicherten Urans, mehr als die Hälfte des Mangans, eine große Menge von Wolfram, Kupfer, Blei und Kadmium...

Daß der Westen über das Schicksal der Rassenregimes beunruhigt ist, verwundert nicht. Angesichts der sich verschärfenden Rohstoffkrise wird die Nachfrage nach Mineralien aus dem südlichen Afrika weiter steigen. Vor allem deshalb tun die USA, Großbritannien und die BRD alles, um ihren Einfluß in den Ländern der Region zu behalten und den Kampf der nationalen Befreiungsbewegung für eine gerechte Lösung im südlichen Afrika zu vereiteln.

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des unabhängigen Afrika zwingt die Rassisten und deren Beschützer, sich der schnell wechselnden Lage anzupassen. Lösungen einer „korrigierten Apartheid“ werden verkündet, und auf der Karte der RSA sind die Farbketten „unabhängiger“ Bantustans aufgetaucht. In Pretoria, Washington und London spielt man diverse Varianten durch, um die Rassenregimes aus der außenpolitischen Isolierung mit falschen Versprechungen von „Frieden und Zusammenarbeit“ herauszuführen, wenn die Afrikaner nur von „Gewaltakten“ Abstand nehmen.

Doch kaum wird das freie Afrika den Olivenzweig aus der Hand der gestrigen Kolonialherren entgegen-

BIOGRAPHISCHES

MINISTERPRÄSIDENT DER NEUEN REGIERUNG PORTUGALS WURDE FRANCISCO SÁ CARNEIRO



Geboren 1934 in Porto. 1956 absolvierte er die Universität Lissabon. Bis zur Aprilrevolution 1974 praktizierte er als Rechtsanwalt.

1969 wurde er in die Nationalversammlung gewählt. Gehörte einer Gruppe von Abgeordneten an, die sich als „libe-

raler Flügel“ bezeichnete. Im Februar 1973 legte er sein Mandat nieder. In der ersten Provisorischen Regierung Portugals (Mai—Juli 1974) war er Minister ohne Geschäftsbereich.

Francisco Sá Carneiro ist Mitbegründer der im Mai 1974 gebildeten Sozialdemokratischen Partei (PSD), die die Interessen der Mittel- und Kleinbourgeoisie von Stadt und Land repräsentiert. Von der Gründung der PSD bis 1977 war er ihr Generalsekretär. Im November 1977 trennte er sich wegen politischer Differenzen in

der PSD-Führung von dieser Funktion. Auf dem Parteitag der PSD im Juli 1978, aus dem der von ihm geleitete konservative Flügel als Sieger hervorging, wurde er zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Bei den parlamentarischen Zwischenwahlen vom 2. Dezember 1979 war er der Hauptführer der „Demokratischen Allianz für die neue Mehrheit“, die unter der Devise einer Revision der Verfassung — die die Haupterrungenschaften der Aprilrevolution von 1974 verankerte — antrat.

nehmen, unter deren Taubengefieder sich heute die gleichen Raubvogelkrallen verbergen wie ehemals. Die afrikanischen Völker, schreibt Anatoli Gromyko, „haben allen Grund, skeptisch die auf Initiative Großbritannien und der USA unternommenen ‚Regelungsmaßnahmen‘ einzuschätzen“ — von Ländern, die stets auf seiten des Rassismus und Kolonialismus standen.

Wie viele Jahre schon stehen in der UNO Wirtschaftssanktionen gegen die RSA auf der Tagesordnung! Doch jedesmal haben die westlichen Länder unter diversen Vorwänden derartige Vorschläge vereitelt. Fanatisch verteidigen sie ihr „Recht“ auf Zusammenarbeit mit der RSA und lassen sich über die angebliche Notwendigkeit aus, der „sowjetisch-kubanischen Bedrohung“ entgegenzutreten und die „freie Welt“ zu verteidigen, zu der sie ohne weiteres auch den Rassistenstaat im südlichen Afrika rechnen.

Tatsachen zeigen, daß die Imperialisten nicht gewillt sind, ihre Hilfe für die Rassisten, darunter die militärische Hilfe, einzustellen. „Der

von der Carter-Administration genommene Kurs auf die Unterstützung vielseitiger Beziehungen zu dem RSA-Rassistenregime wird auch in Zukunft intensiv verfolgt werden“, schreibt Anatoli Gromyko. „Wenn die herrschenden Kreise der USA unter dem Druck der Weltöffentlichkeit auch gewissen Veränderungen ihrer Politik werden zustimmen müssen, dann nur in solchen Grenzen, die den USA die Unantastbarkeit ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen in der RSA gewährleisten würden. Das ist das Wesen ihrer Strategie im südlichen Afrika.“

In dem Buch wird der Gedanke klar verfolgt, daß — anders als der Westen — die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft den gerechten Kampf der afrikanischen Völker auf jede Weise unterstützen und stets für die vollständige internationale Isolierung der Rassisten eintreten. Hierbei verfolgt die UdSSR keinerlei besondere Ziele und ist nicht auf irgendwelchen Vorteil für sich aus. Die Versuche der bürgerlichen Propaganda, die Haltung der UdSSR ge-

genüber dem südlichen Afrika zu entstellen, „sind in erster Linie darauf gerichtet, die imperialistische Politik der Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu rechtfertigen“.

Imperialistische Kreise suchen sich die Lage im südlichen Afrika zu nutze zu machen, um die Spannungen in der Region anzuheizen, die progressiven Regimes zu destabilisieren und die Positionen der reaktionären Kräfte zu festigen. Die vereinten Anstrengungen aller Staaten tun not, um schnellstmöglich Apartheid und Rassismus zu liquidieren und Millionen Afrikanern in Namibia, Simbabwe und der RSA das Selbstbestimmungsrecht zu geben. „Allein die vollständige Verwirklichung der Rechte der unterdrückten Völker im südlichen Afrika auf Freiheit und Selbstbestimmung, ohne Einnischung von außen, wird es möglich machen...“, den hier schwellenden gefährlichen Spannungsherd zu beseitigen — zu diesem Schluß kommt der Autor. Dem kann man nur zustimmen.

B. ASSOJAN

EL SALVADOR

DIE REAKTION MARSCHIERT

Ein Kugelhagel ging über die Großdemonstration in San Salvador nieder, zu der die Linkskräfte am 22. Januar aus Protest gegen die volksfeindliche Regierungspolitik aufgerufen hatten. 67 Personen wurden getötet, an die 250 verletzt.

Augenzeugen und der hiesigen Presse zufolge hat El Salvador nie zuvor eine so machtvolle Manifestation des Volkes erlebt. Über 100 000 Menschen gingen auf die Straße. Das brutale Vorgehen von Polizei und Armee nahm dem Volk jegliche Illusionen. Es weiß jetzt, was es von der derzeitigen aus Militärs und Zivilisten bestehenden Junta zu gewärtigen hat.

Die Vorgänge vom Oktober 1979 in El Salvador entwickelten sich unter dem unmittelbaren Einfluß des revolutionären Sieges des nikaraguanischen Volkes, das die Somozadiktatur hinweggefegt hat. Der leidenschaftliche Haß auf das Militär- und Polizeiregime von General Romero, Haß, der sich über Jahre hindurch im Volk El Salvadors aufgestaut hatte, rückte eine soziale Explosion in „gefährliche“ Nähe. Gerade die Angst vor einem „zweiten Nicaragua“ führte zu neuen Fronten unter den salvadorischen Militärs: Patriotisch eingestellte Offiziere, die „Jungtürken“ von El Salvador, führten den Umsturz aus.

Die Militärs nahmen drei zivile Politiker in die Regierungsjunta auf, bildeten ein Kabinett und versprachen, die Republik zur Demokratie zu führen.

Eine solche Wende in El Salvador vollzog sich jedoch relativ ruhig und wurde sogar mit gewisser Erleichterung in Washington aufgenommen. Nach dem Sieg der nikaraguanischen Revolution bangte man in den USA um einen Fortbestand der morschen Romero-Diktatur.

Doch auch eine evolutionäre Entwicklung des nationalen Befreiungsprozesses in diesem Land wollten die USA von Anfang an nicht zulassen. Sie setzten vielmehr auf die Oligarchie und auf jene Militärs in El Salvador, die selbst den zaghaften Anfängen der neuen Junta eine gefährnische Aufnahme bereiteten.

Das Echo der von ihr verkündeten Bodenreform hatte noch nicht die Dörfer erreicht, als die Latifundistas bereits darangingen, mit Söldnerbanden die Bauern zu terrorisieren. Großunternehmer und Finanziers, die schnellstmöglich einen Großteil ihres Kapitals ins Ausland verschoben, sabotierten die Produktion. Faschistische Rowdys der offiziell verbotenen, doch weiterhin aktiven erzreaktionären Organisation ORDEN machten noch stärker Jagd auf Patrioten.

Auch die konservativen Generale, Romeros Helfershelfer, rührten sich. Noch hat sie der gerechtfertigte Zorn des Volkes nicht ereilt, und offen stoßen sie militaristische Drohungen aus.

El Salvador ist in das neue Jahr in einer Atmosphäre der Spannungen und der Angst getreten. Ganz offenbar vermögen die Militärs, die Romero gestürzt haben, nicht, der Re-

aktion eine Abfuhr zu erteilen und die Republik auf den Weg demokratischer Veränderungen zu führen. Die Lage wurde noch komplizierter, nachdem die drei zivilen Juntamitglieder zurückgetreten waren, die aus unterschiedlichen Beweggründen erklärten, daß sie der Politik der Militärs nicht mehr zustimmen.

Und obgleich die rechtsgerichteten Christdemokraten, die Vereinbarungen mit den oligarchischen Kräften anstreben, beschlossen, den Militärs aus der Patsche zu helfen, und die zurückgetretenen Regierungspolitiker ersetzten, ließen die Spannungen kaum nach.

Nicht geringe Hoffnungen setzen die Feinde des Volkes von El Salvador auch auf Unterstützung von außen — durch die Washingtoner Falken und Diktaturen in Nachbarländern. Durch ihr militaristisches Treiben im Karibikraum — die Inszenierung einer „Attacke“ auf den eigenen Stützpunkt in Guantánamo (Kuba) und durch Navy-Manöver — geben die USA zu verstehen, daß sie sich jederzeit in die inneren Angelegenheiten von El Salvador einmischen können und dort keine ihnen nicht genehme Entwicklung der Ereignisse zulassen würden. Gleichzeitig wird gemeldet, daß von Guatemala aus eine bewaffnete Invasion nach El Salvador vorbereitet wird.

Die KP von El Salvador ruft das Volk zu verstärkter Wachsamkeit auf.

Der Zusammenschluß aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte erlangt heute besondere Bedeutung.

R. TUTSCHNIN

NEPTUNS LANDREICH

Von unserem
Sonderberichterstatter
Viktor GUSTSCHIN

Wer auch nur einmal in Gdańsk war, erinnert sich bestimmt an die Bronze-skulptur Neptuns, die das historische Zentrum schon das vierte Jahrhundert ziert. Er thront da königlich auf dem großen Platz Długi Targ, den mittelalterliche Bauten in zierlicher Steinmetzarbeit einrahmen. Seiner majestätischen Haltung sieht man es an, daß er sich hier mit Recht als Herrscher fühlt.

Gdańsk ist seit unvordenklichen Zeiten eng mit dem Meer verbunden. Aus alten Chroniken und Ausgrabungen ist bekannt, daß hier schon um das Jahr 1000 eine Hafenfestung war. Unter ihrem Schutz wuchs rasch eine Siedlung von Handwerkern, Schiffbauern und Fischern. Hier stachen ganze Handelsschiffkarawanen mit Getreide, Nutzholz, Wolle und Häuten in See und nahmen Kurs auf die West- und Nordküste der Ostsee. Bald waren der Hafen und die Schiffbauer von Gdańsk in allen Ostseeländern bekannt. Vom 14. Jahrhundert an kamen immer öfter Engländer, Holländer und Flamen — damals berühmte Seefahrer — nach Gdańsk, um Schiffe für ihre Kriegs- und Handelsflotten in Auftrag zu geben. Noch jetzt werden in Gdańsk Schiffe für 23 Länder gebaut. In dem größten Ostseehafen legen jedes Jahr Tausende von Schiffen aus aller Welt an.

Eine Wiedergeburt

Bevor sie einlaufen, müssen sie die Westerplatte umschiffen, die bei den Seefahrern wegen des Treibsands und der häufigen Nebel schon immer als gefährlich galt. Manchmal liefen sogar erfahrene Kapitäne hier auf eine Sandbank auf, und es kam vor, daß zwei Schiffe, die hinter einer Landzunge hervorkamen, in der Fahrrinne nicht aneinander vorbeikommen. Deshalb führte es sich ein, daß sich jedes Schiff mit fünf langen Sirensignalen anmeldete.

Seitdem der Streifen um die Westerplatte ausgebaggert worden ist, hat sich diese Vorsichtsmaßregel erübrigt. Der Tradition halber ist man aber dabei geblieben. Die vorüberfahrenden Schiffe salutieren den auf der Westerplatte in einem Massengrab ruhenden heldenhaften Söhnen Polens, die am 1. September 1939 morgens das Feuer des deutschen Panzerkreuzers „Schleswig-Holstein“ auffingen.

Dort, wo die kleine Truppe aus 182 Mann sieben Tage und Nächte die Westerplatte verteidigte, ist ein Ehrenmal errichtet worden. Von Ferne erkennt man in seinen Umrissen das Heft eines in die Erde gebohrten Schwerts. Ein lakonisches und doch vielsagendes Symbol: Das Schwert des Krieges ist dort begraben worden, von wo aus Blut und Feuer Europa überflutete, und es darf nie wieder ausgegraben werden.

In Gdańsk ruft jeder Stein dazu auf. Gleich nachdem die Stadt durch die Sowjetarmee und das Wojsko Polskie vom Feind befreit worden war, gab ein Korrespondent der Polnischen Nachrichtenagentur aus Gdańsk durch: „Ringsum nichts als Ruinen. Aber nicht verzweifeln... Wir werden es wieder aufbauen, in Ordnung bringen, ihm neue Formen geben...“

„Damals war schwer zu glauben, daß die fast völlig zerstörte Stadt aus Schutt und Asche wiedererstehen kann“, sagt Konrad Pławinski, der Chefarchitekt der Woiwodschaft Gdańsk. „Jahrhundertealte Baukomplexe lagen in Trümmern. Die berühmte Marienkirche, das Rathaus mit seinem 85 Meter hohen Spitzturm, das Große Zeughaus, einer der schönsten Renaissancebauten Europas, waren eingestürzt. Die Besatzer hatten 6000 Gebäude zerstört, in der Altstadt hatten sie keinen Stein auf dem anderen

gelassen. Wir hatten Grund zur Verzweiflung, gingen aber unverzagt an den Wiederaufbau. Ohne diesen wäre der Sieg über die Nazis nicht vollständig gewesen. Das dachten alle, die die Stadt aufbauten.“

Die Kriegswunden von Gdańsk sind schon lange geheilt. Es ist größer und schöner geworden und gilt mit Recht als eine der schönsten und zum Wohnen angenehmsten Städte Polens. Darüber gibt es sogar eine Urkunde. Vor kurzem stellten polnische Soziologen in Großstädten unter den Einwohnern Umfragen an, wo sie gern wohnen würden, wenn sie ihren Wohnort wechseln müßten. Die meisten sagten, in Gdańsk.

Hier ist alles anziehend: die Seeluft, die

mittelalterlichen Gassen, durch die man stundenlang wandern und die lückenlos stehenden alten Häuser betrachten kann. Jetzt wohnt aber nur jeder zehnte Gdańsker im Vorkriegsweibild der Stadt, die übrigen mehr als 400 000 in Vierteln, die erst nach dem Krieg entstanden sind.

In Polen gibt es kaum eine Stadt, die sich in Tempo und Umfang ihrer Bautätigkeit mit Gdańsk messen könnte. Und doch fehlen noch Wohnungen. Bei einem Gespräch mit Tadeusz Bruski, einem Vizevorsitzenden der Woiwodschafts-Plankommission, erfuhr ich, daß rund 50 000 Personen noch auf Wohnung warten.

„Das hat seine Gründe“, sagte er. „Gdańsk hat sich noch nie so schnell entwickelt wie jetzt. Jedes Jahr werden rund 8000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Nur die Hälfte können wir selbst besetzen, für die anderen müssen wir Auswärtige kommen lassen, und die müssen wir vor allem unterbringen. Unsere Stadt ist obendrein jung, das Durchschnittsalter der Einwohner ist 26 Jahre. Anziehend für die Jugend sind der moderne Hafen, der größte Werftenkomplex des Landes, die elektrotechnischen und ölverarbeitenden Betriebe sowie mehrere Hoch- und Fachschulen — allein an Studenten haben wir über 30 000. Sie verstehen, wo junge Menschen sind, da werden Familien gegründet, und die brauchen Wohnungen und außerdem Krippen, Kindergärten und



Schulen. Auch die anderen Bedürfnisse der Stadt nehmen mit jedem Jahr zu. Wir brauchen Hotels, jetzt kommen jährlich rund 9 Millionen Touristen her. Es mangelt auch an Geschäften und Dienstleistungsbetrieben. Das ist noch eine Konkurrenz für den Wohnungsbau. Dennoch planen wir, mit der Wohnungsfrage in den 80er Jahren fertigzuwerden. Als auf einer Parteikonferenz unserer Woiwodschaft über die Thesen des ZK der PYAP zum VIII. Parteitag diskutiert wurde, war auch davon die Rede, daß in Gdańsk der Bau neuer Wohnviertel beschleunigt werden muß.

Die Werften

„Von hier, aus dem Zentrum, bis zur Lenin-Werft geht man nur eine halbe Stunde zu Fuß, aber nehmen wir lieber doch den Wagen“, sagt Alojzy Marciewicz, mein Kollege, der seit Jahren bei der Gdańsker Niederlassung der Interpress-Agentur tätig ist, hält mir den Schlag seines Fiat auf, und nach einigen Minuten Fahrt durch alte Winkelgassen sind wir angelangt.

Und doch war es gut, daß wir den Wagen hatten. Die Werft ist nämlich eine ganze Stadt mit einem Areal von mehreren Dutzend Hektar, und man braucht bestimmt mehrere Stunden, um sich alle ihre Viertel anzusehen.

Unser Begleiter war Władysław Kita, der Parteisekretär der Direktion. Schon unterwegs hatte mir Marciewicz gesagt, er kenne hier keinen besseren Fremdenführer. Auf der Werft nennen sie ihn das Lexikon. Er kann jede Frage erschöpfend beantworten: wie die Werft früher war, wie sie jetzt ist und was sie in Zukunft zu erwarten hat. Es ist auch kein Wunder, denn 30 Jahre hat er die Geschichte der Werft selbst

miterlebt. Er sah, wie sie wiederaufgebaut wurde, wie sie zu Kräften kam und sich in einem Tempo entwickelte, das in der Geschichte des Schiffbaus noch nie da war.

„Im Jahre 1945, nach der Befreiung, waren in ganz Polen nur noch 20 Ingenieure, etwa 100 Techniker und 1000 Arbeiter am Leben, die halbwegs eine Ahnung vom Schiffbau hatten“, erzählt Kita. „Hier, wo jetzt die Stapel, die großen Docks, Kräne und Werftbauten sind, waren Haufen verbogenes Eisen und Ziegeltrümmer.“

Aber Gdańsk blieb eine Seestadt. Im Hafen und auf den Werften trafen nach den Pionieren — die Nazis hatten sogar die Ruinen vermint — die ersten Freiwilligenbrigaden ein. Sie gingen ans Entrümmern und retteten, was zu retten war. Sie reparierten Anlagen, hoben mit Hilfe sowjetischer Taucher Kräne und Pontons aus den Docks. Danach konnte man schon Schiffe überholen, und im November 1948 lief das erste in Volkspolen gebaute Hochseefahrzeug vom Stapel.

Wie üblich, wurde das Schiff mit einer Flasche Sekt getauft und mit dem Wunsch vom Stapel gelassen: „Kreuze die Weltmeere und mache den Gdańsker Schiffbauern Ehre!“ Jetzt werden diese Worte bei Stapelläufen fast jede Woche gesprochen. Beim ersten Mal aber hatten sie einen besonderen Klang. Das Schiff war ja auf den Namen des besten Anreißers der Werft, Stanisław Soldeks, getauft worden. Der gute Ruf des polnischen Schiffbaus begann mit dem Namen eines einfachen Arbeiters.

Als wir uns in Kitas Büro weiterunterhielten, legte er Schriften über die Werft vor mich auf den Tisch. Er sammelt sie schon viele Jahre. Ich habe mir einiges herausgeschrieben:

1960. Laut Angaben von Lloyd's wurden in Gdańsk 32 Schiffe mit insgesamt 207 200 t Deadweight vom Stapel gelassen und nahm es damit unter den größten Werften der Welt vor den japanischen, schwedischen und belgischen den fünften Platz ein.

1963. Der große Schüttgutfrachter „Mosdok“ hat in Gdańsk seinen Stapellauf gemacht. Damit ist die zweite Million Deadweight

der in Pölen gebauten Schiffe erreicht. Daran hat Gdańsk einen gut 70prozentigen Anteil. Das englische „Journal of Commerce and Shipping Telegraph“ schrieb: „Wäre für einen Staat, der in der Nachkriegszeit die größten Fortschritte im Schiffbau gemacht hat, ein internationaler Preis ausgesetzt, so hätte Polen bestimmt viel Anspruch darauf. Der Rekord der polnischen Schiffbauer, besonders der Gdańsker Werft, ist eine industrielle Spitzenleistung.“

1976. Das für die UdSSR gebaute, für Transportgüter bestimmte Schiff „Skulptor Konjonkow“ ist in der amerikanischen Monatsschrift „Marine Engineering Log“ unter den erstklassigen Fahrzeugen genannt worden.

1979. Dezember. Das größte Fischereifahrzeug, die „Rybak Kamtschatki“, hat ihre Jungfernfahrt angetreten. Es ist das 523. in sowjetischem Auftrag gebaute Schiff. Dank solchen Aufträgen hat sich die Werft zur weltgrößten für den Bau von Fischereifahrzeugen entwickelt.

Als ich in Gdańsk war, lag die „Rybak Kamtschatki“ noch am Pier. Sie sollte zu Neujahr an die sowjetische Pazifikküste abgehen. Das ist eine ganze Fabrik, die in 24 Stunden über 380 t Fische verarbeiten kann.

Die wachsenden Anforderungen an die Seetüchtigkeit der Schiffe und ihre hochgradige technische Ausrüstung hat eine weitgehende Modernisierung der Werft selbst notwendig gemacht. Jetzt ist sie im ganzen Komplex im Gange. Laut Plan sollen die Kapazitäten bis 1985 fast verdoppelt werden.

Das ist natürlich nicht einfach. Neben dem Umbau wird ja der Produktionsplan erfüllt. Da macht sich der Mangel an Arbeitskräften besonders fühlbar. Zur Zeit hat die Werft etwa 3000 Arbeiter zu wenig. Und es gibt noch andere Probleme. Auf der Werft wie überhaupt im Land wird streng auf sparsamen Verbrauch von Strom, Metall und Brennstoff gehalten. Doch trotz allem geht es vorwärts, und recht gut.

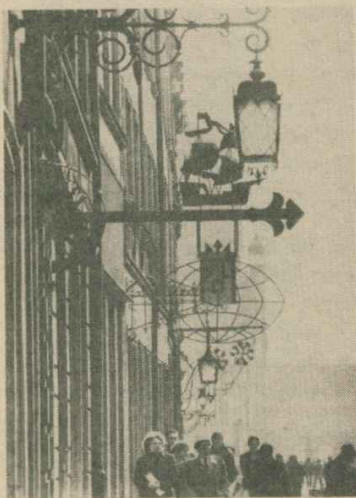
Ein Bund von Kunstfreunden

Von einer Dienstreise habe ich wohl noch nie so viele Kunstalben und -zeitschriften und Theaterprogramme mitgebracht wie von dieser. Ich habe sie durch einen glücklichen Zufall bekom-

Ein polnischer Tanker im Gdańsker Nordhafen, dem größten Ostseehafen



men. Eines Abends, als ich nach Herzenslust durch die Altstadt gewandert war, betrat ich ein kleines, gemütliches Café. Der Name, zu Deutsch etwa Künstlercafé, schien mir der Stimmung zu entsprechen, in die man durch die Atmosphäre in dem mittelalterlichen Straßenlabyrinth versetzt wird, wo jedes



Die Długa-Straße, eine Zierde der Altstadt

Haus mit Friesen, Basreliefs, Madonnen, Basiliken, Fenstergittern oder schmiedeeisernen Laternen verziert ist. Ich konnte der Verlockung nicht widerstehen eins zu betreten. Ich hatte es nicht zu bereuen.

Ich erfuhr, daß das Café und das Haus in der Chlebnicka-Straße der Gdańsker Genossenschaft der Kunstvereiner gehören. Sie hat zwei Stockwerke höher ihren Sitz. Man kann direkt aus dem Café auf einer Holzterrasse hinaufsteigen. Oben lernte ich den Leiter der Genossenschaft, Tadeusz Rogowicz, und den Dekan der Malereifakultät der Gdańsker Kunsthochschule, den bekannten polnischen Maler Włodzimierz Lajmang, kennen, die dem Präsidium dieses Verbands der Kunstfreunde angehören. Er hat 1300 Einzelmitglieder, und als Gemeinschaftsmitglieder gehören ihm die Belegschaften von gut 20 größten Betrieben und Organisationen der Woiwodschaft an.

Wir saßen fast bis Mitternacht beisammen. Die beiden schenken mir eine ganze Bibliothek, aus der ich mir tatsächlich ein Bild davon machen konnte, wie eifrig und einflussreich da die gewiß nicht leichte Aufgabe bewältigt wird, bei den Massen Liebe zur Kunst zu wecken, Talente zu fördern und zu erreichen, daß die Leute stolz auf die Leistungen ihres Volkes sind.

In den gut 20 Jahren, die die Genossenschaft besteht, hat sie die Werktätigen und die Künstler einander näher

gebracht. Sie veranstaltet alljährlich zahlreiche Zusammenkünfte von Schriftstellern, Malern, Dichtern, Komponisten und Schauspielern mit Arbeitern, Bauern, Matrosen und Dockern. Viele dieser Treffen haben nicht nur bei den Zuhörern und Zuschauern, sondern auch bei den Kulturschaffenden selbst einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Hier ein Beispiel. Nachdem 1973 der Bau eines neuen Gdańsker Hafens beschlossen worden war, forderte die Genossenschaft Schriftsteller und Künstler auf, über den Bau eine Chronik in Kunstwerken zu führen. Daraufhin sind Hunderte Werke von Schriftstellern, Malern, Komponisten und Bildhauern entstanden. Dank diesen Werken sehen die Hafenbauer ihre Arbeit mit neuen Augen an und erkennen erst so recht, wie ihre Stadt immer schöner wird.

Gewiß erinnert sich ein Künstler, mag sein Leben auch noch so ereignisreich gewesen sein, immer gern daran, wie er seine Laufbahn antrat und wie wichtig es für ihn war, dabei Rat und Hilfe zu finden.

„Wir sind stolz darauf“, sagt Rogowicz, „polnischen Malern, Dichtern, Prosaikern und Schauspielern auf ihren Weg geholfen zu haben. Unsere Laienschauspielgruppen, Kunststudios und Literaturgemeinschaften sind der Gdańsker Jugend eine wirkliche Schule. Auf der Studentenbühne haben z. B. die berühmten polnischen Schauspieler Zbigniew Cybulski und Bogumił Kobielia ihre ersten Rollen gespielt. In Gdańsk wohnen jetzt ziemlich viel professionelle Künstler und Kulturschaffende, denen unsere Genossenschaft geholfen hat, ihre Berufung zu finden. So leitet Władysław Zawistowski die Dramatikabteilung am Schauspielhaus „Wybrzeże“ und Andrzej Dorniak die städtische Kommission junger Schriftsteller. Beide sind aus unserer Literaturgemeinschaft hervorgegangen. Ihre ersten Verse erschienen in Gedichtbänden, die in Gdańsk auf Initiative der Genossenschaft herausgegeben werden. Die Illustrationen zu diesen Bänden machten Grzegorz Boros und Jerzy Chłostowski, junge Grafiker aus unserem Laienkunststudio. Vor kurzem sind die beiden in den Polnischen Künstlerverband aufgenommen worden.“

• • •

Gdańsk wird in Wort und Schrift öfter eine Stadt der Helden und Meister genannt, und mit Recht. In heroischem Bemühen und begeisterter Arbeit ist die Stadt in alter Schönheit aufgebaut worden. Heute kann sie sich neuer Generationen von Meistern rühmen: von Bauarbeitern, Schiffbauern, Architekten und bildenden Künstlern.

Auch Neptun ist mit der Wahl seiner Residenz zu Lande zufrieden. Gdańsk ist heute das Seetor Polens zur Welt.

Am chinesischen Hof erfolgt eine weitere Säuberung unter den Mandarinen. Der „ehrwürdige“ Pol Pot, den die chinesische Presse noch vor kurzem als Wohltäter der Menschheit, als edlen Humanisten und Kinderfreund pries, hat jetzt seinen Titel als Stadthalter des Imperators, d. h. seinen Posten als „Ministerpräsident des demokratischen Kampuchea“ verloren. Gerüchte gehen um, Pol Pot habe vielleicht einige kleinere Fehler gemacht.

Wenn das so weitergeht, dann werden wir bald erfahren, daß die „Vierbände“ in Wirklichkeit eine „Fünferbände“ war. Und darüber braucht man sich nicht zu wundern, da das „demokratische Kampuchea“ eigentlich eine chinesische Kolonie war. Niemand zeigte größeren Eifer bei der Durchführung der „Kulturrevolution“ im Land der Khmer als Pol Pot. Seine persönlichen Beziehungen zur „Vierbände“ waren für niemanden ein Geheimnis, ja er selbst pries immer wieder in untertänigen Reden die „Größe und Weisheit“ von Jian Qing.

Die Vasallenregierung des „demokratischen Kampuchea“ wird jetzt von einem anderen hervorragenden „Intellektuellen“, dem „Rechtswissenschaftler“, „Dichter“ und „Künstler“ Khieu Samphan geleitet. Daß es ein solches Kampuchea bereits über ein Jahr nicht gibt und niemals mehr geben wird, stört Peking dabei keineswegs. Doch auch da braucht man nicht weiter erstaunt zu sein. Mit eigenen Ohren habe ich gehört, wie 46 Jahre nach der Oktoberrevolution Kerenski in New York mit „Ihre Exzellenz, Herr Ministerpräsident“ angeredet wurde. In London gibt es bis heute einige „polnische Emigrantenregierungen“.

Die Bildung von „Emigrantenregierungen“ — nach dem Prinzip je mehr desto besser — ist die Lieblingsbeschäftigung gekrönter und ungekrönter Häupter, die von ihrem eigenen Volk davongejagt wurden. Mit der Zeit werden diese „Regierungen“ immer „demokratischer“ und „fortschrittlicher“. Vor 30 Jahren wies ihr ganzes Programm im Grunde nur einen Punkt auf: die Roten zu liquidieren — am liebsten mit einer amerikanischen Atombombe. Heute hält man den Atem an, wenn man hört, wie alt gewordene Faschisten und Reaktionenäre um die Wette versichern, daß sie leidenschaftlich für eine 100%ige Demokratie, die absolute Freiheit, die volle Souveränität, die Menschenrechte und sogar für eine Bodenreform (!) eintreten. Offenbar verlieren sie in der Emi-

„IHRE EXZELLENZEN“ WASCHEN SICH DIE HÄNDE

Wiesław GÓRNICKI (Polen)

gration allmählich den Sinn für Humor.

Khieu Samphan ist da keine Ausnahme. Der neue Statthalter will schon nicht mehr nach informier-
testen Pekinger Quellen menschliche Schädel mit der Hacke zertrümmern, die Menschen aushungern und ein Sklavenhalterregime errichten. Wie können Sie das nur denken! Zu seinem Programm gehört die Anerkennung des Privateigentums, der Glaubensfreiheit sowie — schau an! — der UNO-Charta.

All das wäre lächerlich, wenn es nicht so abscheulich und tragisch wäre. Bereits im Oktober 1979 schwang sich Jan Myrdal in der bürgerlichen schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet“ zu der Behauptung auf, unter der Pol-Pot-Herrschaft sei ... absolut niemand getötet worden. Welch Schauspiel,

Kreuzigung à la Pol Pot: Der mißhandelte Junge wurde so an einem Balken festgebunden, daß er auf den Zehenspitzen stehen mußte.

Foto aus „Daily World“ (USA)



wenn ein militanter Maoist in Peking abgefaßte „Korrespondenzen aus Kampuchea“ in eine antikommunistische bürgerliche Zeitung placierte, von der sich wirklich nicht sagen läßt, sie liebäugelte mit den schwedischen Maoisten! Welch ein interessantes, lehrreiches Spektakel! Wenn es um Angriffe gegen die UdSSR, Vietnam und Kampuchea geht, decken sich die Interessen der Links- und der Rechtsradikalen.

Verbrecher Nr. 2, Ieng Sary, wiederholte das gleiche öffentlich in New York: In Kampuchea sei niemand getötet worden, niemanden habe man eingesperrt, nichts zerstört. Doch bereits Anfang Dezember v. J. gestand Pol Pot gegenüber japanischen Journalisten ein, daß „vielleicht“ einige Tausende infolge von Mißverständnissen oder Willkürakten unterer Machtorgane tatsächlich umgekommen sein könnten, was er natürlich zutiefst bedauere.

Ende Dezember ging Khieu Samphan noch weiter. Über einen chinesischen Rundfunksender (die „Stimme des demokratischen Kampuchea“) erklärte er, das Regime habe „einige Fehler begangen“ — bereits nicht „untere Machtorgane“, sondern das Regime. Interessant, daß der scharfe Verstand des Absolventen der Pariser Universität erst jetzt diese sensationelle Entdeckung gemacht hat. Übrigens sollte man Khieu Samphan zufolge diese Fehler nicht übertreiben, da das Volk Kampuchea „im Prinzip die revolutionäre Macht unterstützt habe“. Das soll offenbar bedeuten, das Volk habe die Sklavenarbeit in den Kommunen über alles geliebt und sehnlichst gewünscht, daß Städte, Schulen und Tempel vernichtet würden, und es sei gern zur Liquidierung angetreten.

Wie weit haben wir es nur gebracht, wenn derartige skrupellose Lügen von westlichen Massenmedien ohne irgendwelche Kommentare und bisweilen sogar mit Billigung verbreitet werden! Denn eben so würde wohl heute auch Hitler sprechen, wenn es ihm geglückt wäre, 1945 aus dem belagerten Berlin zu flüchten und irgendwo für einige Jahre unterzutauchen. Sicherlich würde er sich heute als leidenschaftlicher Verfechter von Demokratie, Freiheit, Recht-mäßigkeit, Souveränität und der-

gleichen mehr, aufführen. Er würde wohl auch „einige Fehler“ eingestehen.

Dieser Vergleich ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Washington und Peking haben mit vereinten Anstrengungen in der internationalen Politik einen Präzedenzfall geschaffen, der tatsächlich Hitler erlauben würde, sich auf die UNO-Tribüne zu schwingen. Ich denke da an die Ergebnisse der Abstimmung auf der 34. UNO-Vollversammlung, der zufolge die Pol-Pot-Henker ... Kampuchea in der UNO vertreten dürfen. Wenn ich Diplomat wäre, müßte ich mich diplomatischer ausdrücken. Doch ich bin Publizist und kann daher das sagen, was ich denke: Diese Abstimmung ist eine ewige Schmach für alle — und zwar ohne Ausnahme —, die aus welchen Gründen auch immer anerkannten, daß das gepeinigete Volk von Kampuchea von seinen Henkern „vertreten“ werden müsse.

In der Debatte über die „Voll-machten“ für das Mörderregime wagte es niemand außer Peking, ein gutes Wort für das gestürzte Regime einzulegen. Auf Weisung der US-Delegation versteifte man sich vor allem darauf, das sei ja die „legitime Regierung“. Ein Delegierter, dessen Namen ich nicht nennen möchte, sagte, daß „selbst Genozid eine Intervention nicht rechtfertigen“ könne. Welch Argument! Dann war also auch die Regierung des dritten Reiches unter dem Gesichtspunkt der bürgerlichen Demokratie gesetzmäßig. Diese gesetzmäßige Regierung schuf ihre legale Polizei — die Gestapo, die auf gesetzmäßiger Grundlage ein ebenso gesetzmäßiges Konzentrationslager einrichtete — Auschwitz. Wenn man so denkt, müßte man im weiteren eingestehen, daß die Präsenz der alliierten Truppen auf dem Territorium Hitlerdeutschlands einfach ungesetzlich war. Zudem hatte keine deutsche Regierung sie eingeladen. Dieser Logik zufolge hätten die Truppen die Alliierten wohl an den Grenzen des Reichs Gewehr bei Fuß verharren und geduldig warten sollen, bis Hitler „einige Fehler“ eingesteht.

Woran denken jene, die von der aus Kampuchea verjagten Mörderbande als von der „rechtmäßigen“ Regierung sprechen? Wer hat ihnen das Recht gegeben, das Andenken an die drei Millionen Opfer Pol Pots zu schänden? Welche moralischen Normen und menschlichen Gesetze erlauben ihnen, weitere Millionen zum Tode zu verurteilen? Wollten ja die Pol-Pot-Anhänger nur eine Million Kampucheaner am Leben lassen ...

Im heutigen Kampuchea trifft man Menschen, die 1979 liquidiert werden sollten — manche sogar im ersten Quartal. Wenn nicht die Befreiungs-offensive gekommen wäre, dann würden diese Menschen schon lange mit gespaltenem Schädel unter der Erde liegen.

Ich sah Kampuchea einige Tage nach der Befreiung, sah mit eigenen Augen Schädelhaufen und unzählige Gräber. Ich hielt Berichte jener fest, die sich hatten retten können — das ist so offensichtlich, daß demgegenüber meine Erinnerungen an die Zeit des zweiten Weltkrieges verblassen. Und ich bin Pole, komme aus Warschau und erinnere mich an vieles.

Nein, ich kann gegenüber den elegant gekleideten und gut genährten Herrschaften, die in ihren bequemen Sesseln in New York verkündeten, das Volk Kampuchea müsse auch in Zukunft leiden und der Willkür einer Mörderbande ausgeliefert sein, nicht gleichgültig bleiben. Darauf — und nur darauf — läuft der erwähnte Beschluß hinaus, der in der UNO entgegen dem Willen vieler Länder gefaßt wurde. Lassen wir uns hier nicht einreden, in Wirklichkeit sähe es ja anders aus, und jene, die für das Mandat an die Mörder stimmten, hätten sich von „Sympathie“ für das Volk Kampuchea leiten lassen. Dieses eiskalt berechnete, zynische Spiel hat weder mit Moral noch mit Humanismus etwas zu tun.

Die Anerkennung der „Rechtmäßigkeit“ der Pol-Pot-Bande bedeutet zugleich, die Rechtmäßigkeit all dessen anzuerkennen, was dieses Mörderregime in Kampuchea verbrochen hat. Keinerlei Vorbehalte können hier helfen. Die Genozid-Täter kann man entweder ohne jegliche Vorbehalte an den Pranger stellen und für immer aus der Völkergemeinschaft ausschließen oder sie weiterhin als Teil der Gemeinschaft anerkennen, wie das einige Regierungen tun, und ihnen so alle Sünden erlassen. Doch in keinem zivilisierten Land ist es üblich, Mörder und Banditen zu Tisch zu bitten.

Wer behauptet, die kürzlichen kosmetischen Operationen am Pol-Pot-Regime, die im Pekinger Schönheits-salon vorgenommen wurden, würden etwas ändern, der lügt, und zwar ungeschickt. Das wird ihnen jeder in Kampuchea sagen, wenn sie ihn fragen, was er über die „Roten Khmers“ denkt und ob er glaubt, diese Typen könnten sich irgendwann einmal ändern.

Die „Regierung des demokratischen Kampuchea“ in der neuen Variante gleicht ihrem Vorgänger nicht wenig. Die gleichen Leute, das glei-

che Programm und der gleiche — chinesische — Geldgeber. Der Unterschied liegt nur in einigen neuen Wendungen. So beabsichtigt Khieu Samphan schon nicht mehr, eine „neue Gesellschaft“ aufzubauen, sondern strebt eine „breite Front der demokratischen Kräfte“ an, einschließlich der von der CIA unterstützten Banden der „Khmer Serei“ und anderer Reaktionen.

Zweifelsohne spielt Pol Pot trotz seines formellen Rücktritts auch hinter den Kulissen die gleiche Rolle wie bisher. Khieu Samphan war und bleibt eine Marionette Pol Pots. Was heißt hier, er verfolge eine „selbständige Politik“? Erstens hat er keinerlei derartige Fähigkeiten, was sogar das US-Fernsehen betriebl. eingestehen mußte. Zweitens wird diese Politik von Peking gemacht, das die fiktive Regierung aushält.

Wer durch die kürzlichen kosmetischen Operationen tatsächlich in den Vordergrund rückte, ist der Mörder Nr. 2, der „stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister“ Ieng Sary. Er war ja im August 1979 von einem Sondertribunal in Phnom Penh zusammen mit Pol Pot in Abwesenheit wegen Völkermords zum Tode verurteilt worden. Von Anfang an war er Anhänger der brutalsten Massenvernichtungsmethoden in Kampuchea.

Seit 1977 leitete Ieng Sary persönlich die Angriffe auf vietnamesische Grenzregionen. Die Brutalität der Pol-Pot-Banden gegenüber den vietnamesischen Bauern war unbeschreiblich. Ich sah einen Film, den das vietnamesische Armeestudio für den internen Gebrauch aufgenommen hatte. Die feinen Diplomaten, die im UNO-Hauptquartier dem „rechtmäßigen stellvertretenden Ministerpräsidenten“ applaudierten, hätten die Leichen der Frauen mit den zwischen die Beine getriebenen Bambusstöcken, die Kinder mit durchschnittenem Hals und die Männer mit den herausgerissenen Herzen sehen sollen!

Jedes zweite Wort Ieng Sarys gilt der „Souveränität“ und der „Freiheit“, doch in Wirklichkeit reist er mit einem chinesischen Paß. Seine Frau (ebenso wie seine Schwester, die Frau Pol Pots) war und bleibt chinesische Staatsbürgerin.

Ieng Sary als Halunken zu bezeichnen, wäre noch ein Kompliment. Mehrmals besuchte er Hanoi, wobei er öffentlich „den vietnamesischen Genossen herzlichen Dank für die brüderliche Hilfe im Kampf gegen die Lon-Nol-Diktatur“ bekundete. Wenig später wurde er ein fanatischer Feind Vietnams und übertraf

in seiner Bestialität selbst die wahn-sinnigsten US-Generale.

Ich wollte meinen Augen nicht trauen, als ich im Oktober 1979 Ieng Sary am Rednerpult der UNO-Vollversammlung und später auf einer Pressekonferenz sah, die er unver-schämterweise in der UNO abhielt. Was muß man eigentlich noch tun, um dieses Gebäude nicht mehr betreten zu dürfen?

Ich ging zu jener Pressekonferenz: Interessant wäre es zu hören, was Eichmann oder Gestapo-chef Kaltenbrunner hier, in diesem Saal, gesagt hätten.

Wie erkläre Ieng Sary, fragte ich, die Hunderte vertrockneter Schädel und die Brunnen voller Skelette, die wir im Januar 1979 in der kampucheanischen Stadt Prey Veng sahen? Er antwortete, die Skelette seien absichtlich von den Vietnamesen aufgetürmt worden, um die „rechtmäßige Regierung des demokratischen Kampuchea“ zu kompromittieren.

Auf meine Frage, wer denn seine Reisen und die „diplomatischen Vertretungen“ Pol Pots bezahle, antwortete er: „Natürlich die Regierung des demokratischen Kampuchea.“ Doch weigerte er sich, deren Aufenthaltsort zu nennen.

Warum, fragte ich, bekundete er am 19. April 1975, zwei Tage nach der Eroberung Phnom Penhs durch die „Roten Khmer“, auf einer „Befreiungskundgebung“ den Vietnamesen seinen innigen Dank für die brüderliche Hilfe im Befreiungskampf und weshalb stellte er sich dann an die Spitze des barbarischen Krieges gegen Vietnam? Ieng Sary zog es vor zu schweigen.

Natürlich hat die großbürgerliche US-Presse kein Wort über diese Pressekonferenz verloren. Doch das hinderte die großen US-Fernsehgese-lschaften nicht, am gleichen Abend einen Film über den Hunger in Kampuchea zu zeigen. Als „verantwortlich“ für den Hunger wurde natürlich die neue Regierung der VR Kampuchea abgestempelt. Kein Wort über die Verbrechen von Pol Pot und Ieng Sary, über den Völkermord, die Zerstörung der Wirtschaft und die Vernichtung der Reisfelder. Statt dessen in Fülle Aufnahmen, die nur chinesischer Hilfe zu verdanken sind. So schloß sich der Kreis.

Ein amerikanischer Schriftsteller hat einmal während der US-Aggression in Vietnam gesagt, anständige Menschen könnten unterschiedliche Ansichten haben über Politik, nicht aber über Völkermord.

Die Zeit ist gekommen, diese Worte in Erinnerung zu bringen.

In unserer Presse und besonders in Kreisen des Sports wird James Carters Forderung, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren, leidenschaftlich diskutiert. Kaum jemand unterstützt diesen politischen Trick des US-Präsidenten. Ich bin empört über die Boykotthefte gegen die olympische Bewegung. Doch stimme ich auch jenen nicht zu, die behaupten, der Sport stehe der Politik völlig fern. Wir alle sind doch gegen Sportverbindungen mit den Rassen Südafrikas. Und das ist doch auch Politik...

Jacques FRANGIER
Marseille, Frankreich



Es diskutiert
Sergej
GOLJAKOW,
Verantwortlicher
Sekretär
der „Neuen Zeit“

Erlauben Sie, geehrter M. Frangier, unsere Diskussion mit einem Zitat aus der „Ode an den Sport“ von Pierre de Coubertin, dem Begründer der olympischen Bewegung der Neuzeit, zu eröffnen. Die letzte Strophe seiner Ode lautet: „Oh Sport, Du bist der Frieden! Du schaffst gute Beziehungen zwischen den Völkern und bringst sie im Kult der beherrschten, organisierten, unabhängigen Kraft einander näher. Durch Dich lernt es die Jugend der Welt, sich zu achten, und so wird die Vielfalt der nationalen Eigenschaften zum Quell edlen und friedlichen Wettkampfes.“

Der Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit hat die Spiele also keineswegs von der Politik getrennt. Nicht blutige Konflikte, nicht Kampf auf dem Schlachtfeld, sondern der friedliche Wettbewerb der Völker — eben das ist wahre Politik. Ein steht übrigens auch durchaus im Einklang mit der Idee der friedlichen Koexistenz der Staaten, die dem internationalen Wirken der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten zugrunde liegt.

Es sei hier auch an einen Brauch erinnert, der seinen Anfang bei den Olympischen Spielen der Antike genommen hat. Die Spiele in Olympia standen unter dem Schutz des olympischen Friedens und gewährleisteten so Tausenden einen sicheren Weg nach Olympia zu den Wettkampfstätten. Und dieser Brauch ist, wenn Sie wollen, ja auch Politik.

Ich habe einmal gelesen, Hinweise auf die Bräuche der Antike seien heute nicht mehr aktuell, da sich ja vieles in

der Welt verändert hat. Doch im Jahre 1967 u. Z. wären, wie die Londoner „Financial Times“ kürzlich bemerkte, Drohungen mit einem Boykott der Olympischen Spiele einfach undenkbar gewesen. Jetzt aber sind solche Aufrufe zu vernehmen. Hat etwa die olympische Bewegung ihre anfängliche Bedeutung für die Zusammenarbeit und die Verständigung der Völker verloren? Nein, glücklicherweise ist dem nicht so. Die hohen olympischen Ideale existieren auch heute.

Geändert hat sich nur die Einstellung gewisser Politiker, die bereit sind, die olympische Bewegung ihren engen, eigennützigen Interessen zu opfern. Wir sind Zeugen, wie man die internationale olympische Bewegung, die eine Vielzahl von Menschen auf allen Kontinenten vereint, in das unlautere Spiel um ein hohes politisches Amt einzuspannen sucht. Das ist die eine Seite der Medaille; die andere aber ist, daß die olympische Bewegung diesmal die Austragung der Sommerspiele Moskau anvertraut hat. Imperialistische Kreise haben in der Vergangenheit wiederholt versucht, zu verhindern, daß die Olympiade in Moskau abgehalten wird. Und obgleich das IOC schließlich Moskau als Gastgeber der XXII. Olympischen Spiele benannte, wirken diese Versuche bis heute nach.

In seiner Grußbotschaft an die Veranstalter und Teilnehmer der XXI. Olympischen Spiele in Montreal schrieb

Leonid Breschnew: „Die UdSSR hat die olympische Bewegung der Neuzeit unterstützt und wird das stets tun. Jetzt bereiten sich die sowjetischen Menschen auf die Olympiade 1980 in Moskau vor. Sie werden alles tun, damit sie auf hohem Niveau abläuft, damit sie den edlen Ideen der Freundschaft und des Friedens neue Impulse gibt.“

Jenen aber, die die Welt in die Zeiten des kalten Krieges zurückstoßen wollen, die den Völkern eine weitere Runde des Wettrüstens aufzwingen, die mit der Eingreiftruppe und mit militärischer Gewalt drohen, sind solche Aussichten offenbar zuwider. Ihren Ambitionen entsprechen vielmehr Impulse einer ganz anderen Art — die die Weltgemeinschaft unterminieren, Ängste und Verdächtigungen zwischen den Völkern schüren und die sozialistischen Länder diskriminieren. Der Versuch, die olympische Bewegung zu erpressen, zeigt derartige Ambitionen deutlich genug. Eine solche Verbindung von Sport und Politik lehnen wir entschieden ab.

Auch Ihr Brief zeigt ein weiteres Mal, daß die antiolympische Kampagne Washingtons auch in Kreisen des internationalen Sports, darunter in den USA, keine Unterstützung findet. „Die olympische Bewegung sollte entwickelt, nicht aber zerstört werden. Sie trägt zur Annäherung der Menschen verschiedener Ansichten bei. Sie trägt dazu bei, politische Reibungen in Sportivalitäten zu sublimieren“ — das schrieb die „Gazette“ (Montreal).



Wie sind die Demokratische und die Republikanische Partei der USA aufgebaut?

I. PAWLENKO
Taganrog, RSFSR

Die genaue Zahl ihrer Mitglieder kann nicht angegeben werden. In einigen Bundesstaaten kann sich jeder Amerikaner mit vollendetem 18. Lebensjahr offiziell als Anhänger der einen oder der anderen eintragen lassen, kann es aber auch unterlassen. In anderen Bundesstaaten wird die Parteizugehörigkeit eines Amerikaners nur danach bestimmt, für wen er bei den Primärwahlen seine Stimme abgegeben hat. Die Mitgliedschaft ist mit keinerlei Pflichten verbunden. Die besetzten Funktionärsposten bekommen gewöhnlich Freiwillige, die sich aktiv am Wahlkampf eines

Präsidentenskandidaten beteiligt haben.

In den 40 Jahren von 1937 bis 1977 ist die Zahl der Amerikaner, die sich zu den Republikanern zählen, von 34 auf 20%, die Zahl der Anhänger der Demokraten von 50 auf 49% gesunken. Die übrigen nennen sich Unabhängige, im Wahlkampf streitet man sich um ihre Stimmen.

Die höchste Instanz in den beiden Parteien sind ihre Kongresse. Die laufende Arbeit wird vom Nationalkomitee und vom Sekretariat (der Parteiführung) erledigt. Parteileitungen bestehen auf der Ebene der Bundesstaaten, Städte, Kreise und Bezirke.

Alles außer Bankraub

Wie die „New York Times“ schreibt, hat das US-Justizministerium herausgefunden, daß Hunderte von Beamten des Einwanderungs- und Naturalisierungsamtes, auch solche auf höchsten Posten, in Verbrechen verwickelt sind. Sie treiben Rauschgiftsmuggel, versehen Ausländer mit falschen Papieren, stellen für Bestechungen die Aufenthaltserlaubnis aus, üben brutale Willkür, begehen Mißhandlungen und sogar Morde. „Das einzige Verbrechen, das sie noch nie verübt haben, ist der Bankraub“, erklärte sarkastisch ein Beamter des Ministeriums.

Ein neuer Messias



Der genaue Termin für den Weltuntergang ist in der Bibel bekanntlich nicht angegeben, wenn aber Franz Josef Strauß zu glauben ist, so ist der Jüngste Tag nicht mehr weit. Der „Frankfurter Rundschau“ zufolge sei die Bundesrepublik weltpolitisch „in einem apokalyptischen Maßstab bedroht“. In der Pose eines biblischen Propheten behauptet Strauß, schon lange vor einer Weltkrise gewarnt zu haben, doch habe man auf ihn nicht gehört. Ist denn nun der „Weltuntergang“ vermeidbar? Gewiß. Dazu braucht man laut Strauß nur die jetzige Bundesregierung abzusetzen und ihn selbst zum Bundeskanzler zu machen.

Zwei an der Klagemauer



In einem Fazit aus kürzlichen Gesprächen zwischen Sadat und Begin schreibt die Zeitung „Yediot Achronot“ (Israel), Sadat habe geklagt: „Sie müssen mich verstehen, Ägypten ist isoliert und von feindlichen Ländern eingekreist.“ Darauf Begin: „Ich kann alles verstehen, aber auch Sie müssen begreifen, daß wir in einer heiklen, ja sogar gefährlichen Lage sind“, wofür wiederum Sadat Verständnis gezeigt habe.

Eine schöne Gesellschaft

Die südafrikanischen Marionetten Kaiser Matanzima, der „Präsident“ des Bantustans Transkei, und sein Bruder George Matanzima, der sich Polizeiminister nennt, fanden, sie müßten eigentlich mehr einnehmen, als ihnen von Pretoria gezahlt wird, und so besserten sie denn selbst ihre Gehälter auf, u. zw. folgendermaßen: Ein gewisser Salim el Khadja unterbreitete der „Regierung“ der Transkei das Projekt für eine Ölraffinerie, einen modernen Hafen und einen internationalen Flughafen im Gesamtwert von 550 Mio Dollar. Obwohl klar war, daß es unausführbar ist, wurde es von der „Regierung“ unter dem Druck des „Präsidenten“ angenommen, und el Khadja bekam dafür 20 Mio Dollar Vorschuß. Davon überwies er einen vereinbarten Teil auf die Bankkonten der Brüder und verschwand. Der „durch Betrug eingetre-

tene Verlust“ wurde der Transkei von ihren südafrikanischen Herren ersetzt, sonst wäre dieser „Staat“ pleite gegangen.

Er tanzt aus der Reihe

Niemand bestreitet wohl, daß Sport fit macht. Neil Armstrong aber, der erste Amerikaner auf dem Mond, spottet über seine trainingsbeflissenen Kollegen. Die „International Herald Tribune“ zitiert folgenden Ausspruch von ihm: „Meiner Meinung nach hat die Natur dem Herzen jedes Lebewesens eine bestimmte Zahl von Schlägen aufgegeben, und ich denke nicht daran, meine Ration mit Leibesübungen zu vergeuden.“

Wie man unwiderstehlich wird

Britische Forscher geben bekannt, sie hätten einen „ausgesprochen männlichen Duftstoff“ erfunden, der auf die meisten Frauen anziehend wirke. Der Handel weiß bereits die Erfindung zu nutzen, er hat ein Gesichtswasser „after shave“ mit diesem Duftstoff herausgebracht und garantiert dem Benutzer Unwiderstehlichkeit.

Die sicherste Grundlage



Aus dem Bundesetat für 1979 wurde ein Goldzahn für den Diensthund Alf bezahlt, der den Fliegerhorst Fassberg bewacht. Er hat das so eifrig getan, daß er sich eines Tages einen Zahn ausbrach. Wie die Reuters-Agentur mitteilt, hat das Verteidigungsministerium sich die Unkosten gemacht, weil ja das Abrichten eines Diensthundes sehr kostspielig ist. Die Militärposten des Etats würden diese Spesen leicht verkraften.

Sie laufen und lassen laufen



Ein amerikanisches Amt für Meinungsforschung hat durch Umfrage festgestellt, daß Leute, die regelmäßig im New-Yorker Centralpark joggen, sich viel häufiger als andere scheiden lassen, woraus die Meinungsforscher folgern: „Regelmäßiges Joggen verändert anscheinend die Charaktereigenschaften der Menschen. Sie denken klarer und entscheiden sich dann oftmals für die Scheidung.“

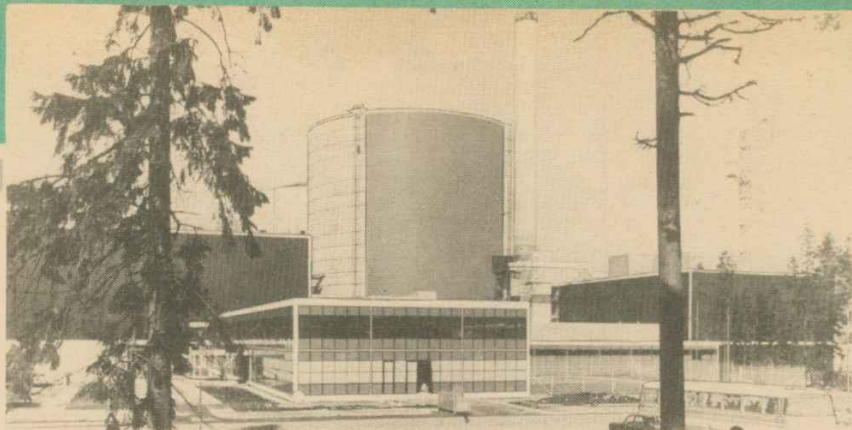
„Großer Sprung“ ins Schlamassel

Dem kanadischen „Globe and Mail“ zufolge wurden voriges Jahr in China über eine Million Fernsehgeräte gebaut. Manche funktionieren aber nur bei ständigem Befächeln, andere muß man hin und wieder ausruhen lassen und wieder anderen in regelmäßigen Zeitabständen einen Stoß versetzen, sonst ist nichts zu sehen. Es gibt auch welche, die rauchen und leicht in Flammen aufgehen. Ja, ja, die Fernseher Marke „Großer Sprung“ machen ihren Besitzern viel zu schaffen.

Für kein Geld der Welt

Der amerikanische Modekünstler Blackwell hat herausgefunden, daß der Filmstar Jill Clayburgh, die Multimillionärin Christine Onassis, die englische Prinzessin Margaret und das berühmte Mannequin Margaux Hemingway folgendes miteinander gemein haben: zur Elite zu gehören, reich zu sein und sich doch geschmacklos zu kleiden.

Zeichnungen:
V. Trintschenko



V/O Atomenergoexport leistet ausländischen Kunden beim Bau von Atomkraftwerken, Kernanlagen und -forschungszentren (einschließlich der notwendigen Apparaturen), von Entsalzungsanlagen für See- und Salzwasser technische Hilfe, besorgt den Ex- und Import von Atomenergie- und Spezialanlagen, Baustoffen, Anlagen und Geräten, u. a. für physikalische Forschungen und zur Lösung praktischer Aufgaben der Kernphysik.

V/O Atomenergoexport liefert Atomenergie- und Spezialanlagen, die den höchsten modernen Anforderungen gerecht werden und eine wirtschaftliche und störungsfreie Arbeit der Stationen und Anlagen unter allen klimatischen und geologischen Bedingungen gewährleisten.

Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit der gelieferten Anlagen werden garantiert.

V/O Atomenergoexport

- führt Arbeiten zur Auswahl des Baugeländes aus;
- übernimmt Projektierungsarbeiten, leistet Engineering Service, führt Projektierungs- und Schürfaufträge sowie Versuchsarbeiten auf Wunsch des Kunden aus;
- liefert Grund-, Hilfs-, Bau- und Montage- sowie Spezialanlagen;
- übernimmt Montage und Inbetriebnahme;
- versorgt Atomkraftwerke mit atomarem Brennstoff;
- stellt Bau- und Montagefacharbeiter bis zur Inbetriebnahme;
- übernimmt die Ausbildung von Spezialisten in der UdSSR wie im Land des Kunden.

In Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen managt V/O Atomenergoexport den Bau von Objekten der Kernenergiewirtschaft in Drittländern.

ATOMENERGOEXPORT

In allen Fragen des Baus von Objekten der Kernenergiewirtschaft und von Spezialanlagen, des Ex- und des Imports von Anlagen und Baustoffen, der technischen und anderer Serviceleistungen wenden Sie sich bitte an

V/O Atomenergoexport, UdSSR, Moskau, 113324.

Owtschinnikowskaja nab. 18/1

Telegrammadresse: Moskau Atomenergoexport

Ruf: 220-14-36, 231-80-34

Telex: 7597

Im Objektiv: SRI LANKA

Sri Lanka wird eine
Perle des
Weltmeers genannt

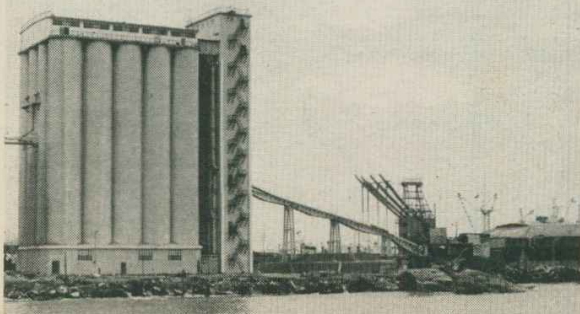


Auch dieses
Verkehrsmittel
trifft man noch auf
den Straßen
und Landstraßen

Das moderne Hotel
„Intercontinental“
in Colombo



Der Tempel in
Mount Lavinia,
eines der
zahlreichen
buddhistischen
Heiligtümer



Eine der
wichtigsten
Beschäftigungen
der Küstenbewohner
ist der Fischfang

Dieses
Mühlenkombinat
wurde mit
sowjetischer
Hilfe gebaut

Fotos: J. Koroljow
und Presseagentur
„Nowosti“

Wunderschön ist dieses Land. Die Küste der Insel ist von saftiggrünen Kokospalmen gesäumt, die sich im Meer spiegeln, die Gipfel der niedrigen Berge umwehen blaue Schleier. Von diesem idyllischen Bild, das sich den zahlreichen Auslands Touristen darbietet, unterscheidet sich kraß das Leben des arbeitsamen Volkes.

Die Kolonisatoren haben Sri Lanka, das am 4. Februar den 32. Jahrestag seiner Unabhängigkeit begeht, ein lastendes Erbe hinterlassen. Noch jetzt fußt die Wirtschaft fast ausschließlich auf der Erzeugung von Tee, Kautschuk und Produkten der Kokospalme, die über 90% des Exports ausmachen. Deshalb hängt die Inselrepublik weitgehend von der Konjunktur auf dem Weltmarkt ab.

Allerdings wurde schon in den 60er Jahren mit dem Bau der ersten Großbetriebe begonnen: eines Hüttenwerks und einer Autoreifenfabrik, die mit Hilfe der UdSSR errichtet worden sind, ferner einer Metall-

Im Tropenregen



warenfabrik und einer Erdölraffinerie. Sehen die Fortschrittskräfte des Landes den staatlichen Wirtschaftssektor aber als die materielle Basis für tieferschürfende wirtschaftliche und soziale Wandlungen an, so wird er von der einheimischen Großbourgeoisie heftig angegriffen.

Man merkt, daß die Republik vorwärtskommt, die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme aus der Kolonialzeit hat sie aber noch zu lösen.

Ihre Erfahrungen aus den Jahren des unabhängigen Bestandes stimmen das Volk optimistisch.

W. ARCHIPOW